

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 20 vom 21. Mai 1982

16. Jahrgang

1 DM

5 1/2 und 3 Jahre ohne Bewährung

Terrorurteile im Brokdorf-Prozeß

Freiheit für Michael und Markus!

ITZHOE. — Mit brutalen Gesinnungsurteilen endete in der letzten Woche der erste Prozeß gegen Teilnehmer an der großen Brokdorf-Demonstration vom 28. Februar 1981. Zu drei Jahren Gefängnis ohne Bewährung wurde der 20jährige Schüler Markus Mohr verurteilt; der 37jährige Betonfacharbeiter Michael Duffke soll sogar für fünfzehn Jahre hinter Knastmauern verschwinden.

100000 AKW-Gegner waren im vergangenen Februar in die Wilster Marsch gekommen — trotz des Verbots dieser Demonstration und trotz eines gewaltigen Polizeiaufgebots. Einige Teilnehmer dieser Aktion — darunter Markus und Michael — wurden willkürlich herausgegriffen, und an ihnen wird nun die Rache dieses Staates vollzogen. Sie wurden stellvertretend für all die anderen abgeurteilt; das hohe Strafmaß — das es „bislang nur für Mord und Totschlag“ gegeben hat, wie einer der Verteidiger sagte — zielt in aller Deutlichkeit auf Abschreckung.

Das machte der Richter Selbmann in Itzehoe unmißverständlich klar, als er das Terrorurteil gegen Markus Mohr begründete, bei dem er sogar noch weit über die Forderung des Staatsanwalts (zwei Jahre) hinausgegangen war: „Ihm muß klargemacht werden, daß er

nicht mit dem Kopf durch die Wand kommt, sondern die Wand stärker ist.“ Und das gilt eben nicht nur für Markus; jeder, der sich in diesem Land aktiv und militant gegen die Herrschenden wehrt, soll wissen, daß „die Wand stärker ist“, daß der bürgerliche Staat erbarmungslos zurückschlägt.

Michael Duffke und Markus Mohr sind schon seit einem Jahr systematisch als Totschläger hingestellt worden. Anfangs wurde gegen sie sogar wegen „Mordversuch“ ermittelt. Der Grund: Sie sollen die beiden Demonstranten gewesen sein, die auf einem Foto, das durch die ganze Presse ging, den Polizeiobermeister Schütt mit einem Knüttel und einem Spaten attackiert hatten. Schütt, Angehöriger eines saarländischen Sonderkommandos, gehörte zu den Polizisten, die sich bei der Demonstration in der Wilster Marsch durch besondere Brutalität auszeichneten. Zu der auf dem Foto zu sehenden Auseinandersetzung war es gekommen, nachdem Schütt bei der Verfolgung eines AKW-Gegners in einen Wassergraben gestürzt war.

Im Gegensatz zu zahlreichen Demonstranten und Presseleuten, die damals von der Polizei brutal zusammengeschlagen wurden, trug Schütt nur ganz geringfügige Verletzungen davon. Zudem konnte das Gericht auch nicht den Beweis erbringen, daß es sich bei den beiden Demonstranten auf dem Foto tatsächlich um Markus und Michael handelte. Aber all das spielte für Selbmann keine Rolle. Die beiden AKW-Gegner wurden verurteilt, als hätten sie tatsächlich einen Totschlag begangen.

Michael Duffke sitzt schon seit über einem Jahr und Markus Mohr seit dem Abschluß des Prozesses im Gefängnis. Freiheit für Michael und Markus! Aufhebung des brutalen Abschreckungsurteils!

Michael Duffke sitzt schon seit über einem Jahr und Markus Mohr seit dem Abschluß des Prozesses im Gefängnis. Freiheit für Michael und Markus! Aufhebung des brutalen Abschreckungsurteils!

Falkland-Konflikt

London weiter auf Kriegskurs

Bonn stellt sich hinter Thatcher

Ungeachtet der Verhandlungsbemühungen von UN-Generalsekretär Perez de Cuellar läßt die britische Regierung im Südatlantik weiter schießen und bomben. In den letzten Tagen wurden erneut sowohl Ziele auf den Malvinas wie auch argentinische Schiffe angegriffen. Dabei ist auch ein unbewaffnetes Schiff, das Lebensmittel und Medikamente transportierte, von britischen Kampfflugzeugen in Brand geschossen worden.

Am Wochenende machte die Thatcher-Regierung erneut ihre aggressive Haltung deutlich, als sie „entschiedenere militärische Möglichkeiten“ für den Fall androhte, daß sich bei den Verhandlungen die britischen Kolonialinteressen nicht uneingeschränkt durchsetzen ließen. Gleichzeitig wurden gezielt Nachrichten darüber ausgestreut, daß eine Invasion der Malvinas noch in dieser Woche bevorstünde.

Der brutale Kriegskurs des britischen Imperialismus hat inzwischen auch innerhalb der EG zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Nach Irland und Dänemark sträubte sich am Wochenende auch Italien dagegen,

die von London verlangte EG-Importsperre gegen Argentinien zu verlängern. Und ausgerechnet Bonns Kanzler Schmidt, der sich so gerne als Friedens- und Entspannungspolitiker feiern läßt, zeigte sich als der treueste Verbündete der britischen Kriegstreiber. Gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Mitterand übte er einen massiven Druck auf die Regierungen der erwähnten Länder aus, um sie zur Verlängerung der Boykott-Maßnahmen zu zwingen.

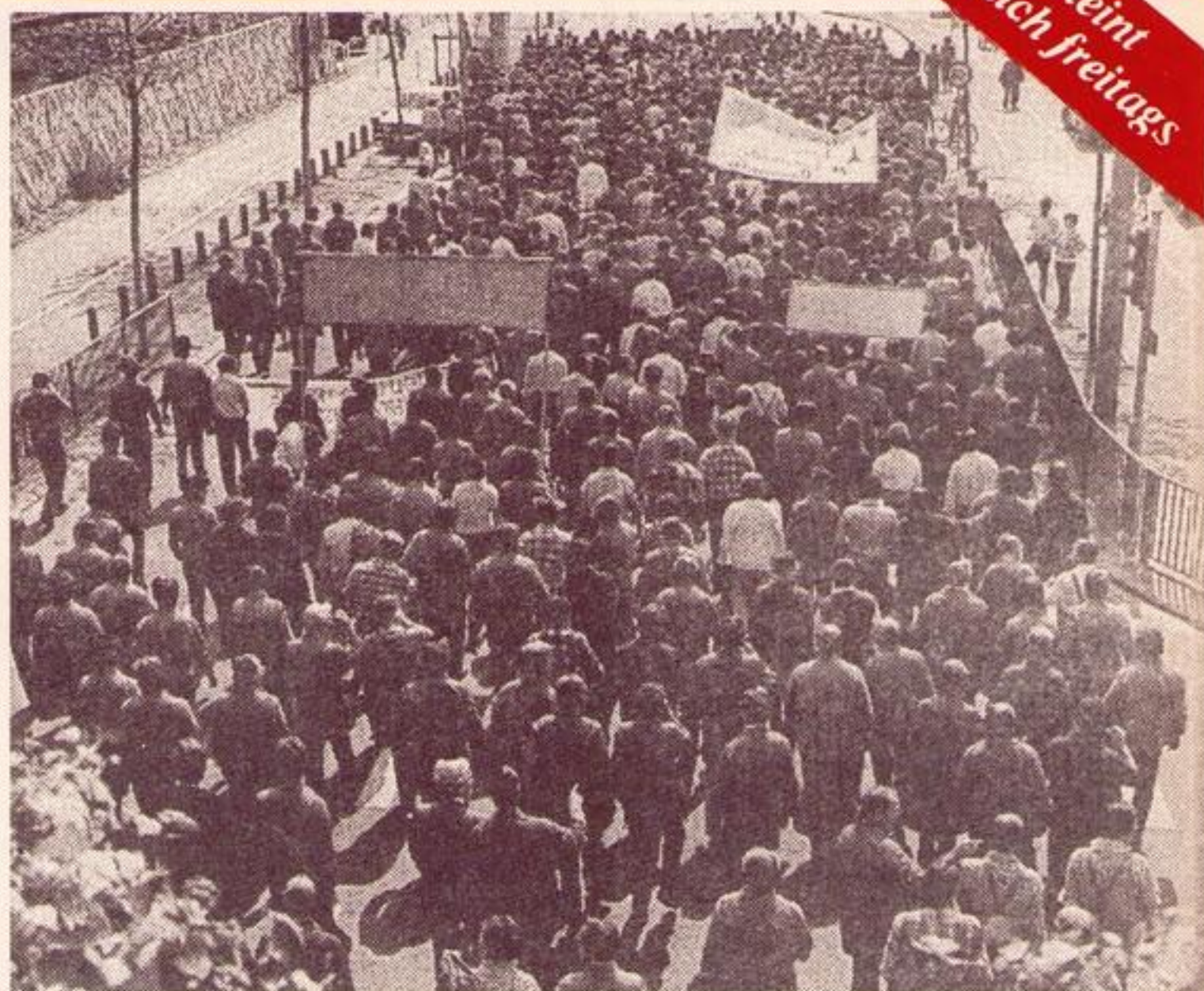
Das ist nichts anderes als eine Ermutigung der britischen Kriegstreiber und eine direkte Unterstützung ihrer militärischen Aggression im Südatlantik!

Protest gegen die Ermordung zweier Arbeiter

Generalstreik in Portugal

LISSABON. — Zum zweiten Mal in diesem Jahr haben die portugiesischen Werktätigen am vergangenen Dienstag einen 24stündigen Generalstreik durchgeführt. Der unmittelbare Anlaß für diese Kampfkation war ein brutaler Polizeieinsatz in der Stadt Porto, bei dem am 1. Mai zwei Arbeiter erschossen worden waren.

Der Zivilgouverneur der Stadt hatte damals der Gewerkschaft Intersindical (die der revisionistischen Partei nahesteht) das Stadtzentrum für eine Mai-Kundgebung verweigert und es stattdessen für ein Maifest der kleineren Gewerkschaft UGT (sozialdemokratisch orientiert) zur Verfügung gestellt. Um diese Feier vor der Intersindical zu „schützen“, wurde ein Polizeiaufgebot eingesetzt, das zunächst auf Intersindical-Kollegen hemmungslos einprügelte und dann gezielt das Feuer eröffnete. Zwei Arbeiter wurden dabei tödlich getroffen.



„Auf zum Landtag!“ lautete die Parole der Arbeiter von Magirus-Deutz in Mainz am Donnerstag letzter Woche (13. Mai). Die Belegschaft hatte aus Protest gegen die geplante Stilllegung des Werkes mit seinen 1600 Arbeitsplätzen gegen 10 Uhr morgens geschlossen die Arbeit niedergelegt und war zunächst vor das Werkstor gezogen, wo durch einen Sitzstreik der Verkehr auf einer Hauptverkehrsstraße blockiert wurde. Gegen den Willen des Betriebsratsvorsitzenden marschierten anschließend 1500 Belegschaftsmitglieder zum rheinland-pfälzischen Landtag. (Ausführlicher Bericht auf Seite 5).

Enthüllungen über Neue Heimat

Vetter erneut schwer belastet

NH-Bosse sackten 30 Millionen ein

WESTBERLIN. — Offenbar gezielt zum Beginn des 12. Bundeskongresses des DGB in Westberlin haben „Spiegel“ und „Stern“ neue Einzelheiten über Machenschaften und Betrugereien der Bonzen im Zusammenhang mit der Neuen Heimat veröffentlicht.

In dem Bericht des „Sterns“ wurde das sogenannte Berlin-Engagement Vettors — das der scheidende DGB-Chef stets verteidigt hatte — in ein neues Licht gerückt. Danach hat Vetter, der ein Jahresgehalt von über 100000 Mark bezieht, durch steuerliche Vergünstigungen aus einer Beteiligung an einer gewerkschaftseigenen Gesellschaft in Westberlin jahrelang faktisch keine Steuern gezahlt.

Laut „Stern“, der einen entsprechenden Bescheid des Finanzamtes Tiergarten zitiert, war Vetter über einen Strohmännchen an dieser Gesellschaft mit 146700 Mark beteiligt und hat jährlich Verlustzuweisungen bis

zu 250000 Mark bekommen.

Bei den vom „Spiegel“ in seiner neuesten Titelgeschichte veröffentlichten Angaben geht es um ein gigantisches Spekulationsgeschäft, das die gesamte frühere Führungsspitze der Neuen Heimat beim Bau der Trabantsiedlung München-Perlach betrieben hat. Über die von einem Strohmännchen geleitete Firma Terrafinanz kauften die NH-Bosse billig Grundstücke auf und verscherbelten sie zu überhöhten Preisen an die Neue Heimat bzw. die Stadt München weiter. Laut „Spiegel“ haben sie auf diese Weise insgesamt 30 Millionen Mark auf ihre Privatkonten gebracht. (Siehe auch Artikel auf Seite 2).

Diese Woche

Protest gegen Militärschau

50000 demonstrieren in Hannover gegen die IDEE, eine Messe, bei der Rüstungskonzerne militärische Elektronik ausstellen. Seite 2.

DGB-Kongreß

In Westberlin begann am Wochenende der 12. Bundeskongreß des DGB. Hintergrundberichte zur Gesamtwirtschaft und zum Leitartikel „Beschäftigungspolitik“ auf Seite 4.

Hambacher Fest

Zum 150. Mal jährte sich das Hambacher Fest, eine Massenkundgebung deutscher Demokraten gegen die Reaktion. Seite 6.

„Reds“

Zu Warren Beattys Film über John Reed, den Mitbegründer der KPUSA und Chronisten der Oktoberrevolution. Seite 9.

Reagans

„Abrüstungsangebot“

Die Vorschläge des US-Präsidenten zur „Reduzierung der atomaren Sprengköpfe“ sind ein politisches Manöver, mit dem die tatsächliche atomare Aufrüstung verschleiert werden soll. Seite 11.

Die Reichen in der BRD

5. Teil der „Roter-Morgen“-Serie. Seite 13.



Kommentar der Woche

Dem SPD-Minister Farthmann, zuständig für Arbeit und Soziales in Nordrhein-Westfalen, standen die Haare zu Berge. Da hatte er beim Infas-Institut eine Meinungsumfrage in Auftrag gegeben, um mal die Stimmung draußen im Lande zu testen. Und dann dieses Ergebnis! Es habe ihm „beinahe die Sprache verschlagen“, bekennt der Minister freimütig.

Wenn man sich die in der Presse veröffentlichten Umfrageergebnisse ansieht, kann man die Verstörung Farthmanns durchaus verstehen. Da sind etwa 55 Prozent der Erwachsenen und gar 61 Prozent der Jugendlichen in NRW der Meinung, daß die Gerichte in der Bundesrepublik „einseitig zugunsten der Mächtigen“ entscheiden. Auch Farthmanns eigene Kaste, die der bürgerlichen Politiker, kommt nicht besser weg. 43 Prozent der Erwachsenen und 66 Prozent der Jugendlichen widersprechen der Meinung, daß diese Politiker ihre Entscheidungen im Interesse des Volkes treffen würden.

Kein Vertrauen in Staat und Unternehmer

Und was die Unternehmer betrifft, so meinen 73 Prozent der Jugendlichen und immerhin 67 Prozent der Erwachsenen, sie würden sich „nur am eigenen Gewinninteresse“ und nicht am Wohl der ganzen Gesellschaft orientieren.

Farthmann — vom Ergebnis seiner Umfrageaktion niedergeschmettert — sprach von einer „schrecklichen und grauenhaften“ Entwicklung. Aus seiner Sicht besteht da wahrhaftig auch Grund zur Verzweiflung. Denn offenbar ist ja all die Mühe, den Menschen draußen im Land ein richtiges „Demokratieverständnis“ beizubringen, so gut wie umsonst gewesen. Die Macht geht vom Volk aus. Die Gerichte sind unabhängig. Wir sitzen alle in einem Boot. Nicht einmal diese ganz einfachen Grundwahrheiten, die doch zum eisernen Bestand unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gehören, werden mehr geglaubt. Was soll man den Leuten denn dann noch erzählen?

Die Umfrage macht eines deutlich: Die Zeiten für die Farthmanns, für all die Prediger der Klassenharmonie, werden zunehmend schlechter. Die Menschen in diesem Land haben ihre Erfahrungen gemacht und daraus Schlüsse gezogen. Die alltägliche gesellschaftliche Realität hat sie darauf gestoßen, daß die „Demokratie“ in diesem Land nur ein Schein ist, hinter dem sich eine Klassengesellschaft verbirgt, in der dort die Macht liegt, wo auch das Geld ist.

In dieser Umfrage drückt sich besonders drastisch — und in den einzelnen abgefragten Einschätzungen eben auch sehr präzise — das aus, was die bürgerlichen Parteien nun schon seit geraumer Zeit als „Staatsverdrossenheit“ bejammern. Bemerkenswert ist dabei die Tatsache, daß zwar die Jugend erwartungsgemäß am meisten von einem illusionslosen Denken geprägt ist, daß aber doch in einer Reihe von Fragen der Unterschied zu den Erwachsenen recht gering ist. In der Umfrage jedenfalls spiegelt sich nichts von der berühmt-berüchtigten „schweigenden Mehrheit“ wider, die angeblich brav staatstreu sein soll und die von der politischen Reaktion immer dann ins Spiel gebracht wird, wenn eine „radikale Minderheit“ von der Masse der Werktätigen isoliert werden soll.

Und überhaupt die Radikalen: Farthmanns Umfrage stellte natürlich auch die Gretchenfrage nach der Gewalt. Und auch hier wurde dem Minister eine „grauehafte“ Entwicklung vor Augen geführt. 46 Prozent der Erwachsenen nämlich und sogar 74 Prozent der Jugendlichen haben „Verständnis“ dafür, daß es eine zunehmende Neigung in der Bevölkerung gebe, gesellschaftliche Konflikte mit Gewalt zu lösen. Nun sollte man sicher solche Umfragen nicht überinterpretieren. Man kann aber doch wohl davon ausgehen, daß diejenigen, die hier ihr Verständnis bekundeten, nicht irgendeine ungezielte Gewalttätigkeit sondern eher das im Auge hatten, was ihnen tagtäglich als verdammenswerte Gewaltanwendung vor Augen geführt wird: Hausbesetzungen, Startbahn West, Demonstrationen aller Art.

Und da zeigt sich doch, wie brüchig das Gewalttabu geworden ist (auch wenn in der „linken Szene“ die Zahl derjenigen zunimmt, die Gewaltlosigkeit zur Ersatzreligion erheben wollen). Da zeigt sich doch, daß die krisenhafte Entwicklung der letzten Jahre nicht nur dazu geführt hat, daß die Realitäten dieser Klassengesellschaft schärfer gesehen werden, sondern auch dazu, daß sich ein Widerstandspotential aufgebaut hat — für das die Gewalt eben kein Tabu mehr ist.

Detlef Schneider

Wieder Skandal um Neue Heimat

Die Bonzen als Grundstücks-Spekulanten

Vietor und Co.: 30 Millionen eingesteckt

In seiner neuesten Ausgabe enthüllt der „Spiegel“ neue Tatsachen über die schmutzigen Geschäfte der Neue-Heimat-Bosse. Angesichts dieser Fakten wirken selbst die früher schon bekannt gewordenen Betrügereien dieser Leute nur noch als „kleine Fische“. Denn hier ging es um Millionen; konkret: 30 Millionen Mark hat sich ein halbes Dutzend NH-Bosse unter anderem durch umfangreiche Spekulationen mit Grundstücken eingesackt.

Am 20. September 1961 erschienen bei dem Münchner Notar Karl Pfeiffer sechs Herren, um einen Treuhand-Vertrag über die Gründung einer Firma namens Terrafinanz abzuschließen. Es waren Heinrich Plett (von 1950 bis 1963 Chef der NH), Albert Vietor (sein Nachfolger), Ludwig Geigenberger (damals Boß der NH Bayern) und Herbert Ritze (Chef der NH-Filiale in Bremen). Mit von

schrieb einfach im Namen der Neuen Heimat (deren Chef er ja war) eine Bürgschaft von 7,5 Millionen Mark für die Terrafinanz. Und schon hatte das Privatunternehmen der Bonzen unbegrenzten Kredit bei der Bayerischen Vereinsbank. Nun konnte im großen Stil eingekauft werden. Wie Teilhaber Geigenberger 1963 selbst sagte, hatte die Terrafinanz bis zu diesem Zeitpunkt 550 000 Quadrat-



Trabanten-Stadt Neu-Perlach

der Partie waren außerdem Gustav-Adolf Blum (Prokurist in der Grundstücksabteilung der NH Bayern) und der Hamburger Bankier Wölbern, der bewährte Strohmann der Vietor und Co.

Auch bei der Gründung der Terrafinanz spielte Wölbern wieder die Strohmann-Rolle; er übernahm treuhänderisch die Anteile der vier NH-Bosse, so daß diese nicht im Register auftauchten und im Hintergrund bleiben konnten. Zweck der damals gegründeten Terrafinanz war es, eine gigantische Spekulation mit Grundstücken in München anzukurbeln, bei der sich schnelle und satten Gewinne erzielen ließen.

Der Hintergrund: Die Stadt München plante den Bau einer Trabantenstadt in Neu-Perlach für 80 000 Menschen — es war das größte Städtebauprojekt in der Geschichte der BRD. Ein besonderer Umstand war dabei die Tatsache, daß der zu bebauende Boden nicht — wie bei anderen westdeutschen Siedlungsprojekten — der Stadt gehörte, sondern zumeist Eigentum von Bauern war. Sonderbarerweise verzichtete die Stadt darauf, die entsprechenden Grundstücke selbst zu kaufen, angeblich „weil die Stadt die notwendigen Kaufsummen niemals hätte finanzieren können“ (so der damalige OB Jochen Vogel). Den Kauf überließ man dann der gerade gegründeten Terrafinanz, obwohl dieses Unternehmen nun wahrlich nicht mit großen Kapitalien gesegnet war. Ganze 60 000 Mark hatten die NH-Bosse in ihr Unternehmen eingezahlt.

Die Geldbeschaffung für die Grundstückskäufe wurde für die Herren allerdings zu keinem Problem. Heinrich Plett unter-

meter Boden an sich gerafft. Zu äußerst günstigen Bedingungen, versteht sich — denn außer den NH-Spekulanten, die hinter der Terrafinanz standen, wußte bis zu diesem Zeitpunkt (von der politischen Führung in München abgesehen) noch niemand etwas von dem geplanten Riesenspekulation. So konnte die Terrafinanz ihre Grundstücke in München für zehn bis zwanzig Mark pro Quadratmeter kaufen — wenige Jahre später lagen die entsprechenden Preise in Neu-Perlach bereits bei hundert Mark, heute werden Spitzenpreise bis zu tausend Mark bezahlt.

Im Frühjahr 1963 wurde die Neue Heimat von der Stadt München zum „Maßnahmeträger“ für die Trabantenstadt Neu-Perlach gemacht. Die Baumaßnahmen wurden eingeleitet, und nun konnten Vietor, Geigenberger und Co. in ihrer Eigenschaft als Spekulant damit beginnen, die Grundstücke an Vietor, Geigenbauer und Co. in ihrer Eigenschaft als Chefs der Neuen Heimat zu verkaufen — mit gewaltigen Gewinnen. Das allein jedoch reichte ihnen nicht aus. Sie ließen ihre Terrafinanz auch als Maklerin für Grundstücksverkäufe aus dritter Hand auftreten und ließen sich dafür von der Neuen Heimat Provisionen in Höhe von zehn Prozent der Grundstückskosten überweisen. Üblich sind bei solchen Provisionsgeschäften zwei bis drei Prozent. Aber die NH-Bosse gewährten diese überhöhten Provisionen gerne, denn sie selbst profitierten ja davon — und bezahlen mußten diese Mehrkosten dann die Mieter.

Mit diesen schmutzigen Geschäften strichen die Teilhaber an der Terrafinanz (inzwischen war auch der technische NH-

Chef Walter Beyn dazugestoßen, damit war der geschäftsführende Vorstand der Neuen Heimat komplett in dem Spekulationsunternehmen vertreten) Jahr für Jahr pro Mann einen Gewinn von einer runden Million Mark brutto ein. Insgesamt hat ihnen dieses Geschäft 30 Millionen Mark eingebracht. 30 Millionen, um die sie die zumeist werktätigen Mieter der NH-Wohnungen betrogen haben.

Angesichts dieser rasanten Profitentwicklung weitete die Terrafinanz ihren Tätigkeitsbereich rasch aus. 1964 begann sie damit, selbst Sozialwohnungen zu bauen. Natürlich wieder mit betrügerischen Tricks. Die Terrafinanz verkaufte von ihr billig erworbene Grundstücke zu einem Vielfachen des Preises an ein Tochterunternehmen, die Wohnbauverwaltung-Terrafinanz. Auf der Basis dieser künstlich überhöhten Grundstückspreise wurden dann die Anträge auf Staatszuschüsse gestellt. Und die betrugen bis zu 45 Prozent der gesamten Grundstücks- und Baukosten. Auf diese Art konnten sich die NH-Bosse faktisch ohne eigenes Kapital allein in Perlach 1 500 Sozial-

wohnungen zulegen. Durch die betrügerische Manipulation mit dem Grundstückspreis waren nahezu alle Kosten auf die Steuerzahler abgewälzt worden.

Und von diesen Millionen-Betrügereien soll der Aufsichtsrat der Neuen Heimat nichts gewußt haben? Natürlich sprachen sich die Supergeschäfte der Terrafinanz schnell herum. Es existiert ein sehr aufschlußreiches Protokoll über die Sitzung der Aufsichtsratsgremien von Neuer Heimat und NH Städtebau am 10. Oktober 1979 in Düsseldorf. Laut diesem Protokoll sagte der NH-Betriebsratsvorsitzende Cordua, es gäbe Informationen, „wonach die Terrafinanz vor 20 Jahren oder mehr von Vorstandsmitgliedern der Neuen Heimat gegründet worden sei.“ Daraufhin stand der Aufsichtsratsvorsitzende Heinz Oskar Vetter auf und sagte: Er stelle fest, daß eine direkte oder indirekte Beteiligung des Vorstands nicht bestehe; damit sei „allen weiteren Diskussionen und Mutmaßungen der Boden entzogen.“

Auf solche Art also kam Vetter seinen Aufsichtspflichten gegenüber der Neuen Heimat nach.

50 000 demonstrierten gegen Waffenschau

In einem kilometerlangen Zug demonstrierten am Sonnabend in Hannover Antimilitaristen aus der niedersächsischen Landeshauptstadt und aus anderen Teilen der Bundesrepublik gegen die Militärelektronik-Messe IDEE, die vom 18. bis 20. Mai auf dem Gelände der Hannover-Messe stattfand. Zu der Aktion hatte ein breites Bündnis aufgerufen, an dem auch die KPD beteiligt war.



RGO-Betriebsrat Rolf Kähler bei der Abschlussskundgebung

Vom Lenksystem für Raketen über Nachrichtenelektronik bis hin zur Abhörwanze ist auf der IDEE alles zu finden, was die westliche Rüstungsindustrie im Elektronikbereich produziert. Öffentlichkeit ist bei dieser Messe unerwünscht — selbst Journalisten blieben ausgeschlossen. Die von der britischen Cahners Exposition Group alljährlich organisierte Waffenschau fand ursprünglich in den USA statt, wurde jedoch 1973 von Protesten der Bevölkerung aus Chicago vertrieben und schließlich von der US-Regierung für das Gebiet der Vereinigten Staaten verboten.

In der BRD dagegen wurden die Aussteller mit offenen Armen empfangen. Zuerst ging man nach Wiesbaden. Auch dort gab es in den letzten beiden Jahren massive Proteste, die dazu führten, daß der CDU-Oberbürgermeister weitere Messen in der Stadt absagte. Es ist ein besonderer Skandal, daß die IDEE in diesem Jahr ausgerechnet in der SPD-Stadt Hannover durchgeführt werden konnte (auf Betreiben übrigens des

Bundesverbandes der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie).

Die SPD-Stadtbözen sorgten zudem dafür, daß Hannover den „größten Polizeieinsatz seiner Geschichte erlebte“ (Polizeipräsident Walzer). 30 000 Polizisten aus mehreren Bundesländern waren gegen die Demonstration aufgebogen worden; das ganze Gelände der Ausstellung war hermetisch mit Stacheldraht abgeriegelt worden. Zum Schluß der Demonstration gab es massive Provokationen der Polizei, die beispielsweise Tiefflüge mit Hubschraubern dicht über die Köpfe der Demonstranten hinweg durchführte.

Bei der Abschlussskundgebung auf dem Gelände der Ricklinger Kiesteiche sprach unter anderem auch der RGO-Betriebsrat Rolf Kähler von HDW/Kiel. Kollege Kähler, der zusammen mit seiner RGO-Betriebsgruppe aktiv gegen den U-Boot-Bau für Chile gekämpft hatte, wurde anschließend vom WDR für einen Fernsehfilm über Rüstungsproduktion interviewt.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Gewerkschafterinnen für Lohngleichheit

(aus einem Flugblatt der IG Druck und Papier)

Die Gewerkschaften haben in der zurückliegenden Zeit bedeutsame Erfolge für die abhängig beschäftigten Frauen und Männer durchgesetzt. Nicht wenige konnten erst nach harten Auseinandersetzungen erreicht werden.

Dennoch: Die Lohndiskriminierung der Frauen bestimmt nach wie vor die betriebliche Realität.

Der gewerkschaftliche Kampf gegen diese Diskriminierung hat in den letzten Jahren eine neue Qualität bekommen. Die Kolleginnen erkennen immer mehr: Sie werden von den Unternehmern faktisch als Lohndrücker mißbraucht. Der Verzicht auf „gleichen Lohn bei gleicher und gleichwertiger Arbeit“ sichert ebensowenig Arbeitsplätze wie Lohnverzicht überhaupt — der Ex-

nicht zuletzt der Heine-Frauen, die am 9. September 1981 vor dem Bundesarbeitsgericht einen großen Sieg für alle Frauen erzielten. Bundesweite gewerkschaftliche Solidarität begleitete sie.

Der Kampf der 52 Schickedanz-Kolleginnen

Am 12. Mai 1982 stehen unsere 52 Schickedanz-Kolleginnen vor dem Bundesarbeitsgericht. Sie haben die nächste Barriere, die sogenannten „Arbeitsmarktzulagen“ wegzuräumen.

Sie verrichten im Betrieb die gleiche Arbeit wie die Männer, an den gleichen Maschinen, in der gleichen Abteilung. Sie arbeiten in Wechselschicht, die Männer teilweise in Nachtschicht.

Und die Löhne?

	Frauen:	Männer:
Tariflohn	6,43 DM	6,43 DM
Übertarifliche Zulage	0,51 DM	1,51 DM
Arbeitsmarktzulage	—,--- DM	0,79 DM
Zulage aus einer früheren Besitzstandsregel	0,76 DM	—,--- DM
Tarifliche Nachtschichtzulage	—,--- DM	2,61 DM
Betriebliche „Nur“-Nachtschichtzulage	—,--- DM	0,75 DM
	7,70 DM	12,09 DM

tragewinn der Unternehmer durch Lohndiskriminierung betrug 1980 ca. 40 Milliarden DM.

Die Kolleginnen erkennen auch, daß Diskriminierung kein privater Schicksalsschlag ist, dem man mit Anpassung, Unterordnung oder Resignation begegnen kann. Es bedarf der gemeinsamen solidarischen Aktion — der gewerkschaftlichen Gegenwehr — in betrieblichen und tarifpolitischen Aktionen.

Der deutlichste Ausdruck für das wachsende Engagement und Selbstbewußtsein der Kolleginnen sind die gemeinsamen Klageaktionen der Kabelspulerrinnen (IGM), der Langnese-Frauen (NGG), der Horten-Frauen (HBV) und

Die Männer arbeiten in der Nachtschicht 6 1/2 Stunden und bekommen 8 Stunden bezahlt; sie haben also rechnerisch einen Stundenlohn von 14,88 DM. Das ist eine Differenz zum Frauenlohn von 92,23 %.

Zur Entscheidung durch das Gericht stehen die Unterschiede in der übertariflichen Zulage und die den Frauen vorenthaltenen „Arbeitsmarktzulagen“.

Arbeitsmarktzulage nur für Männer heißt für die Unternehmer, finanzielle Anreize für die Männer zu schaffen, weil sie für die „niedrigen Frauenlöhne auf dem Arbeitsmarkt nicht zu haben sind“.

Schickedanz-Frauen zogen vor das Bundesarbeitsgericht

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

„Arbeitsmarktzulage“ als Form der Lohndiskriminierung

NEUSS/KASSEL. — Am 12. Mai fuhren 52 Arbeiterinnen, die bei den Papierwerken Schickedanz & Co. in Neuss beschäftigt sind, in aller Frühe mit einem Omnibus nach Kassel. Vor dem Bundesarbeitsgericht fand an diesem Tag „ihr“ Prozeß statt. Die 52 Kolleginnen hatten — unterstützt von der IG Druck und Papier — Klage gegen die Schickedanz-Bosse erhoben, um sich gegen Lohndiskriminierung zu wehren. Obwohl die Männer an den gleichen Maschinen genau die gleiche Arbeit machen, erhalten sie eine „Arbeitsmarktzulage“, die den Frauen bislang vorenthalten bleibt.

An jenem Morgen des 12. Mai trafen sich die Schickedanz-Frauen bereits um 5.30 Uhr vor dem DGB-Haus in Neuss. Ab nach Kassel! Per Omnibus ging es in die nordhessische Stadt, die Sitz des Bundesarbeitsgerichtes ist. Sieben Monate ist es her, daß die Heine-Frauen dort einen großen Erfolg für alle lohnabhängigen Frauen erzielen konnten, als sie ihren Prozeß gewannen, der ebenfalls um Lohndiskriminierung über besondere Zulagen für die Männer gegangen war.

Das Bundesarbeitsgericht mußte damals — unter dem Druck einer bundesweiten Solidaritätskampagne, die von der IG Druck und Papier in Bewegung gesetzt worden war — zugestehen, daß es eine gemäß Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes verfassungswidrige Diskriminierung ist, wenn Frauen für gleiche Arbeit mit geringeren übertariflichen Zulagen als die Männer bezahlt werden; dadurch ist, so gestanden die Herren Richter ein, eine ungünstigere Behandlung der Frauen allein deshalb gegeben, weil ihre Arbeitskraft nicht ebenso bewertet wird wie die der Männer.

Der Unterschied im Fall der Schickedanz-Frauen liegt nun darin, daß die Schickedanz-Bosse die den Männern vorbehaltene Zulage gar nicht erst mit angeblichen Leistungsunterschieden zu kaschieren versuchen, wie dies bei Foto-Heine geschah. Ganz dreist und offen hat Schickedanz die Zulagen als „Arbeitsmarktzulage“ deklariert. Diese Zulagen seien darin begründet, erklären die Neusser Bosse und ihre Rechtsanwälte, daß Männer für die niedrigen Frauenlöhne auf dem Arbeitsmarkt nicht zu haben sind.

Die IG Druck und Papier schreibt dazu in ihrer Mitgliederzeitung „druck und papier“: „Wenn das Gericht eine unterschiedliche Behandlung von Frauen und Männern im Rahmen einer ‚Arbeitsmarktzulage‘ für zulässig erklären würde, dann würden Frauen gleich zweimal bestraft und Tür und Tor für unternehmerische Willkür geöffnet. Sie würden bestraft, daß sie seit eh und je von den Unternehmern als industrielle Reserve mißbraucht und als billige Arbeitskräfte doppelt ausgenutzt werden.“

Es ist empörend, daß sowohl das Arbeitsgericht Düsseldorf als auch das Landesarbeitsgericht Düsseldorf die Klage der Schickedanz-Frauen in erster Instanz abgewiesen und dem unverhüllt reaktionären Unternehmerstandpunkt den rechtlichen Segen gegeben haben. Das heißt, das Prinzip der Lohngleichheit rechtlich mit Füßen zu treten. In „druck und papier“ wird dies folgendermaßen erläutert:

„Erkennt man aber an, daß eine ungleiche Entlohnung der Frauen aus Gründen des Arbeitsmarktes gerechtfertigt ist, heißt dies Abschied nehmen vom Grundsatz der Lohngleich-

heit. Dies kann aber nicht angehen, weil der Grundsatz zwingend dann gilt, wenn gleiche Arbeit geleistet wird. Nur ungleiche Arbeit oder Belastung kann zu ungleicher Bezahlung führen, nicht aber ungleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt.“

Genau wie schon der Prozeß der Heine-Frauen ist auch der Prozeß der Schickedanz-Frauen von exemplarischer Bedeutung. Die 52 Arbeiterinnen kämpfen nicht nur für sich selbst, sondern für Millionen Frauen und Mädchen, die als Lohnabhängige besonderer Ausbeutung und doppelter Unterdrückung ausgesetzt sind. Dadurch, daß die IG Druck und Papier ihren Kampf unterstützt, spüren die 52 zunehmend, daß sie nicht allein stehen. Nahezu 100000 Unterschriften wurden beispielsweise für den Heine- und ihren Prozeß bis jetzt gesammelt.

Anfangs war der Schritt zum aktiven Widerstand für die 52 alles andere als leicht und selbstverständlich. Wieviel Skepsis, teilweise auch Unverständnis und Ablehnung wurde da sichtbar! Manchmal sogar bei Freunden und Ehemännern, nicht zuletzt auch bei den männlichen Kollegen im Betrieb. In-

zwischen hat sich das weitgehend verändert. Dazu hat natürlich die Solidaritätsbewegung, die von der Gewerkschaft bundesweit organisiert wurde, beigetragen. Inzwischen ist auch das Selbstbewußtsein der Schickedanz-Arbeiterinnen sehr gewachsen.

Solidarität spielte auch bei der Reise nach Kassel eine wichtige Rolle. Auch hier wieder dabei: Die unermüdete Asia Jansen mit ihrer Gitarre, die mit ihrem Gesang Mut und Fröhlichkeit zu wecken versteht. In Kassel vor dem Bundesarbeitsgericht wurden die Schickedanz-Frauen von Kolleginnen mit roten Nelken begrüßt. Fackeln wurden entzündet als Symbol: „Die Flamme der Solidarität am lodern erhalten!“

An der mündlichen Verhandlung vor dem BAG konnten zahlreiche Schickedanz-Frauen und andere Kolleginnen und Kollegen deshalb nicht teilnehmen, weil der von der IG Druck bereits Wochen vorher gestellte Antrag auf einen großen Sitzungssaal vom Vorsitzenden des Gerichtes, Dr. Thomas, abgelehnt wurde. Die Kolleginnen und Kollegen werten dies als „Aussperrung“ der Solidarität, als Furcht des Gerichtes, Furcht vor der Öffentlichkeit. Um so trotziger hallten dann die Strophen durch die Gänge des Gerichtsgebäudes: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit — Keiner schiebt uns weg“. Das Bundesarbeitsgericht verschob die Urteilsverkündung auf den 25. August.



Schickedanz-Arbeiterinnen vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel. Deutsche und ausländische Kolleginnen haben gemeinsam den Kampf gegen Lohndiskriminierung aufgenommen. Die aus Jugoslawien stammende Mira Abraham, deren Klage in Kassel stellvertretend für die anderen Kolleginnen verhandelt wurde, hält auf dem Foto eine rote Nelke hoch.

ÖTV-Schwerpunkt-Aktion Frauen

„Wir wollen keine Reservearmee sein“

STUTTGART. — In der vergangenen Woche führte die Gewerkschaft ÖTV ihre „Schwerpunkt-Aktion Frauen“ durch. Die Stoßrichtung ging vor allem gegen die verlogene Heim- und Herdideologie, die heute wieder verstärkt durch die Reaktion verbreitet wird.

Zu der Kampagne gehörte zum Beispiel die Durchführung von Diskussionsveranstaltungen, Seminaren und Arbeitstagen. In verschiedenen Falbblättern wurde Aufklärung über die Lage der arbeitenden Frauen und über den reaktionären Zweck der Heim- und Herd-Propaganda geleistet.

In einem dieser Flugblätter heißt es:

„In der Hochkonjunktur wurden die Frauen wieder gebraucht. Überall fehlten Arbeitskräfte, in der Industrie, im Handel und im öffentlichen Dienst... Um auch Hausfrauen die Erwerbstätigkeit schmackhaft zu machen, starteten die Arbeitsämter regelrechte Werbekampagnen. Betriebskindergärten wurden eingerichtet. Werksbusse holten die Frauen morgens nahe ihrer Wohnung ab und brachten sie abends nach Hause. Eine Broschüre der Arbeitsverwaltung versprach 1957 den berufstätigen Frauen sozia-

len Aufstieg und mehr Bildungschancen. (...)

Die Szene wandelte sich rasch. Noch ehe die Frauen ihre Stellung im Berufsleben ausbauen, fehlende Ausbildung nachholen und sich weiterbilden konnten, noch ehe gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit durchgesetzt war, noch ehe ein Bewußtseinswandel in der Gesellschaft auch mehr partnerschaftliches Verhalten in der Familie bewirken konnte, flaute die Konjunktur ab. Eine Rationalisierungswelle rollte an, mit dem Ziel, Personalkosten rigoros einzusparen.

Frauen waren die ersten Opfer. Nicht nur in Industrie und Handel, auch im öffentlichen Dienst. Typisches Beispiel: Die Schaffnerinnen in Straßenbahnen und Bussen. Lange bevor Fahrkarten-Automaten aufgestellt wurden, mußten Einmannfahrer das Fahrgeld kasieren. Die Schaffner wurden wegrationalisiert. Es traf auch

Männer, doch sie wurden vielfach zu Fahrern umgeschult. Die Schaffnerinnen blieben auf der Strecke.

Damals wurde der Abbau von Arbeitsplätzen mit Polemiken gegen Doppelverdiener unterstützt. Heute wird für mehr Mütterlichkeit geworben. Wir Frauen sollen uns wieder in die Familie zurückziehen, um den Arbeitsmarkt zu entlasten. (...)

Während die einen uns Frauen in traditionelle Familienrollen zurückdrängen wollen, werben andere schon wieder Frauen für eine neue Reservearmee. Diesmal klingt es nicht nur militärisch, es ist so gemeint. „Not am Mann“ herrscht: Die Bundeswehr wird, wegen der geburtschwachen Jahrgänge, nicht mehr genug wehrpflichtige junge Soldaten finden, um ihre Sollstärke zu erreichen. Weibliche Soldaten werden gebraucht.

(...)

Wir Frauen wollen weder eine wirtschaftliche, noch eine militärische Reservearmee sein. Für dieses Ziel müssen wir selber etwas tun, gemeinsam. Mit der ÖTV.“

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Wall), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231 / 433691/92.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Peter Steady, Linnestr. 13, Tel.: (0611) 491918.

2000 Hamburg 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-Helmut Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 Nürnberg, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 436043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 Osnabrück, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

12. Ordentlicher Bundeskongreß des DGB in Westberlin

Neubelebung der Sozialpartnerschaftspolitik?

Vom 16. bis zum 22. Mai findet in Westberlin der 12. Ordentliche Bundeskongreß des DGB statt. Mehr denn je sind unsere Gewerkschaften heute herausgefordert — sowohl durch die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Lage als auch durch innergewerkschaftliche Probleme. Stichworte: Zwei Millionen Arbeitslose, Abbau der

Reallöhne, zunehmende Kriegsgefahr, Neue Heimat. Ohne Zweifel wäre die Auseinandersetzung über Grundsatzfragen des gewerkschaftlichen Kampfes, über den von der DGB-Führung verfolgten sozialpartnerschaftlichen Kurs auf dem DGB-Kongreß eine brennende Notwendigkeit.

Der Sozialpartnerschaftskurs, der auf einen „Ausgleich“ zwischen Lohnarbeit und Kapital ausgerichtet ist, auf die Versöhnung des Unversöhnlichen, auf die Erhaltung eines sogenannten sozialen Friedens, der nur den Ausbeutern und der politischen Reaktion nützlich sein kann, führt in die Sackgasse. Das haben die vergangenen Monate und Jahre gezeigt. Auf dieser Basis war es nicht möglich, dem Großangriff der Unternehmer auf die Lebenslage des arbeitenden Volkes wirkungsvoll entgegenzutreten.

Diese Erfahrung ist am Bewußtsein der Millionenmassen der DGB-Mitglieder nicht spurlos vorübergegangen. Viele aktive Gewerkschafter beginnen jetzt zu erkennen, daß unsere Gewerkschaften den Angriffen der Unternehmer und der Regierung nur durch massenhafte Mobilisierung ihrer Mitgliederbasis, durch die Organisation konsequenter Kampfmaßnahmen wirkungsvoll begegnen können. Kurz: daß sie sich statt auf Sozialpartnerschaft auf den Klassenkampf orientieren müssen. Andernfalls wird die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung total in die Defensive gedrängt, wird es unmöglich sein, mühsam errungene politische und soziale Rechte und Reformen zu verteidigen, geschweige denn auszubauen.

Diese Einsicht schlägt sich auch in der Herausbildung einer klassenkämpferischen Opposition in den Gewerkschaften nieder, die zunehmend stärkere Resonanz an der breiten gewerkschaftlichen Mitgliederbasis findet.

Auch der Skandal um die Neue Heimat hat grundsätzliche Fragen aufgeworfen und auf die Tagesordnung gesetzt. Er hat in breiten Teilen der Mitgliedermassen nicht nur Empörung,

teilweise auch Verbitterung und Resignation hervorgerufen, sondern er hat auch eine Diskussion über Sinn und Wesen der Gewerkschaftsbewegung ausgelöst, über die Rolle der sogenannten Gemeinwirtschaft, und nicht zuletzt darüber, wo eigentlich Funktionäre stehen, die genau wie Unternehmer verdienen, leben und denken.



DGB am Scheideweg. Das Motto des DGB für den 1. Mai 1982 bleibt ein frommer Wunsch, falls kein radikaler Kurswechsel verwirklicht wird: weg von der Sozialpartnerschaft, hin zum Klassenkampf!

Kann man erhoffen, daß sich der 12. Ordentliche DGB-Bundeskongreß in Westberlin diesen grundsätzlichen Fragen und Problemen in der notwendigen Form stellen wird? Daß er die fällige Auseinandersetzung über den Kurs für die kommenden schweren Jahre, die zweifellos gewaltige Herausforderungen für die Gewerkschaftsbewegung bringen werden, führen wird?

Es deutet alles darauf hin, daß eher das Gegenteil der Fall sein wird. Was die Auseinandersetzung über den Neue-Heimat-Skandal betrifft, so liegt ein Initiativantrag des DGB-Bundesvorstands vor, der darauf abzielt, jede ernsthafte Diskussion über Ursachen und über notwendige Konsequenzen der

himmelschreienden Mißstände, die da in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gezogen wurden, abzuwürgen. Vielleicht noch symptomatischer ist es aber, daß auch in der Frage der größten Herausforderung für die Gewerkschaften, der Arbeitslosigkeit, das offenkundige Versagen der DGB-Führung und ihrer Politik voraussichtlich nicht zur



Debatte gestellt werden wird. Die Unternehmerzeitung „Handelsblatt“ jedenfalls erwartet, daß es gerade in dieser Frage (im Gegensatz etwa zum Thema „Frieden, Entspannung und Abrüstung“, wo ein Antrag der IG Metall vorliegt, der den NATO-Nachrüstungsbeschluß verurteilt) keine größere Auseinandersetzung auf dem Kongreß geben wird: „Dabei sollten Gegensätze kaum aufbrechen.“

Da ist der schon erwähnte Antrag der IG Metall zum NATO-Raketenbeschluß; da wäre weiter zu nennen ein Antrag der IG Druck und Papier, der das gesetzliche Verbot der Aussperrung fordert; und angesichts der seit geraumer Zeit spürbaren fieberhaften Bestrebungen rechter DGB-Führer, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in der Versenkung verschwinden zu lassen, muß man wohl auch einige Anträge, die diese Forderung erneut aufs Tapet bringen, in diesem Zusammenhang erwähnen.

Es ist viel eher mit der breiten Übereinstimmung zu rechnen, die nach Aussagen von Teilnehmern auch in der Antragsberatungskommission, in der alle 17 Mitglieds-gewerkschaften vertreten waren, zu fast allen Punkten geherrscht hat.

Dabei ist es doch gerade in diesem Punkt besonders deutlich geworden, wie verhängnisvoll die Sozialpartnerschaftslinee der DGB-Führung sich auswirkt: Die Verteidigung bedrohter Arbeitsplätze wurde von den DGB-Bonzen nicht nur nicht organisiert sondern immer wieder systematisch sabotiert und abgewürgt.

Sicherlich liegen auch einige Anträge vor, die trotz der weitgehenden Ausschaltung demokratischer Willensbildung mittels der Ausfilterung aller Initiativen von unten (vgl. dazu auch untenstehenden Kommentar aus „RGO-Nachrichten“) den DGB in bestimmten Einzelfragen auf fortschrittlichere Positionen brächten, falls der Kongreß sie verbindlich beschließen würde (anstatt sie — wie zu befürchten — mit dem Stempel „erledigt“ in die Ablage für fromme Wünsche zu verbannen).

Da ist der schon erwähnte Antrag der IG Metall zum NATO-Raketenbeschluß; da wäre weiter zu nennen ein Antrag der IG Druck und Papier, der das gesetzliche Verbot der Aussperrung fordert; und angesichts der seit geraumer Zeit spürbaren fieberhaften Bestrebungen rechter DGB-Führer, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in der Versenkung verschwinden zu lassen, muß man wohl auch einige Anträge, die diese Forderung erneut aufs Tapet bringen, in diesem Zusammenhang erwähnen.

In der letzten Ausgabe der „druck und papier“ (Mitgliederzeitung der gleichnamigen Industriegewerkschaft) schreibt Detlev Hensche in einem Kommentar, der sich kritisch mit dem

„Leitantrag zur Beschäftigungspolitik“

Gleichgewichtsstörung

Nach dem Willen der DGB-Führung soll der DGB-Bundeskongreß einen „Leitantrag zur Beschäftigungspolitik“ verabschieden, dessen Kernaussage folgendermaßen lautet:

„Die in den letzten Jahren eingetretene und für die kommenden Jahre vorausgesagte Arbeitslosigkeit stellt eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts dar. Deshalb fordert der DGB Bund, Länder und Gemeinden zu einer beschäftigungssichernden Finanzpolitik auf.“

Welch reaktionärer Unsinn! Anstatt sich den Kopf über das „Gleichgewicht“ der kapitalistischen Wirtschaft zu zerbrechen, sollten Gewerkschaftsführer lieber nach den Ursachen der Arbeitslosigkeit fragen.

Die Arbeitslosigkeit entsteht eben deshalb mit Unvermeidlichkeit aus dem kapitalistischen Ausbeutungssystem, weil eine Wirtschaft, die auf Profitmaximierung beruht, auf der privaten Aneignung des gesellschaftlich erzeugten Reichtums, auf schrankenloser Ausplünderung der arbeitenden Massen durch eine kleine Oberschicht — weil ein solches Wirtschaftssystem nie und nimmer durch Gleichgewicht bzw. Harmonie bestimmt sein kann.

Verlauf der Lohnrunde '82 auseinanderzusetzen:

„Die Gewerkschaftsbewegung steht am Scheidewege: Zwischen Anpassung und aktiver, und zwar geschlossener Gegenwehr. Es ist zu hoffen, daß alle aus der jüngsten Runde die Konsequenzen ziehen. Und zwar ehe es zu spät ist.“

Müßten nicht gerade auch auf dem Bundeskongreß des DGB endlich die nötigen Konsequenzen gezogen werden?

Die immer tiefer werdende wirtschaftliche Krise des Kapitalismus kann durch keine irgendwie geartete „Finanzpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden“ gelöst werden, sondern nur durch die Zerschlagung des Kapitalismus und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft.

Und insoweit überhaupt „beschäftigungssichernde“ Maßnahmen in einer kapitalistischen Gesellschaft möglich sind, so stehen dieselben im diametralen Gegensatz zu den Profitinteressen der Unternehmer und lassen sich daher nur im erbitterten Klassenkampf gegen diese erzwingen.

Um einige Maßnahmen zu nennen: Drastische Besteuerung der Unternehmerprofite, vor allem bei den Großkonzernen und Banken, drastische Herabsetzung der Rüstungsausgaben; Finanzierung von arbeitsplatzschaffenden, gesellschaftlich nützlichen Projekten und Vorhaben aus den dadurch freiwerdenden Mitteln; sofortige einschneidende Verkürzung der Tages- Wochen- und Lebensarbeitszeit bei vollem Lohn- und Rentenausgleich; Unterbindung jeglicher Massenentlassungen, Arbeitsplatzvernichtung und ersatzlosen Stilllegung von Produktionsanlagen usw. usf.



Aus „RGO-Nachrichten“

Was erwarten wir vom DGB-Bundeskongreß?

Die letzte Ausgabe von „RGO-Nachrichten“ (Monatszeitung der Revolutionären Gewerkschafts-Opportunisten) enthält einen Kommentar, der zu dem bevorstehenden Bundeskongreß des DGB Stellung nimmt. Verfasser ist ein (namentlich nicht genannter) Betriebsratsvorsitzender aus einem norddeutschen Betrieb, der Mitglied der IG Metall ist. Im folgenden geben wir diese Stellungnahme wieder.

Eigentlich sollte dieser Kongreß ja in aller Ruhe stattfinden, sollte dem einen der strahlenden Abgang, dem anderen glanzvollen Aufstieg verschaffen.

Doch die Ruhe ist im Vorfeld des 12. ordentlichen Bundeskongresses des DGB durch den Neue-Heimat-Skandal und die teilweise heftige Reaktion in der Mitgliedschaft gründlich verdorben.

Der Abgang des Herrn Vetter ist nun durch die Aufdeckung seiner Spekulationsgeschäfte getrübt, der Aufstieg eines Herrn Pfeiffer wegen ebensolcher Geschäfte wurde durch den Druck von unten verhindert.

Doch daß der Kongreß nun wirklich die notwendigen Konsequenzen aus diesen Enthüllungen zieht, ist leider kaum zu erwarten. Da haben die DGB-Führer schon vorgesorgt, damit die Demokratie nun nicht überhand nimmt und die Stimmung unter der Mitgliedschaft nicht allzu massiv auf dem Kongreß zur Sprache kommt.

Bereits drei Monate vor dem Kongreß war Antrags-schluß, also gerade noch vor den Enthüllungen um die Neue Heimat. Antragsberechtigt sind ausschließlich die Landesdelegiertenkonferenzen.

So können die Anträge aus den Kreisen, den Betrieben und aus den Ar-

beitsgruppen sauber gefiltert auf dem höchsten Gewerkschaftskongreß erscheinen. Dabei wäre gerade eine breite Diskussion unter den Gewerkschaftsmitgliedern über diesen Skandal und die Konsequenzen daraus dringend erforderlich gewesen, wenn man wirklich Schaden für die Gewerkschaftsbewegung verhindern wollte.

Zu diesen Konsequenzen gehört eben auch, daß Leute wie Loderer, Vetter und Pfeiffer als Gewerkschaftsführer ganz und gar untragbar sind, die sich wie ganz gewöhnliche Kapitalisten an Abschreibungsmanipulationen beteiligen.

Eine andere Frage, die diese ganze Sache in den Vordergrund gerückt hat: Was soll eigentlich die Beteiligung von Gewerkschaften an Unternehmungen wie der Neuen Heimat, Bank für Gemeinwirtschaft

oder Coop bringen?

Da wird nun erklärt, daß solche Unternehmungen natürlich auch den Gesetzmäßigkeiten des Marktes unterliegen, daß sie sich — kurz gesagt — kapitalistisch verhalten haben, was wir als Mieter und Verbraucher in der Tat leicht bestätigen können.

Welches Interesse sollten wir aber daran haben, solche Unternehmungen aus unseren Mitgliedsbeiträgen noch zu finanzieren? Da fließen Gelder hin, die wir dringend in unseren Kampffonds brauchen würden! Da wird ständig neues Bonzenum produziert, damit werden Karrieren in der Gewerkschaft in Aussicht gestellt, die sich mit jedem kapitalistischen Management messen können.

Eine breite Diskussion unter den Gewerkschaftsmitgliedern würde sicher schnell zu der Überlegung kommen, diesen kapitalistischen Klotz am Bein ab-

zuwerfen.

Dieser Kongreß soll Weichen stellen für die Gewerkschaftspolitik der nächsten Zeit. In erster Linie muß das doch wohl heißen, daß alle Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit ein wirklicher Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitslosigkeit aufgenommen wird.

Die Arbeitszeitverkürzung in Form der 35-Stunden-Woche ist eine der wichtigsten Antworten der Gewerkschaftsbewegung auf die hemmungslose Rationalisierung der Kapitalisten. Hier müßte der Kongreß klar den Weg weisen, denn solche Forderungen werden nur unter Einsatz der gesamten gewerkschaftlichen Kampfkraft durchsetzbar sein.

Stattdessen aber streben die DGB-Führer auf diesem Kongreß eine Neubelebung der Mitbestimmung an, das Konzept, das sich in der gewerkschaftlichen Praxis der letzten Jahre als völlig untauglich

und schädlich für den Kampf herausgestellt hat.

Wir brauchen keine Neubelebung solcher sozialpartnerschaftlichen Konzepte, sondern eine kämpferische Orientierung, um mit entschiedenen Kampfmaßnahmen den Angriffen der Unternehmer entgegenzutreten!

Eine solche Orientierung wird aber nicht möglich sein, wenn die gewerkschaftspolitischen Auswirkungen des Neue-Heimat-Skandals unter den Teppich gekehrt werden, wenn wieder auf sozialpartnerschaftliche Konzepte orientiert und z. B. der Kampf um die 35-Stunden-Woche nicht ganz handfest vorbereitet wird.

Die breite Diskussion unter den Mitgliedern um die Konsequenzen aus dem Neue-Heimat-Skandal und über die wirklichen Aufgaben unserer Gewerkschaftsbewegung heute wird mit diesem Kongreß mit Sicherheit nicht überflüssig werden!

Kampfdemonstration der Magirus-Deutz-Belegschaft

Die Arbeiter zogen vor den Landtag

Spontaner Proteststreik gegen Stillegung / Magirus-Fahnen verbrannt

MAINZ. — Die Geduld der Arbeiter des Mainzer Omnibuswerkes von Magirus-Deutz (das die Konzernherren stilllegen wollen) ist zu Ende. Die Kollegen wollen sich nicht länger durch große Sprüche und leere Versprechungen der Bonzen von Politik- und Gewerkschaftsführung hinhalten lassen. Spontan legte die Belegschaft am Donnerstag letzter Woche (13. Mai) die Arbeit nieder. Die Streikenden verließen die Werksanlagen und zogen vor den Landtag.

Das Mainzer Omnibuswerk der Magirus Deutz AG (das Unternehmen hat seinen Hauptsitz in Ulm) mit seinen 1600 Beschäftigten soll nach dem Willen der Bosse der multinationalen Iveco-Gruppe (deren Tochterunternehmen Magirus Deutz seit Anfang der 70er Jahre ist) stillgelegt werden. Die Muttergesellschaft Iveco wird vom Turiner Fiatkonzern beherrscht. Der Schließungsbefehl für Magirus Deutz in Mainz kommt also aus der Turiner Konzernzentrale.

Die Stillegung ist verbunden mit der Verlagerung von Teilen der Produktion aus dem Mainzer Werk nach Italien in verschiedene dortige Fiat-Werke. In Turin, Modena und Neapel sollen künftig Rahmen, Fahrgerüste und Rohkarossen für Fiat-Busse hergestellt werden. Ebenfalls nach Italien verlagert werden soll die komplette Produktion des kleinen Magirus-Deutz-Busses R 81 mit sämtlichen Maschinen.

Um die Belegschaft, aber auch die Mainzer Bevölkerung zu beschwichtigen, führte Magirus-Deutz-Chef Kosegarten seit einiger Zeit Verhandlungen mit Interessenten, die das Mainzer Werk eventuell übernehmen würden. Zugleich aber hat man — wie inzwischen aufgedeckt worden ist — hinter den Kulissen und ohne Wissen des Betriebsrates damit begonnen, Vorkehrungen zu treffen für die Verlagerung der gesamten Busfertigung nach Italien und zwar schon bis Ende Juli dieses Jahres.

Die kompletten Pläne für diese Demontage des Mainzer

che Sprache gesprochen, wie die folgenden Zitate zeigen:

„Immer deutlicher stellt sich heraus, daß die Magirus Deutz AG, Ulm, im Auftrag der Muttergesellschaft Iveco in Mainz eine Politik der ‚verbrannten Erde‘ betreibt. (...) Wenn man mit den Interessenten handels-einig sein wird, steht in Mainz keine Produktionsstätte irgendwelcher Art für Busse mehr. (...) Kosegarten handelt somit eindeutig im Auftrage der Iveco-Zentrale, die mit allen Mitteln verhindern will, daß ihr aus der immer deutlicher sich formierenden Nachfolgesellschaft ein potentieller Konkurrent für ihre italienischen Produkte erwachsen könnte.“

Der Artikel in dem Mainzer Lokalblatt hat wohl den Ausschlag dafür gegeben, daß am gleichen Tag, also am Donnerstag, den 13. Mai die Arbeiter unabhängig bzw. sogar gegen den Willen der Betriebsrats-spitze und der IGM-Verwaltungsstelle in Aktion traten. Es trat ein, was Betriebsratsvorsitzender Max Rodenkirchen bereits zwei Wochen früher als Befürchtung geäußert hatte: „Lange kann ich die Leute nicht mehr halten.“

Vormittags zwischen 9.00 und 10.00 Uhr begann die Aktion. Die Arbeiter begaben sich vor die Werkstore. Dort setzten sie sich auf die Straße. Plakate und Transparente gaben ihrem Protest gegen die Stillegung Ausdruck. Kollegen holten die beiden Magirus-Deutz-Fahnen, die links und rechts der Werkstore gehangen hatten, herunter. Die Fahnen wurden öffentlich

stand von Magirus den Stille-legungsbeschluß am 11. März).

Dies war der erste selbständige Kampfschritt der Belegschaft. Zuvor hatte es am 17. März im Zusammenhang



Die Magirus-Fahnen am Werkstor wurden von den Arbeitern eingeholt und verbrannt.

mit einer Betriebsversammlung eine Demonstration innerhalb des Werksgeländes gegeben. Und am 25. März hatte die IGM-Metall-Verwaltungsstelle Mainz zu einer Demonstration und Großkundgebung vor den Domplätzen aufgerufen, an der sich außer der Magirus-Belegschaft mehrere tausend Mainzer Bürger beteiligten. Diese Protestaktion hatte allerdings erst um 17.00 Uhr begonnen, also schon brav nach Feierabend.

Bezeichnend für die Politik der Bonzen: Bei der Demonstration vom 25. März ließen sie an der Spitze ein Transparent tragen, auf dem nicht etwa die Forderung nach Erhalt der Arbeitsplätze oder der Protest gegen die skrupellosen Stilllegungspläne zu lesen war, sondern die Parole: „Radikale unerwünscht“. Dahinter steckt dies: Einen radikalen, das heißt wirkungsvollen und erfolgsversprechenden Kampf der Belegschaft wollen die Bonzen unbedingt verhindern. Das ist ihr größtes Anliegen!

Nebenbei: Betriebsratsvorsitzender Rodenkirchen hat sich durch seine Unterstützung früherer Arbeitsplatzvernichtungen bei den Magirus-Bossen bereits einen dicken Stein im Brett verdient. Zynisch, bezeichnete er den Belegschaftsabbau von ursprünglich über 2000 auf jetzt 1600 Beschäftigte als „Aus-schwitzen“.

Rodenkirchen versuchte am letzten Donnerstag schon, die Blockade der Mombacher Hauptstraße durch die Arbeiter und die Fahnenverbrennung zu verhindern. Als sich dann die Parole verbreitete: „Auf zum Landtag!“, versuchte der Betriebsratsvorsitzende erneut abzuwehren und schlug vor, man solle durch Mombach demonstrieren, und dann an die Arbeit zurückkehren. Er wurde jedoch einfach überstimmt.

Rodenkirchen gehört auch zu jenen, die stets demagogisch

vor einer Betriebsbesetzung „warnen“, die in der Belegschaft jetzt zunehmend diskutiert wird (nicht zuletzt unter dem Eindruck des Erfolgs der Rockwell-Golde-Belegschaft in Frankfurt). Originalton Rodenkirchen: „Wer kauft schon ein demoliertes Werk?“

Aber Rodenkirchen hat in den letzten Wochen viel Vertrauen bei der Belegschaft eingebüßt. Seine Geheimratspolitik hat Empörung ausgelöst. Zunehmend wird der Unmut gegen sein Verhalten auch auf öffentlichen Versammlungen (z. B. Betriebsversammlungen) offen geäußert.

Der Betriebsratsvorsitzende konnte also nicht verhindern, daß die anderthalbtausendköpfige Menschenmenge in ihren blauen Arbeitsanzügen von Mombach über die Rhein-allee bis vor das Landtagsgebäude marschierte. Dort forderten die Kollegen, daß der Landtagspräsident erscheine. Es wurde eine Delegation von Betriebsratsmitgliedern und etwa 20 weiteren Kollegen in das Landtagsgebäude geschickt, die den Landtagspräsidenten Albrecht Martin (CDU) aufsuchte.

Martin beeilte sich zu versichern, er wolle sich unverzüglich an den Ministerpräsidenten wenden, um die Verlagerung der Maschinen nach Italien zu verhindern. Ähnliche Beteuerungen erfolgten auch von Vertretern der Landtagsfraktionen der SPD sowie der CDU.

Jedoch konnten die Herren Politiker die Belegschaft nicht mehr beschwichtigen. Die AZ schrieb: „Sehr ausgeprägt war am Donnerstag die Abneigung gegen leere Worte, gegen allzuoft benutzte Phrasen. Politiker aller Parteien, die vor dem Landtag zur Menge sprachen, mußten es sich gefallen lassen, scharf kritisiert zu werden.“

Mehrfach wurde unter den Kollegen die Forderung nach der Anwendung von Paragraph 60/61 der rheinland-pfälzischen Landesverfassung laut, der die Möglichkeit der Verstaatlichung von Unternehmen enthält. Sicherlich eine Forderung, die auf der Grundlage konsequenter Kampfschritte für die Verteidigung aller Arbeitsplätze sinnvoll sein könnte. Diese Kampfschritte wären vor allem Streik und Betriebsbesetzung.

Reaktionäre Kräfte versuchen, den Kampf der Mainzer Kollegen in ein nationalistisches Fahrwasser zu lenken, nach dem Motto: „Die bösen Italiener wollen uns braven Deutschen ans Leder.“ Das ist Betrug! Gegen multinationale Profitheie und Arbeitsplatzkiller hilft kein Nationalismus. Da hilft nur der Klassenkampf gegen das Kapital, egal ob es ein deutsches oder ein italienisches Firmenschild hat. Und der Klassenkampf der Arbeiter beinhaltet die internationale proletarische Solidarität.

Diejenigen, die in das nationalistische Horn stoßen, wollen damit unsere Köpfe vernebeln. Sie möchten uns davon ablenken, daß jeder ernsthafte Kampf gegen die Stillegung des Mainzer Magirus-Werkes sich nicht nur gegen die Fiat-Bosse in Turin und ihre Sachwalter in Ulm richten muß, sondern auch gegen unsere hiesigen Konzernherren und gegen die herrschenden politischen Kräfte in diesem kapitalistischen deutschen Staat, die ihre Profitinteressen schützen.

Aus unseren Betriebszeitungen



„Der AEG-Arbeiter“, Betriebszeitung der KPD bei AEG-Brunnenstraße in Westberlin

Die Zerfledderung der Brunnenstraße beginnt

Gegenwärtig werden im Aufsichtsrat von AEG entscheidende Maßnahmen für unseren Betrieb getroffen. Jetzt soll endgültig über das Zusammengehen von AEG und Bauknecht im Motorenbereich entschieden werden. Dieser Zusammenschluß soll laut Absichtsbeschuß des AEG-Vorstandes am 1. Juli 1982 erfolgen.

Dies würde für uns in der Brunnenstraße die Ausgliederung der Kleinmotorenfabrik (KF) bringen. Die KF soll zusammen mit dem ehemaligen Röhrenwerk in der Sickingenstraße, dem AEG-Werk in Oldenburg und dem AEG-Werk in Terrassa (Spanien) in die neue Firma, Motoren-Union AEG — Bauknecht (MAB) eingebracht werden.

Von Bauknecht kommen die drei Motorenwerke in Weizheim, Tübingen und in Spielberg (Österreich) hinzu. AEG und Bauknecht bringen jeweils 50 Prozent der Anteile in diese neue Firma ein.

Ausverkauf der AEG geht weiter!

Damit setzt sich die Ausverkaufsstrategie der Banken fort. Ein weiteres Mal werden AEG-Fabriken aus dem Mutterkonzern ausgegliedert. Sowohl für die immer kleiner werdende Belegschaft im eigentlichen Konzern, als auch für die ausgegliederten Betriebe wird dadurch die Lage immer unsicherer.

Die Schließung von Videocolor (ein ausgegliedertes ehemaliges Telefunken-Werk) ist das letzte Beispiel, wohin diese Kooperationspolitik bei AEG führen kann. Und schon jetzt ist bekannt, daß durch die Gründung der MAB zumindest ein Motorenwerk geschlossen werden soll. Man ist sich bloß noch nicht einig welches. (...)

Der Anfang vom Ende der Brunnenstraße!

Mit der Ausgliederung der KF stellt sich aber zwangsläufig die Existenzfrage für die Großmaschinenfabrik (GF) um so schärfer. War doch nicht ohne Grund nach dem alten Motorenkonzept geplant, daß die KF und die GF zusammengefaßt werden sollten. Hier zeichnet sich ab, daß nach einem jahrelangen Schrumpfungsprozeß der Brunnenstraße nun zum endgültigen Todesstoß angesetzt werden soll.

Was ist denn bald noch

übrig von der AEG hier in Berlin?

Ackerstraße dicht, Telefunken-Schwedenstraße in Kürze dicht, KWU- und Osram-Anteile verkauft und die Drontheimerstraße bald am Ende.

Was macht der Betriebsrat und die IG Metall?

Eigentlich wäre es Aufgabe der Gewerkschaft und des Betriebsrates, gegen solche entscheidenden Maßnahmen vorzugehen. Die Belegschaften, die Öffentlichkeit, quasi alles, was Beine hat und denken kann, zu mobilisieren, um Druck auf die Konzernleitung auszuüben.

Nun spricht sich der Gesamtbetriebsrat und auch unser Betriebsrat gegen die Kooperation mit Bauknecht aus. So weit, so gut, aber was folgt daraus? Man wartet ab und hofft, daß der Aufsichtsrat nicht so entscheiden wird, wie die Banken es wollen, sondern wie es der Betriebsrat will. In der Zwischenzeit wird die Belegschaft aber nicht informiert, geschweige denn mobilisiert. Wenn alles entschieden ist, dann tritt man vor die Belegschaft und jammert wieder über die mangelnden Mitbestimmungsmöglichkeiten des Betriebsrates.

Es geht auch anders!

Daß es auch anders geht, hat die Belegschaft von Videocolor gezeigt. (...) Seit zwei Wochen gibt es wieder eine Betriebsbesetzung in der Bundesrepublik. So haben die Kollegen von Rockwell-Golde in Frankfurt ebenfalls ihr Werk besetzt, weil ein Teil von ihnen entlassen werden soll.

Und auch bei AEG bleibt es nicht ruhig. In Oldenburg haben die Kollegen vor zwei Wochen einen Warnstreik von einer Stunde gegen die geplante Fusion mit Bauknecht gemacht. Wieso machen wir dabei nicht mit?

Jetzt kommt es darauf an, daß wir in der Brunnenstraße und auch alle anderen betroffenen AEG-Werke gegen die geplante Kooperation mit Bauknecht vorgehen. Die Aufgabe der IG Metall und auch des Betriebsrates ist es, das zu organisieren.

Fordern wir eine außerordentliche Betriebsversammlung.

Fordern wir Kampfmaßnahmen gegen die Ausgliederung der KF.



1500 Beschäftigte des Magirus-Deutz-Omnibuswerkes in Mainz zogen zum Landtagsgebäude.

Werkes liegen in Ulm in den Schubladen der Chefetagen von Magirus Deutz schon bereit. In einem „Phase-out“-Plan, der das Datum des 19. 4. 1982 trägt, sind die einzelnen Stufen der Stillegung und Verlagerung genau aufgeführt.

Die AZ enthüllte diese Pläne und stellte die Doppelbödigkeit der Übernahmeverhandlungen des Herrn Kosegarten bloß. Dies geschah in einem Artikel, der an eben jenem 13. Mai erschien, an dem die Belegschaft dann das Heft des Handelns in die eigene Hand nahm. Der Artikel in der AZ trägt die Überschrift: „Schon Demontagepläne für Magiruswerk — Verlagerung der Busfertigung nach Italien schon ab Juli — Hält Kosegarten Interessenten hin?“. Es wird darin eine ziemlich deutli-

auf der Hauptstraße verbrannt. Die verkohlten Überreste zogen die Kollegen anschließend wieder auf.

Die Polizei riegelte die Mombacher Hauptstraße (wichtigste Verkehrsader des Mainzer Vorortes Mombach, wo das Magirus-Werk liegt) völlig ab. Gegen 10.30 Uhr sammelte sich dann die Belegschaft fast vollständig vor einer Werkshalle: Mehr als 1500 der insgesamt 1600 Beschäftigten waren anwesend. Die Stimmung der Kollegen wird deutlich durch Aussprüche wie diese:

„Wir sind total verschaukelt worden“; — „Jetzt wollen wir wissen, was gespielt wird“; — „Gleich am Tag, als die Schließung bekanntgegeben wurde, hätten wir rausgehen sollen“ (offiziell faßte der Vor-

„...vor der Tyrannen Angesicht Beugt länger der freie Deutsche sich nicht“

150 Jahre Hambacher Fest

Vor 150 Jahren, am 27. Mai 1832, erlebte die Ortschaft Hambach am Mittelrhein eine einzigartige Volksversammlung. An die 30000 Menschen zogen hinauf zum Hambacher Schloß. Voran und im Zug immer wieder zu sehen: Die schwarz-rot-goldenen, die republikanischen Farben, daneben auch die Fahne Polens, dessen Volk zwei Jahre zuvor in den Kampf um seine Freiheit getreten war und von den Truppen des Zaren — mit Unterstützung der preußischen Reaktion — blutig niedergeschlagen worden war.

Es war die Einwohnerzahl einer deutschen Großstadt der damaligen Zeit, die mit der Demonstration eine mehrere Tage dauernde politische Versammlung einleitete, deren wesentliche positive politische Ziele man so zusammenfassen kann: Beseitigung der Kleinstaaterei, Errichtung eines auf Volkssouveränität begründeten einheitlichen deutschen Gemeinwesens, Beseitigung der Willkür der Fürsten, Pressefreiheit und andere demokratische Freiheiten, internationales Bündnis der Völker gegen ihre Bedrücker. Die bekanntesten politischen Führer waren Dr. Johann Georg August Wirth und Philipp Jakob Siebenpfeiffer.

Die Stimmung wird gut gekennzeichnet durch ein Lied Siebenpfeiffers, „Der Deutschen Mai“:

Hinaus, Patrioten, zum Schloß,
zum Schloß!
Hoch flattern die deutschen
Farben;
Es keimet die Saat, und die
Hoffnung ist groß,
Schon binden im Geiste wir
Garben;
Es reifet die Ähre mit goldenem
Rand,
Und die goldne Ernt' ist das —
Vaterland. (...)

Auch wir, Patrioten, wir ziehen
aus
In festgeschlossenen Reihen;
Wir wollen uns gründen ein
Vaterhaus
Und wollen der Freiheit es
weihen;
Denn vor der Tyrannen
Angesicht
Beugt länger der freie Deutsche
sich nicht.

Die Vorstellungen der verschiedenen Redner von dem Aussehen des zukünftigen einigen Deutschlands waren höchst unterschiedlich, sie gingen bis hin zum sofortigen Aufstand, für den allerdings die Grundlage nicht gegeben war. Es fehlten den „Hambachern“ auch die Verbindungen zu den unteren Volksschichten. Nach Beendigung des Festes wurden die bekanntesten „Aufrührer“ verhaftet oder flohen ins Ausland, eine Zeit verschärfter Reaktion durchzog das Land.

Friedrich Engels schrieb über die Lage in Deutschland zur damaligen Zeit:

„Der neue und heftige Charakter der liberalen Agitation in Deutschland von 1830 bis 1834 zeigte, daß die bürgerlichen Klassen die Frage (der politischen Macht, Red.) nun selbst aufgegriffen hatten. Da Deutschland jedoch in zahl-

reiche Staaten geteilt ist, von denen fast jeder eine besondere Zollgrenze und besondere Zollsätze hatte, so gab es in diesen Bewegungen keine Gemeinsamkeit der Interessen. Das Bürgertum Deutschlands wollte politisch frei sein, nicht um die öffentlichen Angelegenheiten in Übereinstimmung mit seinen Interessen zu regeln, sondern weil es sich schämte, im Vergleich zu den Franzosen und Engländern eine so servile Position einzunehmen. Seiner Bewegung fehlte die substantielle Basis, die den Erfolg des Liberalismus in Frankreich und England sichergestellt hatte; sein Interesse an der Frage war weit mehr theoretisch als praktisch; es war im allgemeinen desinteressiert. Die französischen *Bourgeois* von 1830 waren das nicht. Lafitte sagte am Tage nach der Revolution: „Nun werden wir Bankiers regieren“; und das tun sie bis auf den heutigen Tag (...). Da die deutschen bürgerlichen Klassen aber, wie gesagt, schmalspurige Geschäftsmänner, bloße Enthusiasten — Bewunderer der „Preßfreiheit“,

von der Bourgeoisie unabhängige Partei zu konstituieren, an die Spitze des Kampfes für demokratische Freiheiten zu treten und schließlich mit seiner eigenen vollständigen Befreiung die Befreiung aller Unterdrückten zu verwirklichen.

Zurück zum Hambacher Fest.

150 Jahre sind vergangen; das ist hierzulande allemal ein Anlaß für öffentliches Gedenken. Es gibt solches in diesem Jahr von zwei Seiten.

Da ist zum einen die rheinland-pfälzische CDU-Landesregierung. Sie erklärte die Vorbereitung eines Festes, „ausgestaltet von der Landesregierung als der Repräsentantin unseres Landes für alle“. So, wie die schwarz-rot-goldene Fahne das Banner der Reaktion geworden ist, pervertierten die Herrschenden den Gedenktag zu einer Jubelfeier für sich als angebliche Sachwalter der Demokratie in unserem Land. An drei Festakten werden Präsident Carstens, Kanzler Schmidt und Bundestagspräsident Stöcklen



Die Ruine des Hambacher-Schlusses im Mai 1832.

„Geschworenengerichte“, „konstitutionellen Garantien für das Volk“, „Volksrechte“, „Volksvertretung“ und dergleichen waren, die sie nicht für Mittel, sondern für Zwecke hielten, so nahmen sie den Schatten für das Wesen und bekamen daher gar nichts. Diese Bewegung des Bürgertums war jedoch hinreichend, um mehrere Dutzend Revolutionen zu bringen, von denen zwei oder drei einige Erfolge zu erringen vermochten: Eine große Anzahl von Volksversammlungen, eine Menge Geschwätz und Ruhmredigkeit in den Zeitungen und den ganz schwachen Anfang einer demokratischen Bewegung unter den Studenten, Arbeitern und Bauern.

(...) Überall, wo etwas Wichtiges gewonnen wurde, wie die Preßfreiheit in Baden, schritt der Deutsche Bundestag ein und machte der Sache ein Ende. Die ganze Posse wurde abgeschlossen durch eine Wiederholung der summarischen Verhaftungen von 1819 und 1823 sowie durch eine Geheimga alle deutschen Fürsten, die 1834 durch Beschluß einer Delegiertenkonferenz zu Wien gebildet wurde, um jeden weiteren Fortschritt des Liberalismus zu verhindern. (...)

Erst ab 1840 gab es wieder stärkere öffentliche Bewegungen. Bereits 1848 brachten Marx und Engels in ihrem „Kommunistischen Manifest“ die historische Mission der Arbeiterklasse zum Ausdruck und vielen zum Bewußtsein, nämlich sich als

teilnehmen. Im nachgestellten Zug zum Schloß werden die hohen Herren im Nadelstreifenanzug neben den Jungreaktionären der heutigen studentischen Burschenschaften marschieren.

Auf der anderen Seite sind verschiedene demokratisch gesinnte Persönlichkeiten, Friedensinitiativen usw. daran gegangen, des Hambacher Festes im demokratischen Sinne zu gedenken, und zwar am 29. und 30. Mai (Pfungsten) in Neustadt an der Weinstraße. Nach den Aussagen des hierzu erschienenen Aufrufs soll das Hambacher Fest 1982 zum Ausdruck bringen:

„— unseren Willen zum friedlichen Zusammenleben der Völker, zu Entspannung und Abrüstung in Ost und West;
— unseren Widerstand gegen die Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern;
— unseren Willen, Demokratie in unserem Land zu verwirklichen;
— unseren Widerstand gegen Schnüffelpolitik, Berufsverbote, Pressezensur und polizeistaatliche Methoden;
— unseren Willen, soziale Gerechtigkeit durchzusetzen;
— unseren Widerstand gegen Sozialabbau und Verschleuderung des Volkseinkommens im Interesse der wirtschaftlich Mächtigen, insbesondere der Rüstungskonzerne;
— unseren Willen, eine lebenswerte Welt zu erhalten;
— unseren Widerstand gegen die Zerstörung der Umwelt.“

Am 10. Juni:

Auf nach Bonn!

Kurz vor dem Tag der großen Friedensdemonstration in Bonn, zu der anlässlich des Westdeutschland-Besuchs Ronald Reagans etwa 150000 Menschen erwartet werden, läuft die Mobilisierungsarbeit auf Hochtouren. Der zentrale Aufruf, den unsere Partei wegen seiner unverbindlichen Stoßrichtung (keine klare Kampfansage an den Kriegskurs der US-Regierung, keine klare Absage an die Bündnispolitik der Bundesregierung, keine klare Stellung-

Die Demonstration und die Kundgebungen sollen nach dem bisherigen Stand allein in Beuel stattfinden, nachdem die andere Rheinseite vor allem aus „Sicherheitsgründen“ verweigert wurde. Auch die Rheinwiesen dürfen offiziell nicht betreten werden.

Über zentrale Anreisemöglichkeiten bestand bei Redaktionsschluß noch keine endgültige Klarheit. Neues gibt es immerhin von den Auseinandersetzungen um die von der

währen, die sie der CDU für ihre Pro-NATO-Demonstration am 5.6. gibt. (Zu den Machenschaften der CDU im Zusammenhang mit ihrer Demonstration siehe auch Seite 12!) Die Kundgebungen stehen unter folgenden Themen: Frieden und Selbstbestimmung in der „Dritten Welt“ — Aufrüstung, Umweltzerstörung und Sozialabbau — NATO-Politik, Blockkonfrontation und ihre Alternativen — Solidarität mit der weltweiten Friedensbewegung.

Als Redner wurden bisher geladen: Gert Bastian, die Schriftstellerin und Theologin Dorothee Sölle, die Sprecherin der Menschenrechtskommission in Guatemala, Julia Esquivel und der amerikanische Bischof Raymond Gerhardt Hunt-hausen. Außerdem soll ein Vertreter aus den Reihen des DGB sprechen. Darüberhinaus soll auch ein Vertreter der Friedensbewegung in der DDR das Auftreten ermöglicht werden, wer dies sein wird — z. B. Stefan Heym oder Pfarrer Rainer Eppelmann —, das stand bisher noch nicht fest.

Die KPD wird alles daran setzen, daß die notwendige Kampfansage gegen den Kriegskurs der USA und der NATO, dem sich die Bundesregierung angeschlossen hat, auf der Demonstration deutlich zum Ausdruck kommt. Deshalb mobilisieren wir auch in den einzelnen Orten auf der Grundlage eindeutiger Forderungen und versuchen bereits im Vorfeld der Aktionen, möglichst vielen Menschen diese Notwendigkeit klarzumachen.



Protest gegen Atomraketen.

nahme für einseitige Abrüstungsmaßnahmen) nicht unterschrieben hatte, wurde inzwischen auch von fast allen Organisationen, die zunächst (aus anderen Gründen als wir) Bedenken angemeldet hatten, unterzeichnet. So auch von Jusos und Grünen.

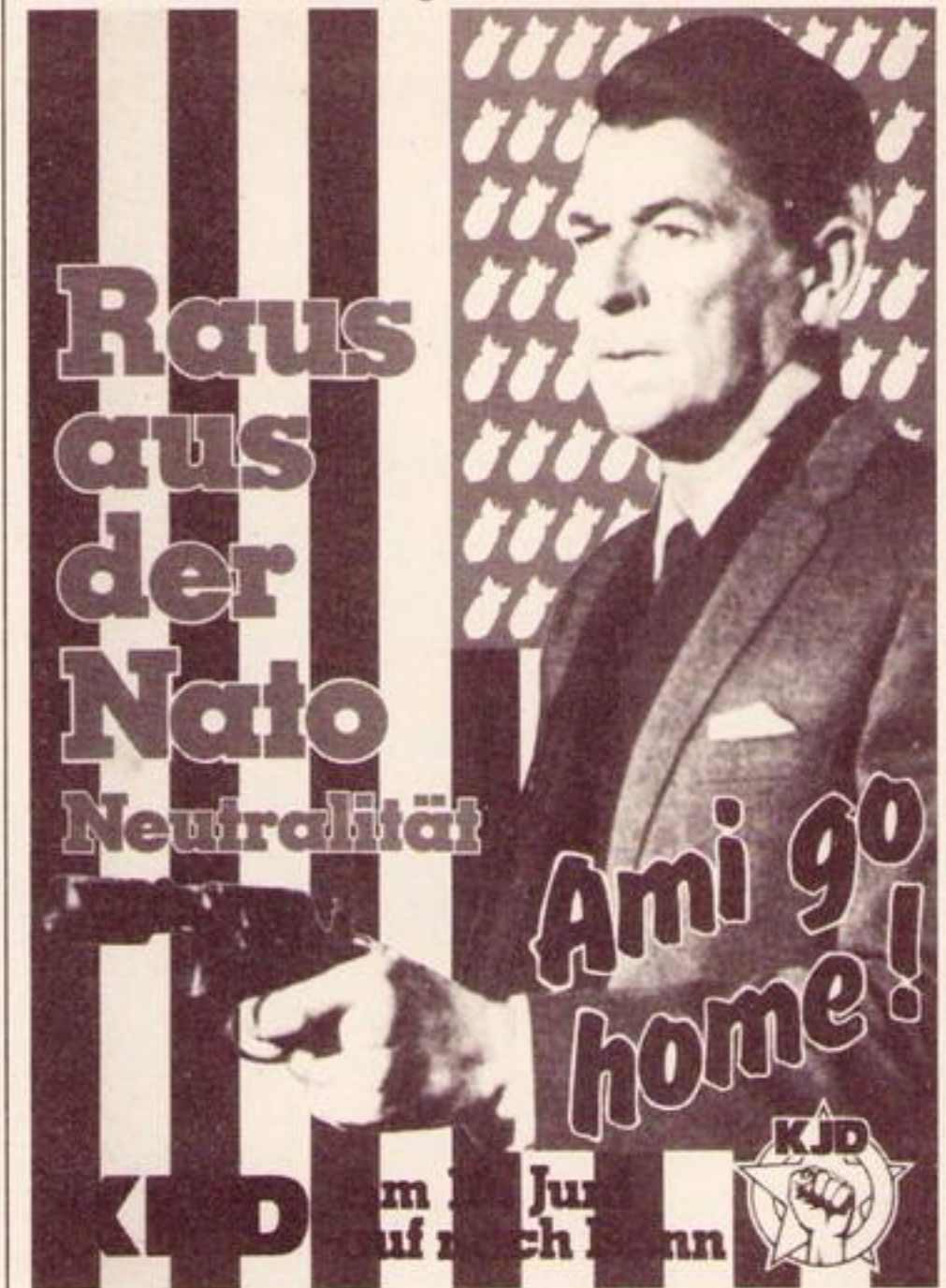
Die Unterstützung erfolgte vor allem aus dem Bemühen, sich irgendwie noch einen größeren Einfluß auf das Geschehen am 10.6. für die eigene Organisation zu sichern, nicht aus prinzipiellen Erwägungen oder aus der Sorge um eine größere Schlagkraft der Demonstration. An der Tatsache, daß Teile der Bewegung vor allem Machtpolitik betreiben — auch unter wahltaktischen Gesichtspunkten — hat sich leider nichts geändert.

Die Grünen stellten dem Aufruf eine „Präambel“ voran, die für sie ihre eigenen Vorstellungen festhält, die zwar zum Teil den Absichten der Urheber des offiziellen Aufrufs zuwiderlaufen, aber das Notwendige nicht tun: nämlich eine klarere Orientierung der Demonstration in dem von uns beschriebenen Sinne zu fördern. Denn das ist nicht das politische Ziel der Grünen. Und wäre es das, dann könnte man das nicht einfach einem ungeeigneten Aufruf voranstellen und diesen dann mitunterschreiben.

Die Grünen hätten zur Voraussetzung der Teilnahme an der Anti-Reagan-Demonstration gerne die klare Ablehnung der Politik der Sowjetunion gemacht, eine Frage, über die viele Menschen, die ehrlich gegen Reagan und die Politik der Bundesregierung auf die Straße gehen wollen, keine Klarheit haben. Außerdem die Anerkennung ihres eigenen Verständnisses darüber, wie Opposition und Friedensbewegung in den Ländern des Warschauer Paktes auszusehen habe, sowie die Ablehnung aller Atomanlagen in Ost und West. All das haben sie jetzt zu ihrer eigenen Selbstbestätigung in der „Präambel“ stehen.

Die Jusos unterschrieben den Aufruf schon etwas früher, sichtlich auch in der Furcht, sich sonst Chancen der Einflußnahme zu nehmen, mit der Begründung, die eingeladenen Redner versprächen eine auch ihnen genehme Darstellung der Ziele der Aktion.

Bundesbahn verlangten Fahrpreise für Sonderzüge zu melden. Zunächst hatte die Bahn versucht, mit eindeutig politischen Preisen ein Bombengeschäft zu machen (was sich dann „Marktorientierung“ nannte): Die geforderten Preise lagen zum Teil fast viermal so hoch wie bei den Fahrten am 10.10.1981. Inzwischen gestand die Bundesbahn aufgrund der massiven Proteste zu, wenigstens dieselben Rabatte zu ge-



KPD-Plakat zur Anti-Reagan-Demonstration.

Veranstaltung der KPD in Hamburg

Im Rahmen der Anti-NATO-Woche

Thema:

Der Friedensplan der KPD

Am 1. Juni um 19.30 Uhr in der Gaststätte Zobra (früher Jarrestadt), Jarrestraße 27.

Anti-Reagan-Demonstration

Hamburg, 5. Juni

Ort und Zeit standen bei Redaktionsschluß noch nicht fest. Zu erfragen beim Buchladen Roter Morgen (siehe Kasten auf S. 3).

KPD gegen HLA

HAMBURG. — Im Zusammenhang mit der Zulassung der faschistischen Hamburger Liste für Ausländerstopp zur Teilnahme an der Bürgerschaftswahl gab der Landesbezirk Hamburg der KPD die folgende Presseerklärung ab:

Presseerklärung

Wie viele Hamburger Demokraten und Antifaschisten haben wir mit Empörung und Betroffenheit zur Kenntnis nehmen müssen, daß eine Nazi-Liste, getarnt als „Hamburger Liste für Ausländerstopp“, mit den Stimmen der CDU und SPD zur Bürgerschaftswahl in Hamburg zugelassen wurde.

Es ist erschreckend, daß — beinahe auf den Tag genau — 37 Jahre nach der Zerschlagung des Hitler-Faschismus am 8. 5. 1945 eine Organisation wie die HLA die Möglichkeit erhält, „legal“ Rassenhaß und Ausländerfeindlichkeit zu schüren.

Der Vergleich mit dem deutschen Faschismus drängt sich auf. Wie schon die NSDAP in ihrem Programm von 1920, so redet auch die HLA von einer „Ausländerflut“, die die Bundesrepublik angeblich überschwemmen würde und die verhindert werden müßte.

Hieß es damals am Anfang „Juden raus“, so endete diese rassistische Hetze und Politik im millionenfachen Völkermord.

Heute heißt es „Türken raus“, „Ausländer raus“ — und hinter der HLA stehen nicht zufällig die alten und neuen Nazis.

Die HLA ist eine Tarnorganisation der NPD und der verbotenen ANS, auch wenn deren Mitglieder aus „optischen“ Gründen vorerst von ihren Vorstandsposten zurückgetreten sind.

Die brutalen Überfälle der ANS in den vergangenen Jahren auf fortschrittliche Menschen vermitteln allerdings eine Vorahnung auf die weitere „praktische“ Politik der sich heute „HLA“ nennenden faschistischen Organisation.

„Ausländer raus“ — mit dieser Parole wollen die Faschisten heute Einfluß gewinnen. Den Boden für diese Hetze haben andere vorbereitet, nämlich jene, die die ausländischen Mitbürger zu den Sündenböcken für Arbeitslosigkeit, Wohnungsprobleme, Sozialabbau machen wollen, die mit Begriffen wie „Ausländerflut“ und „Überfremdung“ von den eigentlichen und von ihnen — den Unternehmern und staatlichen Behörden — verursachten wirtschaftlichen und sozialen Problemen ablenken wollen.

Wer das Auftreten der alten und neuen Nazis duldet, wer ihren Terror gegen fortschrittliche deutsche und ausländische Menschen als Randerscheinung abtut, der vergißt oder will vergessen lassen, welche Folgen der Rassismus schon einmal in Deutschland hatte; auch damals vor dem Hintergrund von Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau geschürt: Nazi Herrschaft und millionenfachen Völkermord!

Wir fordern deshalb:
Wehret den Anfängen!
Verbot der HLA und aller rassistischen und faschistischen Organisationen!

Zusammen mit vielen anderen Organisationen und antifaschistischen Persönlichkeiten hat die KPD/Hamburg-Wilhelmsburg ein Flugblatt unterzeichnet, das von der Bürgerinitiative ausländische Arbeitnehmer e. V. vorgelegt wurde, um damit in diesem Stadtteil breit über die Nazi-Umtriebe zu informieren und die Menschen gegen die HLA aufzurufen.

In diesem Flugblatt heißt es unter anderem:

„In Wilhelmsburg hat die HLA (...) schon Flugblätter verteilt, auf denen Lügen verbreitet wurden, um uns Angst zu machen.

Keine der in dem Flugblatt genannten Zahlen stimmt!

Es leben nicht 300000 Ausländer in Hamburg, sondern 163606 Menschen aus anderen Ländern.

Es sind nicht 50000 Ausländer arbeitslos, sondern 9000 (Febr.)

Es sind nicht 70000 Illegale in Hamburg. Die Zahl ist erfunden.

(...) Etwa 103000 Menschen arbeiten seit vielen Jahren hier, die aus der Türkei, Portugal, Spanien, Italien, Jugoslawien und aus Griechenland stammen. (...)

Unsere gemeinsamen Anstrengungen, das Leben im Stadtteil zu verbessern, wollen wir in Ruhe fortsetzen. Wir wissen, mit Rauschmiß und Feindschaft ist nichts zu gewinnen.

Nazis wollen wir hier nicht haben. Geben Sie der HLA in Wilhelmsburg keine Chance! Wehret den Anfängen. (...)

Viele von uns Wilhelmsburgern haben „ausländische“ Eltern und Großeltern. Viele von uns waren „Polacken“ oder „Fremdarbeiter“. Gerade darum werden wir eine Nazi-Hetze in Wilhelmsburg nicht zulassen.

Gehen Sie zur Wahl — aber keine Stimme für die Nazis!

Wie früher die KPD unter schwierigsten Bedingungen an der Seite der „Fremdarbeiter“ gegen die Nazis stand, steht die KPD heute an der Seite unserer Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland im Kampf gegen Nazis und Kapital. Deshalb der Aufruf an alle Antifaschisten:

Wählt KPD — Liste 5!



Maidemonstration in Hamburg

Antifaschisten gegen Nazis in Bornheim:

300 : 9

... und 100 parteiiche „Schiedsrichter“

FRANKFURT. — Am 11. Mai wollten die Faschisten der NPD im Bornheimer „Bürgerhaus“ — das ihnen die Stadt Frankfurt als Eigentümer für diesen Zweck überlassen hatte — eine Veranstaltung durchführen, die im Zeichen ihrer Hetze gegen Ausländer in der Bundesrepublik stehen sollte. Dafür hatten sie mit Flugblättern geworben, die in Bornheim in die Briefkästen gesteckt wurden.

Etwa 300 Antifaschisten versammelten sich zum Protest. Um 16.30 Uhr führte die VVN eine Kundgebung durch. Es war allerdings sehr schlecht, daß sie anschließend das Gelände verließ (die Kundgebung hatte auf der dem Lokal gegenüberliegenden Straßenseite stattgefunden). Die Teilnehmer der Kundgebung blieben aber zum allergrößten Teil da, auf Initiative der KPD, der Volksfront und der Friedensinitiative Bornheim wurde der Zugang zur Gaststätte abgesperrt. Die Nazis wollten ihre Versammlung mit einer Art „gemütlichem Beisammensein“ um 17 Uhr be-

ginnen, zu dieser Zeit boten sie Besuchern auch kostenloses Essen an; die eigentliche Veranstaltung war für 20 Uhr angesetzt.

Gerade neun Nazis trauten sich dann zu kommen und wurden von der Polizei, die in Stärke einer Hundertschaft erschienen war, hineingelotst! Davon zogen noch zwei vorzeitig wieder ab. Die Polizisten bildeten eine Gasse zu ihrem Schutz. Dabei wäre beinahe ein Genosse der KPD, auf den sie in einem Wagen direkt zufuhren, verletzt worden. Die Faschisten wurden mit einem Ei, das auf ihr Auto geworfen wurde, verabschiedet; die Jagd der Polizisten auf den Eierwerfer war ergebnislos.

Für den wie immer vorbildlichen Einsatz der Polizeikräfte zum Schutz faschistischer Veranstaltungen bedankten sich die NPDler, indem sie ihren Freunden und Helfern Kaffee und Kuchen spendierten. Das herzliche Einvernehmen zwischen braun und grün dürfte über den Mißerfolg der Veranstaltung nicht hinweggetröstet haben.

Entführungsfall Mina Hölzel:

Kripo ermittelt gegen Antifaschisten

HEILBRONN. — Im Entführungsfall Mina Hölzel hat die Polizei noch immer keinen Schritt getan, um in Nazikreisen die Täter ausfindig zu machen. Stattdessen verstärkt sie ihre Bemühungen, die Volksfront, der Mina angehört, auszuspionieren und in der Öffentlichkeit in Mißkredit zu bringen.

Neueste Schritte waren zwei Hausdurchsuchungen: eine bei Mina Hölzel, eine bei Helmut Stockmar, dem Sprecher des antifaschistischen Ermittlungsausschusses. Bei Mina Hölzel drangen die Polizisten ohne Hausdurchsuchungsbefehl ein, „Begründung“: Es sei „Gefahr im Verzuge“. Nämlich die Gefahr des Verschwindens von Beweismaterial.

Statt irgendetwas gegen Faschisten zu unternehmen, statt den Hinweisen nachzugehen, die ihr vorliegen, ermittelt die Kripo nun gegen Antifaschisten. Genauer gegen Mina Hölzel, Helmut Stockmar und eine weitere bisher nicht genannte Person wegen „Vortäuschens einer Straftat bzw. Freiheitsberaubung u.a.“! Den Ermittlungsausschuß, der sich aufgrund der Untätigkeit der Kripo gebildet hat und mit einem eigenen Fahndungsauftrag an die Öffentlichkeit getreten war,

versuchen die Polizeibehörden damit gezielt in Verruf zu bringen, eventuell bei einer Straftat zu helfen. Ein ungeheuerlicher, absurder Vorwurf angesichts der Öffentlichkeitsarbeit des Ausschusses. Das Vorgehen der Polizei stellt in jedem Fall eine Ermutigung für faschistische Banden dar, die es — wie der Ermittlungsausschuß aufdeckte — in unmittelbarer Umgebung Heilbronn gibt.

Die Heilbronner Antifaschisten haben bekräftigt, daß sie ihren Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit und gegen faschistische Umtriebe jetzt erst recht fortsetzen werden.

Hier noch einmal die Adresse des Ermittlungsausschusses, der auch an Mitteilungen über Nazi-Drohaktionen oder andere Verbrechen ähnlicher Art interessiert ist und für Auskünfte bereit steht:

Helmut Stockmar, Postfach 3106, 7100 Heilbronn.

Terrorurteil in Itzehoe



„Mordversuch!“ — So hatte die Polizei unter Vorlage dieses Bildes geschrieben und über die Presse verbreiten lassen. Die Verteidiger der Angeklagten Markus Mohr und Michael Duffke erklärten zu dem Foto unter anderem: „Das Foto erzwingt durch seine Bildperspektive und seine perspektivische Verkürzung die emotionale Parteilnahme des Betrachters für den als unterlegen dargestellten Polizisten Schütt ... Die festgehaltene 1/100 Sekunde des Geschehens erscheint als Dauerereignis, das zufällige Erscheinungsbild als für den Vorgang typisch und kennzeichnend.“



Der Polizist Rolf Schütt wurde durch die Knüppel- und Spatenhiebe, die ihm im Wassergraben bei Brokdorf versetzt wurden und die das Itzehoeer Gericht nun Michael Duffke und Markus Mohr zuschrieb, überhaupt nicht wirklich verletzt. Dieses Amateurfoto zeigt ihn wenige Minuten nach dem Vorfall: Er steht ohne Helm und wohl auf in einer Gruppe Demonstranten, die ihn aus dem Wasser gezogen haben und sogar vor eventuellen neuerlichen Angriffen schützen. Man hat noch nie gehört, daß Polizisten sich so um Demonstranten bemüht hätten, die von ihren Kollegen zusammengeprügelt wurden. Auch Schütt ist bekanntlich ein Schläger, ein SEK-Mann, der auch nur in den Wassergraben fiel, weil er bei der blindwütigen Verfolgung eines Demonstranten, den er zusammenschlagen wollte, an der Böschung ausrutschte. Die Hiebe, die er einsteckte und die ihm nicht schadeten, erhielt er als Reaktion auf seine eigene Brutalität.

5 1/2 und 3 Jahre Gefängnis für die Angeklagten in Itzehoe — das ist ein ungeheuerliches Terrorurteil, mit dem stellvertretend für Hunderttausende aktive AKW-Gegner, zwei junge Menschen fertig gemacht werden sollen!

Pressefreiheit in der BRD?

Strafversetzung bei der Mainzer Verlagsanstalt wegen Berichterstattung zur Startbahn West

Die mittlerweile in der ganzen BRD bekannte Bewegung gegen die Startbahn West am Frankfurter Flughafen ist nicht zum Wenigsten darauf zurückzuführen, daß die Lokalredaktionen mehrerer Tageszeitungen entgegen der offiziellen Linie ihrer Verleger eine objektive Berichterstattung über die Startbahnproblematik durchführten. Zeitweilig wurde diesen Redakteuren eine gewisse „Narrenfreiheit“ eingeräumt. Es war eigentlich immer nur eine Frage der Zeit, wie lange sich die entsprechenden Verleger das gefallen lassen. Im Augenblick sieht es so aus, als ob der Höhepunkt der Bewegung überschritten sei; ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt versuchen jetzt die Verleger der „Main-Spitze“, die zu dem Verlagsimperium der „Mainzer Allgemeinen Zeitung“ (Mainzer Verlagsanstalt) gehört,

ihre Zeitung wieder auf Vordermann zu bringen.

Am 20. April dieses Jahres erhielt einer der Lokalredakteure der „Main-Spitze“, der für den Großraum Rüsselsheim/Groß-Gerau zuständig ist, die Aufforderung, sich am übernächsten Tag in der Zentrale in Mainz an seinem neuen Arbeitsplatz einzufinden. Diese Anordnung ist nur als Strafversetzung zu bezeichnen. Mit ihr soll nicht nur der direkt betroffene Journalist gemäßregelt werden. Sie ist als Warnschuß für alle anderen Kollegen gemeint für den Fall, daß die bisherige realistische und damit kritische Berichterstattung fortgesetzt wird.

Aufhänger für diese Strafversetzung scheint ein Artikel gewesen zu sein, in dem eine Entscheidung des Landesrechnungshofes Hessen über die Verwendung von Steuergeldern

im Zusammenhang mit der Startbahn West (Großformatige Anzeigen der Landesregierung Hessen) aus der Sicht von Rüsselsheimer Bürgern dargestellt wurde.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß eine direkte Intervention bei den Verlegern der „Main-Spitze“ durch Organe der hessischen Landesregierung vorgelegen hat.

Die Nachricht dieser Strafversetzung lief wie ein Lauffeuer bei Gewerkschaften, Bürgerinitiativen usw. um. Bei den Veranstaltungen des DGB zum 1. Mai z. B. in Rüsselsheim und Nauheim und an anderen Orten des Kreises Groß-Gerau wurde eine Resolution der IG Druck und Papier verlesen, in der gegen diese Strafversetzung protestiert wurde. Etliche Abonnenten der „Main-Spitze“ haben mittlerweile aufgrund dieser

Vorgänge ihr Abonnement gekündigt.

Wie aus dem Kreis Groß-Gerau bekannt ist, sind solche Maßnahmen, Journalisten unter Druck zu setzen, kein Einzelfall. Gerade erst ist aus Frankfurt bekannt geworden, daß die „Frankfurter Rundschau“ den verantwortlichen Redakteur für die Berichterstattung über die Betriebsschließung von VDM mit den gleichen Methoden der Strafversetzung diszipliniert hat. Sollte jemand noch Zweifel darüber haben, wie die im Grundgesetz verankerte Pressefreiheit in der BRD in Wirklichkeit aussieht — die geschilderte Strafversetzung bei der „Main-Spitze“ ist einmal mehr ein Beispiel dafür, wie sie in der Praxis gehandhabt wird. Eine Berichterstattung über solche Praktiken findet im allgemeinen nicht statt.



Albanien-Reisen 1982

Es sind noch Plätze frei für die Reise „Begegnung mit der Geschichte Albaniens“ — Besuch von Stätten des Antifaschistischen Nationalen Befreiungskampfes des albanischen Volkes.

Es bietet sich die Gelegenheit, besondere Stätten des Befreiungskampfes zu sehen und mit Veteranen über die Ereignisse zu sprechen. Vorgesehen ist eine Woche Aufenthalt am Durres-Strand und eine Woche im Süden des Landes, davon vier Übernachtungen in Saranda.

Folgende Städte und Dörfer sollen besucht werden:

Durres; Tirana; Gjirokastra; Saranda; Ksamil/Butrint; Vlora; Fieri; Elbasan; Labinoti; Peza. (Übernachtungen in den fettgedruckten Orten.)

Es gibt auch Gelegenheit zur Information über das heutige Albanien. Vorgesehen ist der Besuch einer Einrichtung des Gesundheitswesens, von Industriebetrieben, einer LPG und eines Jugendlagers. Einen außergewöhnlichen Eindruck wird die Fahrt entlang der albanischen Riviera von Saranda nach Vlora hinterlassen. (Da die Fahrten teilweise sehr lang und anstrengend sein werden, ist es nicht zu empfehlen, kleinere Kinder mitzunehmen.)

Reisetermin:

7. bis 21. Juli 1982

Preis: 1185 DM für zwei Wochen mit vollem Exkursionsprogramm.

Leistungen: Non-Stop-Flug nach Tirana und zurück, Bordmahlzeit, Unterbringung in 2-Bett-Zimmern der Hotel-Kategorie B mit fl. w. u. k. Wasser, Vollpension, Exkursionsprogramm, Flughafengebühren, Bustransfer, Visum.

Reiseanmeldungen:

DAFG-Sekretariat, Postfach 197622, 2000 Hamburg 19

Aktion der Kommunistischen Studenten:

Waffe(l)n für El Salvador

Liebe Genossen!

Auch die Kommunistischen Studenten (KS), der, wie es manchmal scheint, weithin noch unbekannte Studentenverband der Partei, ist zu guten politischen Aktionen fähig. Über eine solche Aktion in Westberlin wollte ich berichten.

Die KS-Gruppe Westberlin hatte schon seit längerem vorgehabt, den Befreiungskampf des Volkes von El Salvador aktiv zu unterstützen und auf diese Weise auch einmal als Gruppe an der Uni in Erscheinung zu treten. Deshalb planten wir gleich zwei Aktionen zu dem Thema: Eine kleinere Diskussionsveranstaltung mit anschließender Filmvorführung und eine Woche darauf eine Solidaritäts-Cafeteria mit gebacke-

Rechnung: Am Vortag hatte Innensenator Lummer zum ersten Mal seit dem Mord an K.J. Rattay im September wieder ein besetztes Haus räumen lassen, und das hieß für alle Linken und die ganze „Szene“, daß demonstriert wird. Eine ganze Reihe von Leuten, die zugesagt hatten, zu unserer Veranstaltung zu kommen, gingen natürlich auf die Demos, wir wären ja auch am liebsten gegangen. Aber trotz der wenigen Besucher hat sich die Diskussion und der Film „El Pueblo Vencera“, der 1981 von der Befreiungsbewegung FDR/FMLN erstellt wurde, voll gelohnt. Wir wissen jetzt viel besser über die Lebens- und Kampfbedingungen in Mittelamerika Bescheid und haben ja auch Erfahrungen gesammelt,

verkaufen, mit den Leuten quatschen usw. Wir mußten sogar einen ganzen Pott Teig neu anrühren, so schnell war der erste weggegangen!

Die fünf großen Stellwand-Collagen, auf denen wir Fotos und Dokumente vom Leben, Leid und Kampf der salvadorianischen und der anderen lateinamerikanischen Völker zusammengestellt hatten, fanden ebenso das Interesse der vorbeiziehenden Massen — es waren wirklich Massen! — wie Broschüren und Werke der Klassiker des Marxismus. Auf ein anderes großes Plakat hatten wir neuere Artikel aus dem RM zu El Salvador und Lateinamerika geklebt und warben mit ihnen bei der Gelegenheit auch noch für den „Roten Morgen“.

Ein gewisser Nachteil bei der Cafeteria war, daß wir mit dem Bedienen der vielen Kommilitonen so vollauf beschäftigt waren, daß wir kaum Gelegenheit hatten, mit ihnen näher ins Gespräch zu kommen und sie über die KS und unsere Ziele genauer zu informieren oder sie zu Treffs einzuladen. Trotzdem war die Aktion auch politisch ein Erfolg, denn daß wir auf diese Weise 161,43 Mark als Reinerlös für Waffen in El Salvador zusammenbekommen haben, zeigt doch, daß die Leute bewußt für den bewaffneten Befreiungskampf gespendet haben (und nicht „nur“ für Rote-Kreuz-Aktion oder ähnliches), und das freut uns sehr.

Und wir haben gleich nach dieser Aktion beschlossen: Wir machen das Ganze noch einmal, nur an einem anderen Ort, in der Fachhochschule für Wirtschaft — und dann läuft's noch besser, man lernt ja schließlich! KS vencia!

Mit kämpferischen Grüßen
KS-Gruppe Westberlin



Protest gegen Falkland-Krieg

Liebe Genossen!

Ich arbeite in der Friedensinitiative Steilshoop mit und möchte Euch kurz von einer kleinen, aber recht guten Aktion berichten. Auf unserem letzten Treff diskutierten wir über den Falkland-Konflikt, und wir meinten, daß hierzu die Friedensbewegung schon lange ihr Wort hätte erheben müssen.

Dann überlegten wir, was wir tun können, um der gängigen öffentlichen Pro-England-Stimmung entgegenzutreten.

Gesagt, getan:

Noch am Abend schrieben wir eine Erklärung dazu (Flugblatt), in der auch die bundesdeutsche Unterstützung für England entschieden verurteilt wird. Diese Erklärung verteilten wir ein paar Tage später, am 7.5., auf dem Markt im Stadtteil. Außerdem verschickten wir die Erklärung an die Konsulate von England und Argentinien, an die Presse und an andere Friedensgruppen mit dem Vorschlag, vor den Konsulaten — vor allem dem englischen Konsulat — eine Protestkundgebung zu organisieren.

Ob daraus etwas wird, wissen wir noch nicht. Mit besten Grüßen
Claus/Steilshoop



Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohende werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200 000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.

Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

...

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich
DM 60.-

☐ halbjährlich
DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD

☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Datum:

Unterschrift:

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Ich habe den/die unten Genannte(n) als neuen Abonnenten des „Roten Morgens“ geworben. Ich nehme damit am Wettbewerb teil.

Das Abo soll beginnen ab Nr. /82. Es gelten die bekannten Abonnements- und Vertriebsbedingungen.

Name des Werbers:

Straße:

PLZ/Ort:

RM-Abo-Wettbewerb

Name des Abonnenten:

Straße:

PLZ/Ort:

(Ausschneiden, auf Postkarte kleben oder in Briefumschlag stecken, einsenden!)



Diane Keaton, Warren Beatty in „Reds“

Warren Beattys Film „Reds“

LIEBE UND REVOLUTION

Portland/Oregon im Jahr 1915: In der Industriestadt an der amerikanischen Westküste hat sich ein liberaler Honoratioren-Club zusammengefunden, um über den Krieg zu debattieren, der nun schon seit Monaten weit weg im alten Europa tobt. Als Gastredner hat man einen jungen Journalisten eingeladen, der sich damals schon — beispielsweise mit Reportagen über die mexikanische Revolution — einen Namen gemacht hat: John Reed.

Die Herren fragen ihren Gast nach seiner Meinung über die Ursachen dieses Krieges. Es entsteht eine Pause; man erwartet eine längere Ausführung. Aber dann sagt Reed nur ein einziges Wort: „Profit.“

Mit diesem Auftakt beginnt das Dreieinhalb-Stunden-Epos über den amerikanischen Revolutionär John Reed. Warren Beatty, Regisseur, Produzent, Drehbuchautor und Hauptdarsteller in einer Person, hat seinem Film den Titel „Reds“ (Rote) gegeben. Was für eine besondere Bewandnis es mit diesem Wort in den USA hat, konnte man kürzlich am Bildschirm erleben, als das ZDF John Fords Meisterwerk „Früchte des Zorns“ aus den dreißiger Jahren ausstrahlte. Der von Henry Fonda gespielte Held dieses Films, ein von seinem Land verjagter Bauernsohn, der sich zum Klassenkämpfer entwickelt, begegnet diesem Wort (das für ihn keine Bedeutung hat) immer wieder in einer bezeichnenden Weise: Es sind die Ausbeuter und ihre staatlichen Organe, die jeden Widerstand damit zu erledigen trachten, daß sie ihn als von „Roten“ gesteuert diffamieren.

So war es in den dreißiger Jahren, so war es in der McCarthy-Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, so ist es ja bekanntlich auch heute in der Ära Ronald Reagan. Die „Roten“ — in der Propaganda der Herrschenden steht das nicht nur für Klassenkampf und Aufruhr, sondern vor allem auch für von außen gelenkte Sabotage, für Infiltration, für „unamerikanische Tätigkeit“ jeglicher Art. (Und das war ja nicht nur eine Sache der Propaganda, sondern auch eine des blutigen staatli-

chen Terrors: zwei bekannte „Rote“ der fünfziger Jahre, die Kommunisten Ethel und Julius Rosenberg, wurden als „sowjetische Spione“ hingerichtet.)

Und nun macht also ein Hollywood-Film diese „Roten“ zu seinem Gegenstand; noch erstaunlicher: Er zeigt sie nicht als Fremdkörper, sondern als Produkte der amerikanischen Gesellschaft. In einer Zeit, wo alle Welt von einem Rechtsruck in den USA spricht, wird dieser Film mit Oscars überhäuft und entwickelt sich zum Renner in den amerikanischen Kinos. Viele westdeutsche Kritiker mochten darin allerdings nichts Ungewöhnliches finden. Für sie ist „Reds“ schlicht banales Hollywood-Kino, sozusagen die Fortsetzung von „Doktor Schiwago“ mit anderen Mitteln.

Man sollte sich die Sache jedoch nicht so einfach machen. Und wenn etwa H. Karasek im „Spiegel“ schreibt, bei diesem Film sei es egal, ob er nun „Reds“ oder „Black & White“ heiße, ob seine Helden Bolschewisten oder deutsche Touristen auf Ibiza seien, dann zeugt das nur von einer Arroganz, die sich nicht auf eine Auseinandersetzung mit Beattys Streifen einläßt.

Gewiß, Beatty spult seinen Film in der Tradition des amerikanischen Erzähl- und Gefühlskinos ab. Er inszeniert in erster Linie eine Liebesgeschichte, die Beziehung zwischen John Reed und der Journalistin Louise Bryant. Die beiden lernen sich bei Reed oben erwähntem Auftritt vor dem Club in Portland kennen. Louise bricht aus ihrer unbefriedigenden Ehe und ihrem Provinzleben aus und folgt Reed nach New York. Beide verkehren in Kreisen der „linken“ Bohème, wobei für John die revolutionäre Agitation und die politische Organisationsarbeit immer mehr in den Vordergrund rücken. Es gibt Spannungen und Zerwürfnisse. Louise beginnt ein Verhältnis mit dem Dramatiker Eugene O'Neill. In Moskau erst findet das Paar wieder zusammen. Beide werden Beobachter, Teilnehmer und nach der Rückkehr in die USA schließlich Propagandisten der Oktober-Revolution.

Jahre später während der In-

terventionskriege der imperialistischen Mächte gegen den jungen Sowjetstaat kehrt John Reed nach Moskau zurück — dieses Mal nicht als Journalist, sondern als Delegierter, der von ihm mitgegründeten kommunistischen Partei zum Kongreß der Komintern. Beatty spinnt seine Liebesgeschichte weiter, indem er Louise — entgegen den historischen Tatsachen — ebenfalls in Richtung Sowjetunion abreisen läßt; als sie nach langen Irrfahrten ihren Gefährten wiederfindet, ist er schon vom Tod gezeichnet. (John Reed starb 1920 — erst 33 Jahre alt — in Moskau an Typhus.)

Vieles an dieser Liebesgeschichte ist reines Melodram und schlingt an der Grenze zum Kitsch. Es gibt daneben jedoch auch noch eine andere Seite: die geradlinig erzählte Geschichte einer Emanzipation. Louise dringt in ihrer Beziehung zu John von vornherein auf Selbstständigkeit. Was sie im ersten Teil des Films immer wieder in Konflikte zu ihm bringt, ist ihr Gefühl, nicht ernstgenommen und in ihrer eigenen Arbeit nicht anerkannt zu werden. Tatsächlich jedoch ist ihre journalistische Tätigkeit nicht mehr als ein Selbstzweck, um eine individualistische Unabhängigkeit zu demonstrieren. Im Gegensatz zu der von Reed steht diese Arbeit in keinem Zusammenhang mit den großen gesellschaftlichen Erschütterungen der damaligen Zeit.

Beatty hat es sich nun erspart, diesen Widerspruch in der bekannten Weise als Konflikt zwischen der „bösen Politik“ (für die Reed steht) und dem Privatleben auszuschlachten. Er zeigt im Gegenteil sehr feinfühlig, wie sich erst auf dem Boden einer gemeinsamen Teilnahme am Klassenkampf eine wirklich partnerschaftliche Beziehung zwischen Louise und John entwickelt. Louise gewinnt eine echte Unabhängigkeit nicht in der Abgrenzung von ihrem „politischen“ Mann, nicht durch den Rückzug aus der Politik, sondern als seine Mitkämpferin, die parallel zu seiner Arbeit an dem berühmten Buch „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“ ihre selbständige Aktivität für die Revolution entfaltet.

Daß gerade diese Seite zu einem unbedingten Pluspunkt von „Reds“ geworden ist, liegt nicht zuletzt an der überragenden Leistung von Diane Keaton, die den Entwicklungsprozeß der Louise in jeder Phase glaubhaft zu machen versteht. (Beatty selbst mimt dagegen den John Reed als großen Jungen, der ständig eine Nuance zu laut und zu aufgeregt ist.)

Ein weiterer Pluspunkt des Films sind zweifellos die in die Spielhandlung hineinmontierten „Zeugenaussagen“. Schon seit zehn Jahren hat Beatty Interviews mit überlebenden Zeitgenossen Reeds gemacht. Und sie alle — von Rebecca West bis Lady Dora Russel (der Witwe Bertrand Russells und früheren Komintern-Delegierten), von Henry Miller bis Will Weinstone (einem Gründungsmitglied der KPUSA) — werden mit ihren zerfurchten Gesichtern in Großaufnahme auf die Leinwand gebracht. Ihre Erinnerungen an John Reed und Louise Bryant,

ihre Aussagen über die Zeit des Weltkriegs und der Oktoberrevolution geben dem Film eine zusätzliche Dimension, vermitteln den Eindruck der Rekonstruktion eines Teils der amerikanischen Geschichte, die im offiziellen Bewußtsein verdrängt und von den Herrschenden mit einem Tabu belegt ist.

In eine wirkliche Analyse dieser Geschichte steigt Beatty allerdings nicht ein. Er läßt einen Bilderbogen ablaufen, der zwar einiges vermittelt über die realen gesellschaftlichen Bedingungen, in denen sich das Leben und der Kampf seiner Helden entwickelten: Wir sehen den Terror gegen streikende Arbeiter, ebenso wie wir von einem amerikanischen Präsidenten erfahren, der sich mit dem Versprechen der Neutralität gegenüber dem europäischen Krieg wählen läßt, sechs Monate später jedoch die

Bebildung stecken. Das gilt vor allem für den zweiten Teil des Films, in dem die Oktoberrevolution als opernhafte herausgeputzte Ausstattungstück abläuft. Gerade über ihre gesellschaftlichen Bedingungen erfahren wir nichts; sie wird als Chaos von demonstrierenden Massen und überfüllten Versammlungen vorgeführt, in dem John und Louise glücklich mitschwimmen.

Auch die Darstellung der Anfänge der Sowjetmacht bleibt weit hinter den erwähnten positiven Aspekten des Films zurück. Da haben wir beispielsweise Sinowjew (damals Vorsitzender der Komintern) — von dem polnischen Schriftsteller Jerzy Kosinski als Karikatur auf einen bornierten und gerissenen Bürokraten gespielt, der bedenkenlos Manuskripte von Reed verfälscht, oder den man auch



Louise Bryant, John Reed

GIs über den Atlantik schickt. Wir erleben den Verrat der amerikanischen Sozialdemokraten, die ihrem Präsidenten auf dem Kriegskurs folgen und die Begeisterung der Massen über die Oktoberrevolution.

Doch zum einen gehen viele der hier angesprochenen geschichtlichen Tatsachen für das Verständnis des Zuschauers in Beattys oft zu hektischer Inszenierung verloren. Zum anderen bleibt vieles in vordergründiger

schonmal bei einem üppigen Essen überraschen darf (während ganz Rußland ja bekanntlich hungert.) Mit diesem Sinowjew setzt sich Beatty/Reed — immer eine Spur zu laut und zu aufgeregt — ständig auseinander. Man weiß zwar oft nicht, worum es dabei eigentlich geht. Aber eins wird doch deutlich: In der Sowjetunion bahnen sich offenbar schon negative Entwicklungen an; und John Reed bleibt in diesem Film trotz aller bolschewistischen Solidarität doch ein Individualist, der sich nicht anpaßt, sondern der vielmehr zu seinen hohen Idealen steht (schließlich ist er ja auch Amerikaner!)

Der Gerechtigkeit halber muß aber auch gesagt werden, daß Beatty hier nicht den Versuch unternimmt, Reed nun nachträglich zum Kronzeugen gegen die Sowjetmacht aufzubauen. Es gibt neben den hier beschriebenen Szenen am Ende von „Reds“ auch einen Dialog zwischen Reed und der amerikanischen Sozialistin Emma Goldman (Maureen Stapelton), in dem Reed den jungen proletarischen Staat auch in seinen Unzulänglichkeiten bedingungslos verteidigt.

Alles in allem ist „Reds“ trotz seiner Mängel doch als Ergebnis einer ernsthaften Arbeit anzusehen. Der Film vermittelt eine Reihe von richtigen Einsichten, vor allem — wenn auch nur bruchstückhaft — in den Zusammenhang von Krieg und Klassenkampf. Wer hätte die Oktoberrevolution aufhalten sollen, fragt in „Reds“ einer der interviewten Zeitgenossen John Reeds, wo sie doch die einzige Chance war, diesen Krieg zu beenden.

„Zehn Tage, die die Welt erschütterten“

Diesen Titel gab John Reed seinem Buch über die Oktoberrevolution. Es entstand unter den größten Schwierigkeiten: Gleich bei Reeds Ankunft in den USA beschlagnahmte die Polizei sein umfangreiches in der Sowjetunion gesammeltes Material; sechsmal drangen die Handlanger der US-Bourgeoisie in die Druckerei ein, um das Manuskript zu stehlen und das Erscheinen des Buches zu verhindern.

Aber Reeds große Reportage erreichte dennoch die Arbeiter in den USA (und nicht nur dort). Lenin selbst schrieb das Vorwort für die amerikanische Ausgabe: „Mit größtem Interesse und nicht erlahmender Aufmerksamkeit las ich John Reeds Buch „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“, und ich möchte es den Arbeitern in aller Welt von ganzem Herzen empfehlen. Dies ist ein Buch, das ich in Millionen von Exemplaren

verbreitet und in alle Sprachen übersetzt wissen möchte. Es gibt eine wahrheitsgetreue und äußerst lebendige Darstellung der Ereignisse, die für das Verständnis der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats von größter Bedeutung sind. Diese Probleme werden gegenwärtig weit und breit diskutiert, aber bevor man diese Ideen annimmt oder verwirft, muß man die ganze Bedeutung einer solchen Entscheidung begriffen haben. Ohne Zweifel wird John Reeds Buch zur Klärung dieser Frage beitragen, die das Grundproblem der internationalen Arbeiterbewegung ist.“

Die deutsche Ausgabe ist im Dietz Verlag, Ostberlin, erschienen; 520 Seiten, 8,50 DM. Im Damitz-Verlag ist unter dem Titel „Mexiko in Aufruhr“ Reeds Bericht über die mexikanische Revolution erschienen. 358 Seiten, 10,30 DM.

Sozialismus in den Farben Frankreichs?

Ein Jahr PS / KPF-Regierung in Paris

Szenen aus Frankreich: Im „Allerheiligsten“ des mächtigen Elektrokonzerns CGE, im Büro des Präsidenten Ambroise Roux, geschehen ungewöhnliche Dinge: Ein Kommando von Gewerkschaftern des Betriebs taucht plötzlich auf und erklärt das Büro für besetzt. Die Arbeiter fordern die Absetzung ihres Bosses. Erst nachdem von der Gewerkschaft alarmierte Presseleute die Aktion ausgiebig fotografiert haben, ziehen die Kollegen wieder ab — unter Mitnahme von vertraulichen Akten aus dem Schreibtisch des Präsidenten.

Schlimmer als Roux ergeht es Monsieur Galignan, dem Chef der Bank Indosuez. Er wird von Belegschaftsmitgliedern mehrere Tage lang in seinem Büro eingesperrt. Auch hier geht es den Besetzern darum, der Forderung nach dem Rausschmiß ihres Chefs Nachdruck zu verleihen. Das gleiche Schicksal wie Galignan müssen in Straßburg Direktor und Betriebsleiter der Verlagsdruckerei Darnières Nouvelle d'Alsace erleiden. Sie wollten ihren Betrieb an den westdeutschen Medienriesen Bertelsmann verkaufen; die Arbeiter aber verlangen eine Verstaatlichung der Druckerei. Und um das durchzusetzen, wurden die beiden Bosse kurzerhand festgesetzt.

Aber auch das ist eine Szene aus dem heutigen „sozialistischen“ Frankreich: Als Jaques Delors, Wirtschaftsminister der neuen Regierung, im Januar eine Versammlung des Unternehmerverbandes C.N.P.F. besucht, wird er keineswegs mit Mißfallensäußerungen, sondern vielmehr mit stürmischem Beifall begrüßt. Und Yvon Gattaz, der im Dezember neugewählte Präsident des Verbandes — Frankreichs Boß der Bosse also — weiß nur Gutes über den Minister zuzugestehen: „Jaques Delors spricht unsere Sprache.“

In diesen Bildern zeigt sich die ganze widersprüchliche Entwicklung, die Frankreich im letzten Jahr genommen hat. Auf der einen Seite militante Aktionen der Arbeiter, die noch beflügelt sind von den Hoffnungen, die der Wahlsieg Mitte-rands im vergangenen Mai erweckt hat — auf der anderen Seite ein Minister, der die Sprache der Kapitalisten spricht. Was hat nun das erste Jahr der von PS (Sozialistische Partei) und KPF gebildeten Regierung für die Werktätigen des Nachbarlandes gebracht? War die Ablösung des Bürgerblocks tatsächlich begleitet von grundlegenden Umwälzungen der gesellschaftlichen Verhältnisse; hat die Wahl im vergangenen Jahr gar den „Sozialismus in den Farben Frankreichs“ — von dem die KPF immer redet — ein Stück nähergebracht?

Die Verstaatlichungen

Unter allen Maßnahmen, die von der neuen Regierung angekündigt oder auch schon durchgeführt wurden, haben die Verstaatlichungen im Ausland das größte Aufsehen erregt, zumal in der Bundesrepublik, wo Verstaatlichungen von der bürgerlichen Propaganda — und auch im Verständnis mancher Linken — umstandslos mit Sozialismus gleichgesetzt werden. Für fran-

zösische Verhältnisse allerdings sieht das erheblich anders aus. Hier wurde eine erheblich umfangreichere Welle von Verstaatlichungen als sie jetzt geplant ist schon unter dem gewiß keiner revolutionären Neigungen verdächtigen Präsidenten de Gaulle in der Nachkriegszeit eingeleitet; mit dem Ergebnis, daß gegenwärtig schon 30 Prozent der Industrie unter Staatsregie stehen.

Die von der Mitterrand-Regierung beschlossenen und wahrscheinlich Anfang nächsten Jahres rechtskräftig werdenden neuen Verstaatlichungen werden diesen Anteil auf 40 Prozent erhöhen. Vollständig vom Staat übernommen werden die Konzerne Thomson-Brandt (Elektrogeräte, Unterhaltungselektronik), Rhone-Poulenc (Chemie), Pechiney-Ugine-Kuhlmann (Aluminium, Stahl, Chemie, Metallurgie) und Compagnie Générale d'Electricité (Elektro- und Telefonbau). Zu 51 Prozent in Staatsbesitz gehen die beiden Rüstungskonzerne Dassault und Matra. Bei den beiden Stahlkonzernen Usinor und Sacilor verwandelt der Staat seine Guthaben in Aktien und bringt sie so vollständig unter seine Kontrolle. Verstaatlicht werden ferner auch 36 Kreditinstitute mit dem Ergebnis, daß dann zwei Drittel des Kreditvolumens unter staatliche Kontrolle kommen.

Die riesigen Finanzholdings Paribas und Suez will die neue Regierung ebenfalls verstaatlichen, die beträchtlichen Industriebeteiligungen dieser Holdings sollen jedoch alsbald wieder reprivatisiert (das heißt, den alten Aktionären zum Kauf angeboten) werden. Was geschieht nun mit den „enteigneten“ Aktionären, was mit den Bossen, die bislang die Geschäfte der nun in Staatsbesitz übergehenden Konzerne und Banken geführt haben? Was die Bosse betrifft, so wird man sicher einen Teil mit den entsprechenden Abfindungen verabschieden, die Mehrheit aber soll nach dem erklärten Willen der Mitterrand-Regierung an den Schalthebeln bleiben.



Auf dem Sack: Entschädigungen — „Wenn ich daran denke, daß wir Antisozialisten waren!“

Und die Aktionäre werden natürlich ausgezahlt. So weit, daß man ihnen ihr dem Volk gestohlenen Vermögen einfach abnehmen würde, geht der „Sozialismus“ in Frankreich nicht. Sie werden Staatsobligationen bekommen, die sich nach den ursprünglichen Plänen von Premierminister Mauroy insgesamt auf eine Summe von etwa 50 Milliarden Francs belaufen sollten — zu zahlen aus dem Staatshaushalt. Das von Mauroy vorgelegte Entschädigungsangebot war schon äußerst großzügig für die Aktionäre. Dennoch wurde es vom Verfassungsrat (der etwa unserem

Bundesverfassungsgericht entspricht) abgelehnt. Die Regierung beugte sich diesem Spruch und legte zu Beginn dieses Jahres ein neues Abfindungsangebot vor: Der Wert der Aktien wird nun nach den besten monatlichen Börsenkursen in der Zeit vom 1. Oktober 1980 bis zum 31. März 1981 berechnet, und außerdem gibt es noch einen Inflationsaufschlag von 14 Prozent.

So verwandelt sich die Verstaatlichung in ein Bombengeschäft für die betroffenen Aktionäre; kein Wunder, daß sich



„Musterbetrieb“ Renault.

sogar der ultrarechte Rüstungskapitalist Dassault positiv und zufrieden über die Verstaatlichungsaktion aussprach. Was die beiden oben erwähnten Finanzholdings betrifft, so werden die Aktionäre der Paribas nun 488,40 Francs pro Aktie bekommen (nach dem ersten Angebot der Regierung waren es 334,15); bei Suez sind die entsprechenden Zahlen 411,50 statt 327,35 Francs.

Vorbild Renault

Wenn die Aktionäre durch diese Aktion noch reicher werden, haben die Verstaatlichungen dann wenigstens auch Vorteile für die Arbeiter der betroffenen Konzerne oder für die Werktätigen insgesamt? „Renault ist unser Vorbild“, sagte kürzlich Industrieminister Pierre Dreyfus über den Kurs der Regierung bei den Verstaatlichungen. Dreyfus war selbst von 1954 bis 1974 Boß dieses nach General Motors, Ford und Toyota viertgrößten Autokonzerns der Welt, der schon unter de Gaulle in Staatseigentum überführt wurde. Und eine seiner wichtigsten Erfahrungen als Boß dieses Unternehmens formulierte der jetzige Minister so: „Niemand in 20 Jahren habe ich von irgend jemandem Befehle erhalten.“

Das bezeichnete die Strategie auch der PS/KPF-Regierung für die Staatsbetriebe. An Kontrolle ist nicht gedacht. Die Unternehmensleitungen sollen vielmehr völlig autonom nach den „Bedingungen des Marktes“ — und das heißt: nach den kapita-

listischen Profitgesetzen — ihre Entscheidungen treffen. Bezeichnend dafür ist die Tatsache, daß die „sozialistische“ Regierung noch nicht einmal an die Übernahme von „Mitbestimmungs“-Modellen nach dem Vorbild der Bundesrepublik für ihre Staatsbetriebe denkt; geplant ist vielmehr die Einrichtung von Aufsichtsgremien, in denen die Gewerkschaften nur ein Drittel der Stimmen haben sollen. Und eine tatsächliche Ausweitung der Rechte der Belegschaften in den Staatsbetrieben ist überhaupt

täglich: durch Senkung der Kosten.

Wie das funktioniert, dafür ist gerade Renault, das Vorbild der „sozialistischen“ Regierung in Paris, ein gutes Beispiel. Denn dieser Konzern hat ein für europäische Verhältnisse ungewöhnlich hohes Niveau der Automatisierung, kann also nach kapitalistischen Gesetzen effektiver produzieren, als viele Konkurrenten. Das Renault-Werk von Douai in Nordfrankreich hat dabei, was den Einsatz von Robotern betrifft, sogar einen Standard, der selbst japanische Verhältnisse übertrifft. Zum „Vorbild Renault“ gehört auch die Tatsache, daß die gewaltigen Investitionen, die für diese fortgeschrittene Automatisierung notwendig waren, zu einem großen Teil aus der Staatskasse kamen, also von den werktätigen Steuerzahlern aufgebracht wurden. Allein in

den Jahren 1975 bis 1980 waren das 3,1 Milliarden Francs; und die „sozialistische“ Regierung zeigt sich da noch wesentlich großzügiger als ihre Vorgängerin. Im Haushalt für 1982 ist eine ganze Milliarde Francs als Staatszuschuß für Renault vorgesehen.

Für die gewichtige ökonomische Macht von Renault, um mit Marchais zu reden, zahlen aber nicht nur werktätige Steuerpflichtige insgesamt, sondern auch die Arbeiter und Angestellten des Konzerns — mit den durch die zunehmende Rationalisierung „notwendigen“ Massenentlassungen. So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß der Staatsbetrieb Renault heute schon wesentlich weniger Beschäftigte hat als der private Autokonzern Peugeot, obwohl sein Umsatz beträchtlich höher ist. Soviel also zum Musterbetrieb der PS/KPF-Regierung. Und man muß es dem Ministerpräsidenten Mauroy zugute halten, daß er selbst mögliche Illusionen zerstörte, als er vor einigen Monaten erklärte, daß auch bei den demnächst verstaatlichten Betrieben Entlassungen nicht ausgeschlossen werden könnten.

Im nächsten RM werden wir unter anderem auf die neuen Steuergesetze der französischen Regierung und ihr Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingehen.

US-Waffenexporteure im „Verkaufsrausch“

Auf eine Rekordhöhe von 25 bis 30 Milliarden Dollar werden die amerikanischen Waffenexporte in diesem Jahr steigen. Der bislang größte Umfang der Rüstungsexporte aus den USA war im Jahr 1975 unter der Präsidentschaft von Gerald Ford registriert worden. Damals betrug er 17,5 Milliarden Dollar. Angesichts der für dieses Jahr erwarteten gewaltigen Steigerung muß man dem pensionierten US-Admiral La Rocque zustimmen, der kürzlich sagte, die Reagan-Leute befänden sich in einem regelrechten „Verkaufsrausch“, sie würden jedem Waffen anbieten, der dies verlange.

Als neuen kaufkräftigen Kunden der amerikanischen Rüstungsindustrie hat die Reagan-Regierung jetzt das Öl-Emirat Bahrain aufgetan. Der Mini-Staat ist bislang mit einer „Luftwaffe“ von sechs Hubschraubern ausgekommen. Auf Drängen der Reagan-Leute wird sich Bahrain nun auch Kampfflugzeuge vom Typ F 5 anschaffen. Zusammen mit dem Verkauf von 60 Luft-Luft-Raketen wird allein dieses Geschäft 114 Millionen Dollar in die Kassen der amerikanischen Waffenschmiede bringen.



„Sieg französischer Waffen“

Nach den beiden Supermächten ist Frankreich derzeit die Nummer 3 unter den internationalen Waffenhändlern. Eine Position, die nach dem Willen der Mitterrand-Regierung durch weitere Exporte ausgebaut werden soll. Für die Marktstrategie beim Geschäft mit dem Tod kam da der Falkland-Krieg gerade recht.

Denn hier wurde (übrigens auf beiden Seiten) mit französischen Waffen gebombt und geschossen, was die Rüstungsbosse und auch ein Teil der Presse denn auch gebührend feierten. Ein „Sieg der französischen Waffenelektronik“ wurde beispielsweise nach dem Treffer bejubelt, der den britischen Zerstörer Sheffield versenkte. Immerhin stammten sowohl die Rakete (Exocet AM-39) wie auch das Flugzeug, von dem sie abgeschossen wurde (Super-Entendard) aus französischen Waffenfabriken.

Bei den Herstellerkonzernen, Dassault und SNIAS, wurde die Versenkung der Sheffield denn auch — wie „Le Monde“ schrieb — „wie ein Triumph aufgenommen“. In diesem Zusammenhang erwähnte die Pariser Zeitung auch, daß 17 Prozent der Entwicklungskosten bei der Exocet AM-39 von Britanien getragen worden sind.



„Verräter“

Seit dem Beginn des Falkland-Krieges betreibt der größte Teil der britischen Presse eine geifernde chauvinistische Hetze — nicht nur gegen die „Argies“, sondern, wie der folgende Auszug aus einem Leitartikel der „Sun“ zeigt, auch gegen diejenigen Briten, die nicht auf Thatchers Kriegskurs mitschwimmen wollen.

„In unserer Mitte sind Verräter. Margaret Thatcher sprach gestern im Unterhaus von ihnen. Sie bezog sich auf jene Zeitungen und Radio- und Fernsehkommentatoren, die der britischen Sache im Falkland-Konflikt nicht angemessenen Ausdruck verleihen und die unser Land behandeln, als ob es und Argentinien gleichermaßen Anspruch auf Gerechtigkeit, abwägendes Urteil und Loyalität hätten. Die Premierministerin sprach nicht von Verrat. Die „Sun“ zögert nicht, dieses Wort zu gebrauchen... Wir sind in einem Schießkrieg gelandet, nicht in einem Krockettspiel. Im Waffenlärm gibt es keine neutralen Schiedsrichter. Ein britischer Bürger ist entweder auf der Seite seines Landes — oder er ist dessen Feind.“



Prozeß vor einem türkischen Militärgericht.

Folter in Kurdistan

„Lebend kommt hier niemand heraus“

Anwalt berichtet über Verbrechen der türkischen Junta

Alattin Bayar gilt als einer der grausamsten Folterer in der türkischen Armee. Schon 1974 — während des Zypernkrieges — hatte sich der Generalmajor durch Mißhandlungen an griechischen Zivilisten hervor getan. Heute ist er Kommandant des berühmtesten Militärgefängnisses in der kurdischen Stadt Diyarbakir und damit Herr über Leben und Tod von etwa 3000 Gefangenen, die entweder fortschrittlichen Organisationen angehören oder einfach nur wegen „Seperatismus“ eingesperrt wurden.

Ein „Seperatist“ ist jeder, der sich zu seiner kurdischen Volkszugehörigkeit bekennt. Und das ist ein Verbrechen in der Türkei, wo die Existenz eines kurdischen Volkes offiziell geleugnet wird. Schon seit dem April 1979 — also noch vor dem Putsch — steht Kurdistan unter Kriegsrecht, ist faktisch von der türkischen Armee besetzt. Über 100000 Kurden sind seit dieser Zeit durch die Gefängnisse im Raum Diyarbakir gegangen. Und nach dem Putsch haben sich Terror und Unterdrückung drastisch verschärft.

Das gilt für diejenigen, die in den kurdischen Dörfern und Städten noch in „Freiheit“ leben und die ständigen Überfällen, Razzien und Mißhandlungen durch die Militärs ausgesetzt sind — bis hin zur Bombardierung von Dörfern, in denen „Terroristen“ vermutet werden. Das gilt besonders für die 3000 Gefangenen im Militärgefängnis von Diyarbakir. „Lebend kommt hier niemand wieder heraus“, pflegt der Kommandant Bayar zu sagen.

Auch vor dem Putsch wurde in diesem Gefängnis schon gefoltert. Aber damals gab es noch einen Druck der Öffentlichkeit. Heute sind die Gefangenen von Diyarbakir vollständig von der Außenwelt abgeschnitten. Selbst Angehörige dürfen nur einmal in der Woche zu einer dreiminütigen (!) Besuchszeit kommen, und sie gehen dabei ständig das Risiko ein, vom Wachpersonal zusammengeschlagen oder gar selbst inhaftiert zu werden.

Dieses Risiko teilen sie mit den Anwälten. Ist die Verteidigung bei den grundsätzlich vor Militärgerichten geführten Prozessen sowieso schon eine Farce, weil die Anwälte nicht einmal

die minimalsten Rechte bei der Verteidigung und auch keinen Kontakt zu den Angeklagten haben, so stehen die Anwälte zusätzlich stets selbst mit einem Fuß im Gefängnis. Denn wann immer es ihnen gefällt, können die Militärrichter einen Anwalt verhaften lassen, ganz einfach deshalb, weil er „Terroristen“ oder „Seperatisten“ verteidigt hat.

Einer, dem es so ergangen ist, ist der kurdische Anwalt Serafettin Kaya, der politische Gefangene in zehn Massenprozessen vertreten hat. Er wurde im Februar 1981 in das Militärgefängnis von Diyarbakir eingeliefert, und ihm gelang es auch, aus dieser Folterhöhle zu entkommen. Kaya war einer der wenigen, die von einem Militärgericht freigesprochen wurden — das war am 10. September 81. Entlassen wurde er jedoch erst zehn Tage später, und diese Zeit nutzten die Schergen von Diyarbakir dazu, um ihn systematisch schwer zu mißhandeln, ganz offensichtlich mit der Erwartung, daß Kaya an seinen Verletzungen sterben würde.

Freunde aus der westlichen Türkei konnten den Anwalt jedoch aus Kurdistan herausholen und gesundpflegen. Und bevor er eine neue Strafe antreten mußte, gelang es Kaya, über Syrien in die BRD zu fliehen, wo er vor wenigen Wochen einen Asylantrag stellte. Was er als Sprecher auf der Duisburger Demonstration am vorletzten Sonntagabend oder auch gegenüber einigen Zeitungen über seine furchtbaren Erlebnisse im Gefängnis von Diyarbakir berichtete, entlarvt das Geschwätz Bonner Politiker über eine angebliche Verbesserung der Menschenrechtssituation in der Türkei.

Gleich nach seiner Einlieferung in das Militärgefängnis entboten die Schergen (durchweg Angehörige der Armee) dem Anwalt ihren speziellen „Willkommensgruß“, den sie für alle Gefangenen bereithalten. Und der sieht so aus: Der Gefangene wird völlig nackt und mit verbundenen Augen an eine Wand gelehnt, von der er sich nur mit einem Finger abstützen darf. Dann bekommt er 44 Schläge mit einer Eisenstange, und bei jedem Schlag muß er einen Spruch des Staatsgründers Atatürk aufsagen. Danach wird

ihm die „Baklava“ verabreicht. Dieses Wort bezeichnet ein süßes türkisches Gebäck, und im perversen Sprachgebrauch der Folterer sind damit systematische Schläge ins Gesicht gemeint, bis das „süße“ Blut aus dem Mund läuft.

„Disco“ heißt im Militärgefängnis von Diyarbakir der Raum, in dem die Gefangenen Protokolle über ihre „Geständnisse“ unterschreiben müssen, die mit Essens- und Wasserentzug und mit pausenlosen Schlägen erpreßt werden. Die Gefangenen sind entweder in Zellen untergebracht, in denen 200 Menschen in einem Raum zusammengepfercht sind, oder sie sitzen in Isolierzellen. Und auch für die haben sich die Folterer besondere Torturen ausgedacht. In diesen Isolierzellen steht kniehoch eine Brühe aus Kot und Urin. Dreimal am Tag müssen die Gefangenen darin „baden“.

Trotz dieser unglaublichen Torturen aber leisten die Gefangenen Widerstand gegen die Junta und ihre Folterknechte. In diesem März führten sie einen Hungerstreik durch, um Verbesserungen ihrer Situation durchzukämpfen. Die Rache der faschistischen Militärs für diese Aktion war furchtbar: Allein in den ersten beiden April-Wochen wurden mindestens 20 Gefangene in Diyarbakir ermordet, zu Tode gefoltert oder einfach erschossen.

An die westdeutsche Öffentlichkeit gelangen Berichte über diesen systematischen Terror nur äußerst selten. Außer der „taz“ hielt es beispielsweise als einzige Tageszeitung nur die „Frankfurter Rundschau“ für notwendig, den Anwalt Kaya zu Wort kommen zu lassen. Sonst funktioniert die freiwillige Zensur perfekt. Denn schließlich sind die türkischen Mordgeneräle ja NATO-Partner, und die Bundesregierung in Bonn hat allein in den letzten beiden Jahren 700 Millionen Mark in die Türkei gepumpt, um dieses Folterregime zu stützen.

Angesichts dieser Tatsachen ist es für alle Demokraten und Antifaschisten in unserem Land eine Pflicht, die Wahrheit über die tatsächlichen Verhältnisse in der Türkei zu verbreiten und jegliche Bonner Hilfe für die Massenmörder von Ankara zu bekämpfen.

Reagans „Abrüstungsangebot“

START zum Ausbau des Atompotentials

Ronald Reagan hat am Wochenende sein sogenanntes Abrüstungsangebot an die Sowjetunion erweitert. In den von ihm vorgeschlagenen START-Verhandlungen über strategische Atomwaffen sollten nicht nur landgestützte Raketen, sondern auch andere Waffensysteme zur Diskussion gestellt werden. „Nichts ist ausgeschlossen“, sagte der US-Präsident.

Ursprünglich hatte Reagan vorgeschlagen, die START-Verhandlungen in zwei Phasen ablaufen zu lassen: In der ersten sollten sich die beiden Supermächte darauf einigen, die Zahl der atomaren Sprengköpfe um ein Drittel zu reduzieren; von den verbleibenden Sprengköpfen sollte nur die Hälfte auf landgestützte Raketen verteilt sein. In der zweiten Phase sollte dann das Abwurfgewicht der Raketen verringert werden.

Auf den ersten Blick mochte sich das vielleicht vielversprechend anhören, zumal sich Reagan auch im Gegensatz zu seinen früheren Attacken gegen die sowjetische Führung merklich

während man der anderen Seite den Schwarzen Peter zuschiebt und sie als Saboteur an den Abrüstungsbemühungen brandmarken kann.

Früher hatte Reagan auf dieses imperialistische Spielchen verzichtet und stattdessen ganz offen und unverhohlen den Willen seiner Regierung zum Ausdruck gebracht, die USA zur stärksten Macht der Welt zu machen und ihre militärische Vorherrschaft zu sichern und auszubauen. Daß auch er jetzt wie sein Vorgänger Carter in die Trickkiste mit den „Abrüstungsangeboten“ greift — und dieses Feld nicht mehr ausschließlich Breschnew überläßt —,

nach ihrem Wunsch schon in diesem Juni beginnen sollen, sehr kompliziert und langwierig sein werden. Zur Erinnerung: Die SALT-Verhandlungen haben sechs Jahre gedauert; die Wiener Verhandlungen zur Truppenreduzierung laufen jetzt schon — ohne jedes Ergebnis — über zehn Jahre. Auf solche Dimensionen muß man sich also auch bei START einstellen, falls diese Runde überhaupt zustande kommt.

Die Frage dabei ist natürlich: Was geschieht in all den langen Jahren während der Verhandlungen? Darauf haben die Reagan-Leute mit bemerkenswerter Offenheit geantwortet. Haig beispielsweise erklärte, START würde dann nur Aussicht auf Erfolg haben, wenn die USA jetzt mit Entschlossenheit daran gingen, das große militärische Modernisierungsprogramm zu verwirklichen. Gemeint ist damit das von der Reagan-Regierung beschlossene größte Rüstungsprogramm aller Zeiten, das bis zum Ende dieses Jahrzehntes die schier unvorstellbare Summe von 180 Milliarden Dollar verschlingen soll. Es umfaßt unter anderem die Aufstellung der Super-Interkontinentalrakete MX, die Indienststellung der strategischen Bomber vom Typ B1 (die Mitte der 90er Jahre soweit „verbessert“ sein sollen, daß sie der feindlichen Luftabwehr entkommen können), die Stationierung von Trident II-Raketen auf U-Booten usw.

Also auch hier wieder das alte Spiel. Man gibt sich verhandlungsbereit. Reagan erklärt sogar seine Weigerung, das SALT-Abkommen zu ratifizieren, damit, daß dieses Abkommen nur die Aufrüstung begünstigt hätte, jetzt aber endlich eine wirkliche Abrüstung her müsse. Und im gleichen Atemzug wird gesagt, daß zunächst einmal auferüstet werden müsse, um die sowjetische Seite auch effektiv zum Vertragsabschluß zwingen zu können. Und weiter: Weil die Zeit drängt (denn man will den Abschluß ja möglichst bald), bestünde die absolute Notwendigkeit, das Modernisierungsprogramm ohne Verzögerungen und natürlich auch ohne Abstriche in die Tat umzusetzen. So werden sich denn auch die START-Verhandlungen (genau so wie es auch bei SALT schon der Fall gewesen ist) in einen Motor der weiteren hemmungslosen Atomrüstung verwandeln.



zurückhielt. Tatsächlich aber ist dieser scheinbar so großzügige Vorschlag von vornherein so angelegt, daß mit seiner Ablehnung im Kreml zu rechnen war. Und die kam denn auch prompt zu Beginn der vergangenen Woche.

Die sowjetischen Imperialisten nämlich haben etwa drei Viertel ihres atomaren Vernichtungspotentials in Interkontinentalraketen konzentriert, während bei ihren amerikanischen Konkurrenten nur ein Viertel dieses Potentials auf die Interkontinentalraketen entfällt. Somit bliebe nach Reagans START-Plänen beispielsweise die strategische Bomberflotte der USA von den Verhandlungen ausgeklammert.

Und wenn die Sowjetunion — wie von Reagan verlangt — nur noch die Hälfte ihrer Sprengköpfe im strategischem Bereich auf Raketen installieren dürfte, müßte sie erst seegestützte Systeme entwickeln, während die USA heute schon die Hälfte ihrer atomaren Sprengköpfe auf See stationiert haben.

Von der Methode her sind Reagans Vorschläge also nichts Neues. Sie entsprechen genau dem Muster ähnlicher Angebote beider Supermächte in den letzten Jahren, die stets darauf berechnet sind, daß sie von der jeweils anderen Seite sowieso nicht akzeptiert werden. Der gewünschte Effekt: Man steht selbst als eine Macht da, die „ernsthaft“ um Friedenserhaltung und Abrüstung bemüht ist,

zeigt vor allem, daß er inzwischen gezwungen ist, auf die starke Friedensbewegung in den USA und in Westeuropa zu reagieren. Der Trick mit START ist denn auch in erster Linie dazu ersonnen worden, diese Bewegung zu verwirren und ihr das Wasser abzugraben. Nicht umsonst hat Reagan seine Vorschläge einen Monat vor dem NATO-Gipfel in Bonn bekanntgegeben.

Bezeichnend für Reagans neue Rolle als Abrüstungsstrategie ist auch seine oben erwähnte Bereitschaft, den Verhandlungsstand von START auszuweiten. Aber auch dadurch sollte man sich nicht täuschen lassen. Reagan und seine Leute haben selbst erklärt, daß die START-Verhandlungen, die

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
14.00-14.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
15.30-16.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
17.00-17.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
20.00-20.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
22.30-23.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
24.00-24.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
07.00-07.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Giftschutz gegen Hausbesetzer

oder: „Typisch WDR!“

Mönchengladbach (Volkskorrespondenz). — „WDR — Radiothek unterwegs“, am 29. 4. 1982 in Mönchengladbach unter dem Titel „Mensch, Großstadt! — Gespräche über Leben und Wohnen in Mönchengladbach“: Anlaß für eine kritische Bestandsaufnahme der Kommunalpolitik dieser Stadt am linken Niederrhein. So wurden denn auch während der ca. dreistündigen Veranstaltung Klagen die Hülle und Fülle laut über den um sich greifenden Autobahnwahn, fehlende kulturelle Angebote für Jugendliche, die bevorstehende Schließung eines halbwegs selbstverwalteten Jugendzentrums, die von der CDU-Ratsmehrheit inszenierte Disziplinierung von Lehrern, die sich in der Friedensbewegung engagieren, die Wohnungsnot usw.

Obwohl gemunkelt wurde, daß die Junge Union 150 Karten für die Veranstaltung aufgekauft hatte (zu welchem Zweck auch immer), blieben die CDU-Vertreter der WDR-Veranstaltung offiziell fern. Nicht ganz ohne Grund: Anfang 1980 lief eine Sendung in der Reihe „Bürger, Bonzen, Bürokraten“, in welcher der „rheinische Klüngel“ vor allem auf dem Hintergrund der Verfilzung von Ratsmitgliedern und Baufirmen aufgedeckt wurde. Die Ausstrahlung dieser Sendung führte zu Interventionen auf höchster Ebene. Nicht weiter verwunderlich also, daß bei der Radiothek-Aufzeichnung auch drei Mitglieder des Programmbeirates des WDR schon mal vorsorglich

anwesend waren. In diesem Zusammenhang ist weiterhin interessant, daß die Radiothek-Sendung ursprünglich Anfang April mit dem thematischen Schwerpunkt Wohnungspolitik laufen sollte, dies aber wegen erneuter Intervention der CDU und angeblicher Termenschwierigkeiten ihrer Ratsvertreter verschoben wurde. Brisant waren Thema und Zeitpunkt nicht zuletzt deshalb, weil bei uns die Eröffnung des Hauptverfahrens wegen „politischen Hausfriedensbruchs“ anläßlich einer Besetzung im vergangenen Jahr kurz bevorstand. Aus rechtlichen Gründen lehnte dann der zuständige Richter die Eröffnung des Verfahrens ab, da die Besetzung eines Abrißhauses den Tatbestand des Hausfriedensbruchs nicht erfüllte. Die Staatsanwaltschaft legte hiergegen sofort Widerspruch ein.

Obwohl in Mönchengladbach ca. 4000 Wohnungen fehlen und weitere 2500 in menschenunwürdigem Zustand sind, obwohl der Stadt vor der Besetzung im letzten Jahr eine Liste mit ca. 80 bis 100 leerstehenden Häusern eingereicht wurde, erfolgte keinerlei positive Reaktion. Im Gegenteil: Häuser wurden weiterhin zugemauert, von innen zerstört oder — wie erst kürzlich ca. 80 Häuser — plattgemacht, um eine Fahrbahnerweiterung auf vier Spuren vornehmen zu können.

Um auf diese menschenfeindliche Politik und die immer noch drohende Kriminalisierung der Hausbesetzer hinzu-

weisen, wurde am 16. 4. 1982 ein Haus in der Friedhofstraße symbolisch für drei Tage besetzt. Während der Besetzung wurde uns, Mitgliedern der Wohnraumgruppe der Bürgeraktion Umweltschutz Mönchengladbach, von der Eigentümerin des Hauses — der Rheydter Aktienbaugesellschaft — ein



Das vergiftete Haus in der Friedhofstraße vor dem Abriß.

„freundlicher“ Brief überreicht, in dem wir aufgefordert wurden, das Gelände umgehend zu verlassen. Dem kamen wir am nächsten Tag, wenn auch schweren Herzens, nach. Noch am selben Abend, einem Sonntag, legte die RAG Schloß und Riegel vor das Grundstück.

In einer Vorbesprechung zur Sendung wurde uns zugesichert, über die nachfolgenden Vorfälle berichten zu können. Das Ergebnis war dann ein kurzer Beitrag, der auch noch — bevor er richtig zur Sache gehen konnte, abgebrochen wurde. Verständlich, daß wir danach — allerdings höflicherweise erst nachdem die Sendung offiziell beendet war — auf die Bühne gingen, um über das ungeheuerliche Verhalten der RAG aufzuklären.

Am frühen Montagmorgen, einen Tag nach der provisorischen Absperrung, wurden das Treppenhaus und Teile des Dachs zerstört sowie die Rollläden herausgerissen. Ein herrlicher Stacheldraht auf der Mauer vermittelte ein völlig neues Demokratiegefühl. Doch damit nicht genug: Statt mit Minenfeldern wurde der Schutzwall im Inneren des Hauses lediglich mit Gift verstärkt. Das geheimnisvolle weiße Pulver entpuppte sich bei einer chemischen Analyse als Chlorkalk. Seine Wirkungen zeigten sich lehrbuchmäßig einige Tage später nach einem anhaltenden Regen: ein bestialischer Gestank verbreitete sich in der Umgebung, so daß Anwohner wegen der sich entwickelnden Gase über Kreislaufbeschwerden und Übelkeit klagten, wobei eine herzkrankte Frau besonders unter den Auswirkungen zu leiden hatte. Da es sich bei Chlorkalk um ein Ätzgift handelt, stellten sich nach der Entnahme von Proben folgende Beschwerden ein: Bluten aus Nase und Mund, starke Kopfschmerzen in Verbindung mit Brechreiz, stundenlang anhaltende Kreislaufbeschwerden, durch Einatmen verursachte Ätzungserscheinungen am Mund, die mehrere Tage anhielten, sowie Schüttelfrost. Deshalb wurde nicht nur das Gesundheitsamt benachrichtigt, sondern auch eine Aufklärungsaktion in der Nachbarschaft durchgeführt, um zu verhindern, daß spielende Kinder —

die trotz Absperrung auf das Gelände gelangen konnten — ernsthafte Schäden davontrugen.

Von all dem war jedoch in der Sendung, die am 2. Mai ausgestrahlt wurde, nichts zu hören! Dies ist sicher nicht darauf zurückzuführen, daß die Sendung um eine gute Stunde zu-

sammengedrückt werden mußte. Unser Beitrag im Rahmen der Veranstaltung hatte nur wenige Minuten gedauert und man hätte stattdessen einige überflüssige Auslassungen der anwesenden Lokalpolitiker streichen können.

Erklärlich allerdings wird die Vorgehensweise des WDR,

wenn man die Hintergründe des RAG-Skandals beleuchtet:

Denn wer hält die Aktien der RAG? Die Deutsche Bank, AEG-Telefunken, die Dresdner Bank, die Provinzial Feuerversicherung und nicht zuletzt natürlich die Stadt Mönchengladbach — mächtige Interessen fürwahr, mit denen der WDR sich konfrontiert sähe. Die Hausvergiftung der RAG ist auch weiterhin dubios: Wenn der Chlorkalk hauptsächlich gegen vier- und nicht zweibeinige Ratten gestreut wurde (was immer noch fahrlässig wäre), bleibt unklar, warum das Haus nur zwei Tage später abgerissen wurde. Verständlich wird dieses Vorgehen jedoch, wenn man bedenkt, daß laut Zwischennutzungsverordnung ein Haus nur drei Monate leerstehen darf; danach muß eine Zweckentfremdungsgenehmigung eingeholt werden. Diese drei Monate waren zum Zeitpunkt der Besetzung verstrichen, so daß vermutet werden kann, daß die RAG — hierdurch aufgeschreckt — sich von heute auf morgen die Abrißgenehmigung besorgte. Der Grund für den überstürzten Abriß liegt noch deutlicher auf der Hand, wenn man weiß, daß die Genehmigung für den Bau von Sozialwohnungen, welche die „gemeinnützige“ RAG auf dem Grundstück plant (?), noch gar nicht erteilt ist. Durch ihre Maßnahmen wollte sie wohl eher einer erneuten Besetzung dieser vorbildlich geeigneten Gebäude zuvorkommen.

Leicht einzusehen, warum der WDR sich scheute, in dieses Wespennest hineinzustochern. Oder, um es mit den letzten Worten der Sendung selbst auszudrücken: „...das Ganze war mal wieder typisch: WDR!“.

Ob das für 100 000 reicht?

Die CDU setzt alle Mittel ein, um Zulauf für ihre am 5. Juni in Bonn angesetzte Jubeldemonstration für den Kriegshetzer Reagan, für die NATO und die Aufrüstung in der Bundesrepublik zu bekommen.

Ein Beispiel dafür aus Dortmund:

noch schmutziger. So wissen wir zum Beispiel, daß in CDU-eigenen Betrieben alle Mitarbeiter unter Druck gesetzt werden an der Demonstration teilzunehmen, auch wenn sie nicht Mitglied in dieser Partei sind und auch ihre Ziele nicht unterstützen, sondern ihr einfach wie

Die Welt muß es wissen:
wir Deutschen wollen

IN FRIEDEN UND FREIHEIT LEBEN!

Deshalb demonstrieren 100.000 Mitbürger am 5. Juni 1982 in Bonn. Die Dortmunder CDU und ihre Freunde wollen mit ... zig Bussen dabei sein. In jeder Ortschaft ist eine Busabfahrtsstelle, ganz in Ihrer Nähe. Wo, steht auf der Rückseite dieses Blattes.

MACHEN SIE MIT!

Bestellen Sie sofort die Karten für sich und Ihre Familienangehörigen.

Zur Bestreitung der Organisationskosten einschl. der Hin- und Rückfahrt wird pro Teilnehmer ein Sonderbeitrag von 10,— DM erhoben. Einfach den entsprechenden Betrag mit der anhängenden Zahlkarte überweisen. (Auf der Rückseite der Zahlkarte notieren, für welche Busabfahrtsstelle die Karten gewünscht werden.) Die Karten kommen umgehend. Der Zahlkartenabschnitt ist Quittung für das Finanzamt.

Wenn Sie wegen Alter, Krankheit, Urlaub oder aus ähnlichen Gründen nicht persönlich bei dieser Demonstration für Frieden und Freiheit eintreten können, helfen Sie anderen, mitzumachen!

Übernehmen Sie Patenschaften für Teilnehmer ohne Einkommen, z.B. Arbeitslose, Spätaussiedler, Schüler usw.

Einfach den Sonderbeitrag für einen oder mehrere Teilnehmer mit der anhängenden Zahlkarte überweisen (auf der Rückseite ankreuzen X Patenschaft). Der Zahlkartenabschnitt ist Ihre Quittung für das Finanzamt.

IN FRIEDEN UND FREIHEIT LEBEN!
DAFÜR MUSS JEDER ETWAS TUN!

DM PT für Postkarte Nr. 688 34-481 481		DM PT für Postkarte Nr. 688 34-481 481	
Empfänger: CDU Kreisverband Dortmund 481 Dortmund 1		Empfänger: CDU Kreisverband Dortmund 481 Dortmund 1	
Zahlkarte/Postüberweisung DM PT 688 34-481		Zahlkarte/Postüberweisung DM PT 688 34-481	
Einzahlungsbetrag/Leistungsfähigkeit DM PT 688 34-481		Einzahlungsbetrag/Leistungsfähigkeit DM PT 688 34-481	

In anderen Städten läuft das nicht anders. Der Trick bei dieser Sache ist der, daß der angebliche Fahrpreis als Sonderpreis für die CDU gebucht wird und somit von der Steuer absetzbar ist. Mit solchem Service können die Friedensinitiativen natürlich nicht dienen.

Aber die CDU hat noch andere Tricks auf Lager. Auch

irgendeinem anderen Ausbeuter ihre Arbeitskraft verkaufen. Bezeichnende Methoden für die angeblichen Freunde von Frieden und Freiheit!

Aber ob das ausreichen wird, die drohende Schlappe abzuwenden, daß für die CDU und Reagan viel weniger Menschen zu bewegen sind, als zu der Gegendemonstration am 10. 6.? Wir melden Zweifel an...

Tips

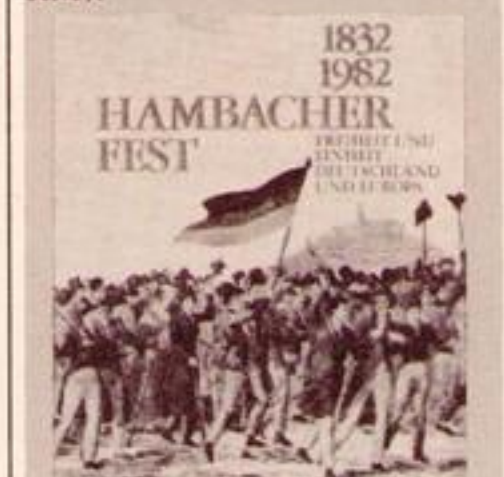
Sonntag, 23. Mai
10.30 Uhr, ZDF

9 Sekunden verändern die Welt. Eine Dokumentation von Jon Else über Hiroshima und über den Physiker J. Robert Oppenheimer, der maßgeblich an der Entwicklung der amerikanischen Atombombe beteiligt war, der sich später jedoch zum Kritiker der Atomrüstung entwickelte.

Sonntag, 23. Mai
11.15 Uhr, ARD
Gefühl und Härte — made in Berlin. Der Film stellt einige Gruppen der „Neuen deutschen Welle“ aus Westberlin vor.

Sonntag, 23. Mai
21.05 Uhr, ARD
Der Flug des Adlers. Letzter Teil von Jan Troells Spielfilm über eine gescheiterte Ballonfahrt zum Nordpol.

Sonntag, 23. Mai
21.25 Uhr, ZDF
Der Deutsche Mai. Beitrag zum Hambacher Fest mit dem Untertitel: „Hambach heute — Jubel-feier oder Auftrag?“ (siehe auch Artikel auf Seite 6 in diesem RM).



Sonntag, 23. Mai
22.10 Uhr, ARD
Auschwitz und die Alliierten. Seit einigen Jahren ist bekannt, daß die Westmächte schon 1942 von der Existenz der faschistischen Todesfabriken gewußt haben. Der Film von Rex Bloomstein untersucht die Frage, warum sie dennoch nichts gegen diese Lager unternommen haben.

Montag, 24. Mai
21.20 Uhr, ZDF
An uns glaubt Gott nicht mehr. Der letzte Beitrag in der Reihe „Ausgestoßen“ über Emigranten aus Hitler-Deutschland. Georg Stefan Troller schildert — eigene Erfahrungen verarbeitend — das Schicksal einer jüdischen Familie.

Montag, 24. Mai
23.00 Uhr, ARD
Der zehnte Tag. Film von Claude Chabrol. Mit Orson Welles, Marlene Jobert, Michel Piccoli u. a.

Mittwoch, 26. Mai
19.50 Uhr, Südwest III
Dr. Seltam oder Wie ich lernte, die Bombe zu lieben. Schon 1963 drehte Stanley Kubrick diese Satire auf die amerikanische Atomkriegsstrategie, die heute aktueller denn je ist. Mit Peter Sellers u. a.

Soweit sind wir heute schon wieder!

Praxis, mit 10 DM. LT 43 eur (Dipl.-urung, un-rändern. W 43 aufmann, 21 neuen Wir-haus, Marti-7, 82, neuen rin sucht 5041 Presse-sucht drin-im 1. 8. 82, gistin. Deko-

Nautiker AG
49 J., sucht Urlaubsvertretung Mai-Sept., Fahrzeit als Kapitän 14 J., Tel. 04 21 / 66 16 24

Umsonst arbeite ich
2 Wochen für eine Dauerstellung im Nahverkehr, Klasse II. Telefon 50 49 64

Dipl.-Betriebswirt
mit Schwerpunkt Marketing und ersten Berufserfahrungen sucht neuen Wirkungskreis. Angebote GT 665 Pressehaus, Martinstr. 43

aus: „Weser-Kurier“
vom 1. Mai 82



Der neue „Rote Rebell“. Themen: Strahlentod beim Bund; Die Gurus kommen; Betrug mit Lehrstellen; Ausländische Arbeiter; Reds.

Zu beziehen beim Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30. Jahresabo 6,50 DM; Einzelheft 0,50 DM.

Die Reichen in der Bundesrepublik (Teil V)

Schaltzentralen der Macht

Nachdem wir, im Anschluß an einen allgemeinen Abriss, in den vergangenen vier Folgen unserer Serie die Reichen dieses Landes porträtiert haben, mag sich für manchen, der die Darstellung verfolgt hat, die Frage erheben, wie das denn alles läuft. Wie machen diese Leute ihren Einfluß geltend, wie kommt es dazu, daß Gesetze gemacht werden, die ausschließlich ihren Interessen entspringen? Sicher: Einiges konnte man erfahren, gerade in letzter Zeit. Parteispenden werden über dunkle Kanäle geleitet, Bestechung liegt in der

Die Kapitalistenbünde

Die Reichen dieses Landes sind stramm organisiert — man mag das vielleicht nicht glauben, aber Tatsache ist, daß die kapitalistische Klasse dieser Gesellschaft einen hohen Grad an Organisation besitzt, der durch die Existenz von 15 Unternehmensverbänden, die zusammen alle Unternehmen der Bundesrepublik erfassen, bezeugt wird. Aber diese Verbände sind natürlich von unterschiedlicher Wichtigkeit.

Die entscheidende Rolle spielen vor allem vier Verbände: Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) sowie der Bundesverband des privaten Bankgewerbes (BpB).

Anschein zu zeigen scheint, daß hier eher die kleinen Kapitalisten das Sagen hätten — dieser Anschein trügt. Alle diese Verbände sind vollkommen in der Hand der Superreichen, der großen Monopole, der Spitzen des Finanzkapitals. Dazu muß man erwähnen, daß beispielsweise Rolf Rodenstock, in der Öffentlichkeit lediglich als Brillenfabrikant bekannt, in Wirklichkeit zu den ältesten superreichen Familien Deutschlands gehört und auf das Engste mit Allianz und Siemens wie auch der Deutschen Bank zusammenarbeitet. Auch Leute wie Fasolt oder Esser sind nicht als Besitzer kleinerer Betriebe an die Verbandsspitzen gekommen, sondern als Vertreter hinter ihnen stehender Monopole.

Die Lobby

Lobby — so nennt man in der bürgerlichen Rechtssprache jene Leute, die am Sitz der Regie-

Luft. Das ist ein Weg für die Reichen, ihre Interessen durchzusetzen. Und sicherlich: Es gibt auch nach wie vor regelrechte Hausabgeordnete einzelner Konzerne oder Finanzgruppen. Das ist ein zweiter, keineswegs seltener Weg, wie diese Leute ihre politischen Ziele durchsetzen. Der dritte Weg aber ist derjenige, den wir heute vor allem nachzeichnen wollen, die Zusammenarbeit der organisierten Kapitalisten mit der staatlichen Bürokratie — denn dies ist der Haupt- und Regelweg, wie sie ihre Gesetze verabschieden lassen.

jährlich etwa 200 Eingaben für Gesetze und Erlasse, mit denen das Kapital Bonn bombardiert, werden denn auch rund 180 gleich an die Ministerialbürokratie gerichtet, die Abgeordneten dürfen gerade 20 mal Politik machen.

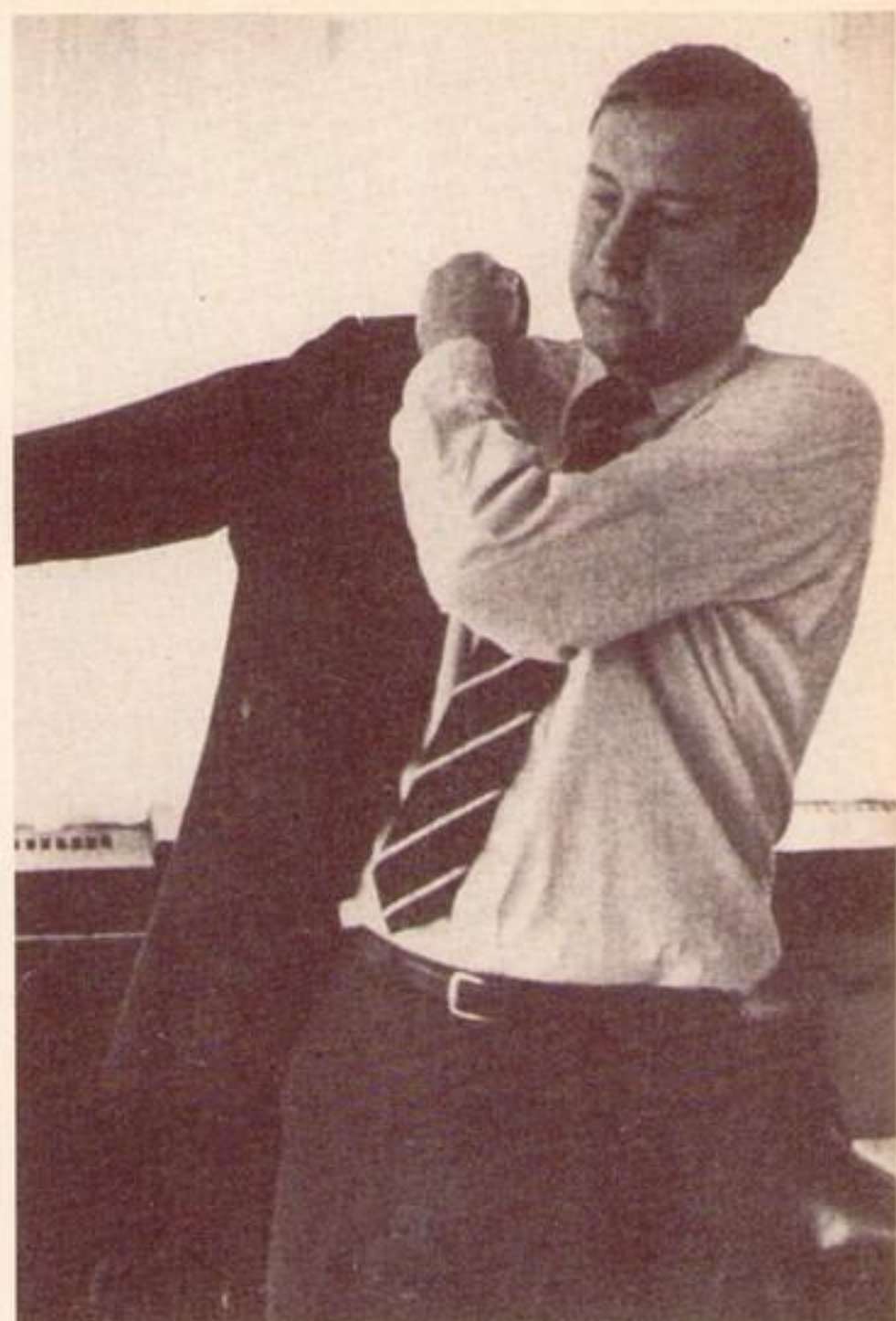
Und erst recht Politik wird in den Verwaltungsräten der Ministerien gemacht, wo die Gesetze bis zur Schriftreife vorformuliert werden — dort aber saßen 20 Jahre lang ununterbrochen rund 50 BDI- und BDA-Vertreter in den neuen wichtigsten Ministerien. Und sie sitzen dort immer noch.

Allein die letzten 15 Jahre verzeichnen einen ständig zunehmenden Wechsel zwischen hochrangigen Bonner Ministerialen, die einen Arbeitsplatz in den Kapitalistenverbänden angeboten bekamen und auch in die umgekehrte Richtung — insgesamt über 120 solcher Wechsel in höchsten Rängen wurden bekannt.

zum BDI und BDA und versicherte den Spitzen der Unternehmensverbände, diese Steuererhöhungen würden nicht kommen. Damit hatte er sich in ihren Augen als künftiger Kanzler profiliert. Er tat dies als Sprecher jener Teile der SPD, die schon seit langem nicht nur politisch diese Gesellschaftsordnung, die sich die Reichen geschaffen hatten, verteidigten, sondern auch schon auf eine jahrelange praktische Zusammenarbeit zurückblicken konnte, wie auch Karl Schiller, früher Erler und Deist und auch Willy Brandt. Das zweite war der noch vor der Wahl durchgezogene Dortmunder SPD-Parteitag von 1972, bei dem alle genaueren Forderungen zugunsten der Lösung „Mehr Lebensqualität“ beiseite gewischt wurden. Damit hatte sich die SPD endgültig für die Reichen auch auf Bundesebene als regierungsfähig erwiesen.

Die monatlichen Kanzlerreden Willy Brandts mit den Spitzen der Unternehmensverbände hatten dazu einen entscheidenden Beitrag geleistet — meinte anschließend der Stahlmanager und Staatssekretär Mommsen. Auf diese Weise wurde auch mit der SPD-Regierung die Liste jener Gesetze, die vom organisierten Reichtum der Republik eingebracht wurden, noch weiter verlängert. Die Notstandsgesetze der großen Koalition waren übrigens das erste Beispiel, bei dem die Unternehmensverbände öffentlich Zufriedenheit darüber äußerten, daß ihre Vorstellungen weitestgehend berücksichtigt worden seien.

Und wenn gerade heute, in der Zeit der schwersten Wirtschaftskrise der Bundesrepublik seit der Kriegszeit die Unternehmensverbände ihre öffentliche Tätigkeit verstärken, so kann dies nur als Widerspiegelung einer gesteigerten Tätigkeit in



Rohwedder: Vom Bonner Staatssekretär zum Hoesch-Direktor.

den Bonner Korridoren und Tagungszimmern verstanden werden.

Die im März 1982 vom BDA veröffentlichte Denkschrift zur Sozialpolitik, in der ein anderes Herangehen an die Rotstiftpolitik gefordert wird, ist Ausdruck der Politik dieser Leute, die Konsequenzen der Krise auf dem Rücken der arbeitenden Menschen auszutragen. Die Streichung der Lohnfortzahlung wird da ebenso gefordert wie eine wesentlich ausgeweitete Selbstbeteiligung an den Kosten der Krankenversicherung — als würden nicht ohnehin jedes Jahr Milliarden an Beiträgen bezahlt — und eine weitere Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung. Das sind die Kernforderungen — Novellierung der Schwerbehindertengesetze und vieles andere mehr läuft da in der Denkschrift mit. Kurz: dem, was in der Bonner Propaganda stets „Sozialstaat“ genannt wird, soll der Garau gemacht werden.

Und es soll alles vermieden werden, was ihren Reichtum, ihren Profit antasten könnte, stattdessen sollen ihnen weitere Steuern erlassen und mehr Zuschüsse gegeben werden.

Nun, man kann sich vorstellen, was in den nächsten Mona-

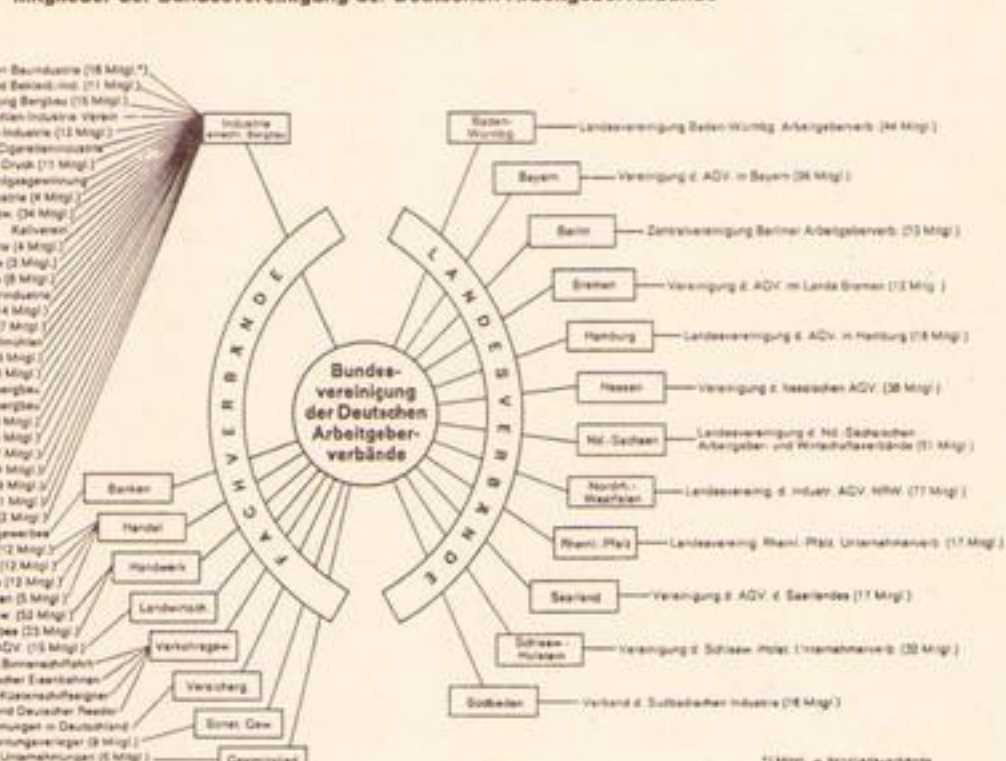
ten kommen wird. Ein Großteil derer, die dieses Programm verabschiedet haben, sind Mitglieder des Wirtschaftsrates der CDU und ähnlicher Vereinigungen der Bonner konservativen Partei. Von dort aus, von der Presse und dem Fernsehen aus wird eine „sachlich argumentierende“ Unterstützungskampagne für diese Denkschrift, besser: für die darin enthaltenen Forderungen gestartet, vielmehr: verstärkt werden.

In den Bonner Ministerien wird die Arbeit dazu anlaufen, die Verbindungen zur FDP werden ausgespielt und für die SPD wird dies zu einer Zerreißprobe werden.

Wird dagegen kein Widerstand organisiert, so werden die Reichen dieses Landes ihre sozialpolitischen Ziele in der Krise durchsetzen. Ziele, die eine weitere Steigerung des Reichtums trotz Krise beinhalten, wie wir dies in den vergangenen Folgen unserer Serie gezeigt haben.

Gerade wegen dieser aktuellen Lage ist es heute wichtig, sich über diejenigen ein Bild zu verschaffen, die von dieser Lage profitieren, ihr übliches Gejammer anhand der Tatsachen zu prüfen und ihre Lügenpropaganda aus tausend Kanälen zu widerlegen.

Mitglieder der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände



Kein Zufall, daß es gerade diese vier Verbände sind, die die wichtigsten darstellen. Der BDI vertritt die Industrie — und das heißt, er vertritt die gesamten wirtschaftlichen und politischen Interessen der Großkapitalisten, der Monopole. Der DIHT, der Zusammenschluß aller Industrie- und Handelskammern mit Zwangsmitgliedschaft vertritt vor allem die besonderen regionalen Interessen der gesamten kapitalistischen Klasse. Das Bankgewerbe schließlich — ohnehin schon im BDI stark vertreten — wirkt mit seinem Verband in aller Stille, über diese Organisation gibt es für die Öffentlichkeit am wenigsten zu erfahren.

Der BDA stellt die Hauptorganisation des Kapitals zum Kampf gegen die Arbeiter und Angestellten dar, er ist laut Satzung der Verband, der für die sozialen Interessen der Unternehmerschaft eintritt. Und wenn auch manches Mal der

rung ganz offiziell bestimmte Interessen vertreten. Rund 700 Büros von Lobbyisten soll es in Bonn geben — für jeden Abgeordneten also anderthalb. Davon sind fast 50 Prozent Vertreter der Unternehmensverbände, weitere 40 Prozent Vertreter einzelner Konzerne oder Konzerngruppen.

Das aber ist nur eine Methode. Die Unternehmensverbände haben insgesamt über 10000 Menschen auf ihrer Gehaltsliste, die ihre Interessen vertreten. Mehrere hundert davon sitzen in den Beiräten der Bonner Ministerien — die in Wirklichkeit weitaus einflußreicher sind als beispielsweise einzelne Abgeordnete. So legt das Gesetz fest, daß die Abgeordneten während der Phase der Vorbereitung eines Gesetzentwurfs durch ein Ministerium nicht einmal informiert werden dürfen. Wohingegen aber Interessenvertreter sogar zur Ausarbeitung herangezogen werden dürfen. Von den

Probe auf Exempel...

...kam immer dann, wenn sich in diesem Land politisch etwas gegen die Reichen regte.

Das war beispielsweise vor dem Mißtrauensvotum gegen die Brandt-Scheel-Regierung im Jahre 1972. Weniger die Außenpolitik dieser Regierung als vielmehr die im November 1971 auf dem SPD-Parteitag verabschiedeten Forderungen nach höheren Steuern für die Reichen waren Anlaß zu einer großangelegten Kampagne der Unternehmensverbände gegen diese Regierung, der sie zunächst abwartend-wohlwollend gegenüber gestanden hatten.

Ins Lot wurde dieses Verhältnis vor allem durch zwei Vorgänge gebracht: Der damals Noch-längst-nicht-Kanzler Schmidt ging — vor einer Sitzung der Regierung — sowohl



Strauß mit Unternehmer-Funktionären: BDI-Chef Rodenstock (links), DIHT-Chef Wolff.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL SAFAK



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 20, 21 Mayıs 1982

Yıl: 16

1 DM

Michael ve Markus'a özgürlük!

Brokdorf davasında ağır hapis cezaları verildi

ITZEHOE. — Geçen hafta içinde 28 Şubat 1981'de Brokdorf'ta düzenlenen yürüyüş katılanlara karşı açılan davalardan ilki vahşice siyasi cezaların verilmesi ile sonuçlandı. 20 yaşındaki öğrenci Markus Mohr üç yıl, 37 yaşındaki beton kalifiye işçisi Michael Duffke ise beş buçuk yıl hapis cezasına çarptırıldı.

Yürüyüş yasaklanmasına ve yoğun bir polis seferberliği yapılmasına rağmen, geçen yıl 100 000 atom santrali karşıtı Wilster'de yapılan eyleme katılmıştı. Aralarında Markus ve Michael'inde bulunduğu bazı atom santrali karşıtlarına karşı yürüyüşün ardından keyfice davalar açıldı ve şimdi onlardan bu devletin intikamı alınıyor. Onlar, bu yürüyüş katılanların hepsini temsilen şimdi mahkum edildiler. Bir savunma avukatının da söylediği gibi şimdiye değin sadece "kasten öldürme ya da öldürmeye kalkışmada" verilen ağır hapis cezaları, şimdi ise yıldırma amacı ile keyfi bir şekilde atom santrali karşıtlarına da verilmektedir.

Itzehoe'de yargılamayı sürdüren hakim Selbmann hiç bir yanlış anlaşılma yer vermeyecek şekilde Markus Mohr'a verdiği cezayı gerekçelendirirken (ki, o savunmı talebine karşın da iki yıl daha fazla ceza isteminde bulunmuştu) şöyle diyor: "Ona, açıkcası ka-

fasiyla duvardan geçemeyeceği ve duvarın daha güçlü olduğu kavratılması lazım!" Hakim'in yaptığı bu açıklama sadece bir Markus için geçerli değildir. Bununla aynı zamanda Almanya'da hakim sınıflara karşı başkaldıran, aktif ve militan bir şekilde savaşım veren herkesin "duvarın kendisinden güçlü olduğunu", diğer bir deyişle burjuva devletin en küçük bir tereddütü dahi göstermeksizin karşı saldırıya geçeceğini bilmesi gerektiği ifade ediliyor.

Michael Duffke ve Markus Mohr bir yıldan beri sistematik bir şekilde katil olarak gösterilmeye çalışılmakta. Başlangıçta ayrıca onlar hakkında "kasten öldürmeye kalkışmaları" gerekçesiyle tahkikat sürdürüldü. Buna gerekçe olarak, basında yayınlanan fotoğraflarda polis şefi Schütt'e bir cop ve kürekle saldırının bu ikisinin olduğu ileri sürüldü.

Schütt, Wilster yürüyüşünde eyleme katılanlara gözü dönmüşcesine saldıran Saarland

Özel Komando Birlikleri'nden olan polislerden biriydi. Basında yayınlanan fotoğraftaki çatışma Schütt'ün bir atom santrali karşıtıni kovalarken su kanalına düşmesi üzerine başladı.

Bu eylemde polisin vahşice saldırısının sonucu ağır yaralanan yürüyüşçülere ve basın mensuplarına karşın Schütt hafif yara alanlardan biridir. Ayrıca mahkeme basında yayınlanan resmin üzerindeki iki kişinin Markus ve Michael olduğunu ispatlayamadı. Ancak bunların hiç biri davayı sürdüren hakim Selbmann için sorun değil. Bunun içinde hiç bir ispat ileri sürülemediği halde, her iki atom santrali karşıtı da sanki gerçekten "öldürmeye kalkışmışlar" gibi cezalandırıldılar.

Michael Duffke bir yılı aşkın bir süredir hapiste yatmaktadır. Markus Mohr ise davanın sonuçlanmasından sonra hapse atıldı. Michael ve Markus'a özgürlük! Vahşice verilen bu yıldıncı karar derhal geri alınmalıdır!

(„Terrorurteile im Brokdorf-Prozess“)

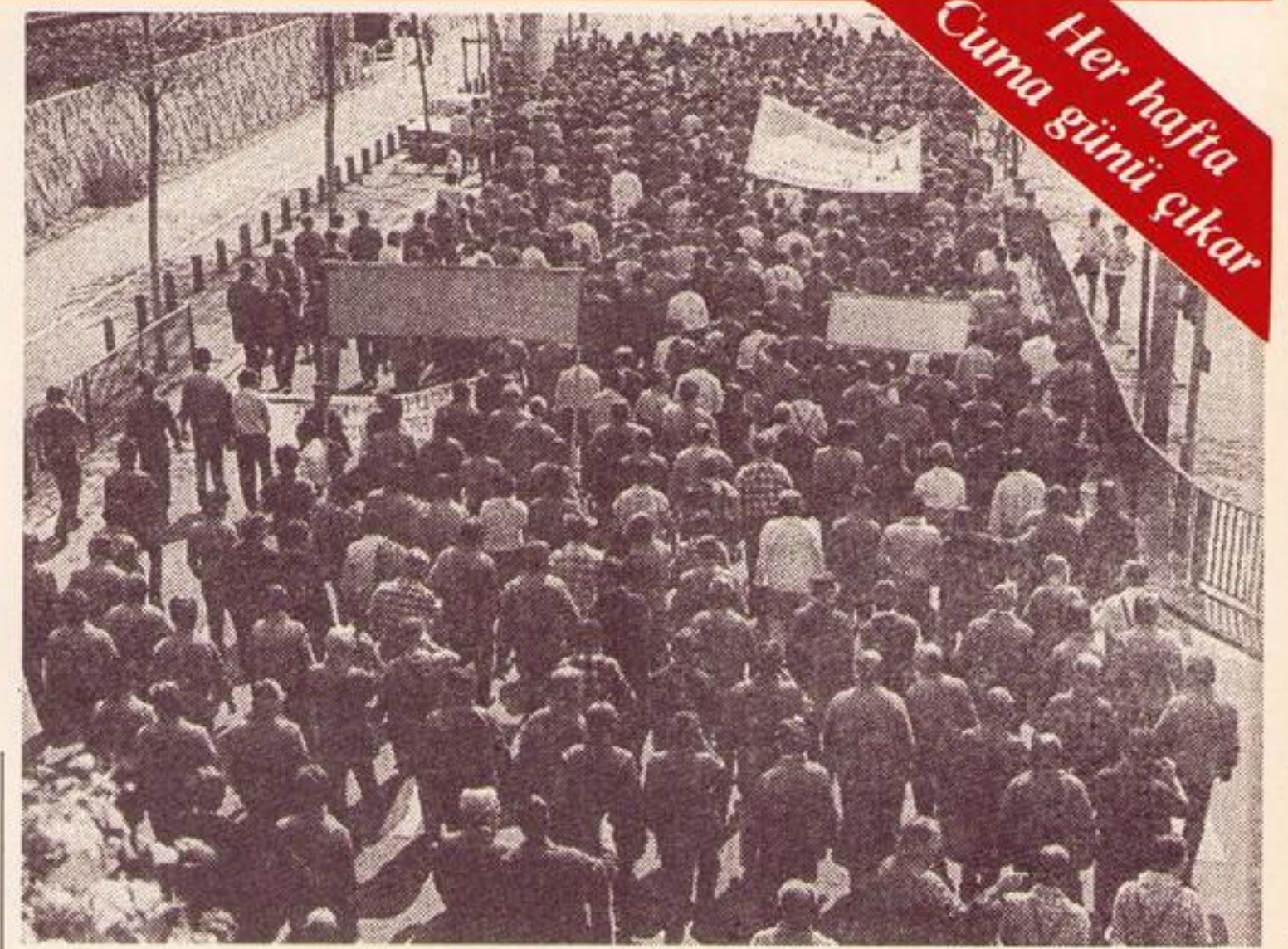
İki işçinin katledilmesi protesto edildi

Portekiz'de genel grev

LİZBON. — Bu yıl içinde Portekiz işçi sınıfı ikinci kezdir genel greve gidiyor. O, geçen hafta salı günü 24 saatlik bir genel grev düzenledi. Portekiz işçi sınıfı bu mücadeleci eylemi ile 1 Mayıs'ta polis birliklerinin vahşice saldırarak iki işçiyi Porto şehrinde katletmesini protesto etti.

Porto şehir valisi, Intersindical (Revizyonist partiye yakın bir sendika) sendikasının şehir merkezinde 1 Mayıs mitingini yapması talebini reddetmiş, bunun yerine sosyal demokratların güdümündeki küçük bir sendika olan UGT'ye burada 1 Mayıs'ı kutlamasına izin vermişti. Bu 1 Mayıs kutlama mitingini Intersindical'cılara karşı "korumak" için yoğun bir polis seferberliği yapılmıştı. Polisler ilkin Intersindical üyesi olan işçi arkadaşlara vahşice saldırmış, daha sonra ise acımasızca üzerlerine ateş açmışlardır. Bu vahşice saldırının sonucu iki işçi katledilmişti.

Intersindical'ın yaptığı açıklamaya göre, polisin bu vahşice



“Haydi, eyalet meclisine!” — 13 Mayıs, Perşembe günü Mainz'da işyerinin kapatılması planını protesto eden Magirus-Deutz işçileri bir yürüyüş düzenlediler. Patronun 1600 işyerini yok etmek istemesini protesto etmek amacıyla sabah saat 10'a doğru işi bırakan Magirus işçileri ilkin firmanın giriş kapısında toplandı, daha sonra ise trafiğin işlek olduğu bir ana caddeyi bloke ettiler. İşyeri işçi temsilciliği başkanının tüm engelleme girişimlerine rağmen, 1500 işçi yukarıdaki şiarı haykırarak Rheinland-Pfalz Eyalet Meclisi'nin önüne kadar yürüdü. (Ayrıntılı haber sayfa 3'te)

Neue Heimat patronları 30 milyon Mark zimmetlerine geçiriyorlar

Neue Heimat skandalı her geçen gün yeni boyutlar kazanıyor

BATI BERLIN. — Görüldüğü kadarıyla “Spiegel” ve “Stern” dergileri hedefli olarak Batı Berlin'de DGB'nin 12. Merkezi Kongresi'nin başlamasıyla birlikte Neue Heimat İnşaat Şirketine ilişkin sendika patronlarının entrikaları ve dolandırıcılıkları üzerine yeni ayrıntılı haberler yayınladılar.

“Stern” dergisi yayınladığı haberinde, görevinden ayrılan DGB Başkanının sürekli savunduğu Berlin angajmanlarına açıklık kazandı. Senelik geliri 100 000 Mark olan Vetter Batı Berlin'de sendikaya ait bir şirkete ortak olduğu için elde ettiği vergi imtiyazlarından dolayı senelerce vergi ödemiştir.

Tiergarten Maliye Dairesi'nin resmi bir yazışmasından alıntı yapan “Stern” dergisine göre, DGB Başkanı Vetter bu şirkete 146 700 Mark ile bir maşası üzerinden ortak olmuş ve her yıl zarar ilanı vermesinden dolayı da 250 000 Mark alıyormuş.

Öte yandan “Spiegel” dergisinin yeni sayısında yayınladığı haberde ise Neue Heimat inşaat şirketinin eski Yönetiminin Münih Perlach'ta “sosyal evlerin” yapımında gerçekleştirdiği muazzam spekülasyon işleri sergilenmektedir. Bir maşa tarafından yönetilen Terrofinanz firması üzerinden Neue Heimat patronları ucuz arsa satın alarak fahiş fiatlarla Neue Heimat'a ya da Münih belediyesine satıyorlar. “Spiegel” dergisine göre onlar bu yolla 30 milyon Mark zimmetlerine geçiriyorlar.

(„Enthüllungen über Neue Heimat“)

BU HAFTA

Cuntanın terörü

Faşist cunta yönetime el koyduğundan beri Türkiye halkı üzerinde azgınca terör estirmekte ve vahşice katliamlara girişmektedir 2

Arnavutluk'a gezi

7—21 Temmuz arasında Arnavutluk SHC'ne DAFG tarafından düzenlenen gezide henüz boş yer var 2

Mainz'da yürüyüş

Magirus—Deutz işçileri işyerlerinin kapatılması planını protesto etmek amacıyla geçen hafta Mainz'da bir yürüyüş düzenlediler 3

Anti-militarist eylem

15 Mayıs, cumartesi günü Hannover'de 50 000 anti-militarist silah fuarını protesto etti 3

Falkland çatışması:

Londra saldırgan çizgisini sürdürüyor

Birleşmiş Milletler Genel Sekreteri Perez ve Cuelar'ın her iki taraf arasında görüşmeleri sağlama girişimlerini dikkate almayan İngiliz Hükümeti Güney Atlas Okyanusu'ndaki silahlı çatışmalarını ve bombalı saldırılarını sürdürüyor. İngiliz savaş gemileri ve uçakları son günler içinde gerek Malvin adalarında belirli merkezleri gerekse de Arjantin gemilerini bombaladı. Bu bombalı saldırılarda İngiliz savaş uçakları yiyecek ve ilaç taşıyan bir sivil gemiye de ateş açtılar.

Hafta sonunda Thatcher Hükümeti, şayet görüşmelerde İngilizlerin sömürgeci çıkarları sınırsızca gerçekleştirilmezse, daha da kapsamlı askeri önlemlere başvuracağı saldırgan tavrını yeniden dile getirdi. Ayrıca amaçlı olarak etrafa bu hafta içinde Malvin adalarına çıkartma yapılacağı haberleri de yaygınlaştırıldı.

İngiliz emperyalizminin vahşice izlediği bu savaş politikası AET içinde de sert tartışmaların sürdürülmesine yol açtı. İrlanda ve Danimarka'dan sonra şimdi de İtalya hafta sonunda, İngiliz emperyalizminin Arjantin'e karşı AET'nin ithalat mallarını boykot etme süresinin uzatılması istemini reddetti. Fakat buna karşılık ise kendisi-

ni barış ve yumuşama politikasının şampiyonu gösteren Başbakan Schmidt İngiliz savaş kışkırtıcıları ile sadık ittifakını sürdürmektedir. O, Fransız Başbakanı Mitterand ile birlikte yukarıda adı geçen ülkelere baskı yaparak, Arjantin'e karşı yaptırım süresinin uzatılmasını sağlamaya çalıştı.

Batı Alman Hükümeti'nin bu tutumunun İngiliz savaş kışkırtıcılarını daha da teşvik etmekten, ve onların Güney Atlas Okyanusu'ndaki askeri saldırı-ganlıklarını desteklemekten ve bu savaşın daha uzamasına hizmet etmekten başka hiç bir anlamı yoktur.

(„Falkland Konflikt—London weiter auf Kriegskurs“)



Faşist cuntanın azgınca terör ve katliamları sürüyor

1980'nin 12 Eylül'ünde yönetime el koyan faşist cunta Kürt ve Türk halkı, devrimciler, yurt-severler, komünistler, kısıacası kendisine karşı olan herkes üzerinde azgınca bir terör estirmekte, vahşice katliamlara girişmektedir. Gün geçmiyor ki, insanlar işkence tezgahlarında katledilmemiş, sokak ortalarında kurşuna dizilmemiş, hain tuzaklarda öldürülmemiş olsunlar. En küçük bir direnişe, en küçük bir eleştiriyeye dahi tahammül edemeyen faşist cunta başta işçi sınıfını ve onun önderleri

olmak üzere Türkiye halkına kan kusturmakta, karanlık günler yaşatmaktadır. Bugüne dek faşist cuntanın süngüsünden, topundan tankından geçmemiş bir tek Kürt köyü bile kalmamıştır.

Yönetime el koyduğundan bu yana özellikle de Kürt ulusuna karşı bir soy kırıma girişen faşist Kenan Evren cuntası her geçen gün katliamlarına bir yenisini eklemektedir. Yakın geçmişte Diyarbakır Askeri Cezaevindeki kitle katliamı bunlardan sadece bir tanesidir.

Kürt köyleri basılmakta, köy halkı meydanlara doldurularak en alçak ve insanlık dışı saldırılara uğratılmakta, kadın, genç, yaşlı, erkek, demeden hepsi işkenceden geçirilmekte, Kürt ulusuna karşı barbarlığın en koyu örnekleri sunulmaktadır.

Kürdistan'da her gün özgürlük, iş, ekmek, toprak isteyen binlerce işçi ve köylü hapisanelere doldurulmakta, işkence tezgahlarından geçirilmekte, insan mantığının alamayacağı uygulamalara tabii tutulmaktadır. Faşist Türk ordusunun işkencecilerinden biri olan Tümgeneral Alaattin Bayar "hapisaneden kimsenin sağ çıkamayacağı"nı söylüyor.

Hapishanelerde bulunan siyasi tutukluları yakınları ziyaret edememekte, edebilenler ise üç dakika (!) görüşme hakkına sahiptir ki, bu da siyasi tutuklulara varınca ya da ağır saldırılara uğramakta, hatta çoğu kez yaşandığı gibi kendisi de hapse atılmaktadır.

Aynı tehlikelerle savunma avukatları da karşı karşıya kalmaktalar. Faşist cuntanın askeri savcılar, hakimleri Orhan Apaydın olayında olduğu gibi işine gelmediği avukatı tutuklatabiliyor. Kısacası, avukatların müvekkillerini savunmak için en küçük bir hakkı dahi yoktur. Onlar siyasi mahkumlarla görüştürülmekte ve müvekkillerini sadece mahkemede görmekteler.

Askeri savcı ve hakimler siyasi tutukluların davalarını yüklenen savunma avukatlarını "teröristleri ve ayrıcalık yapanları" savundukları gerekçesiyle hapse atılmaktalar ya da çeşitli sindirme metoduna başvurmaktalar. Örneğin saldırılara uğrayan biri de geçen yıl kitlesel da-

valarda siyasi tutukluları savunan Kürt avukatı Şerafettin Kaya'dır. Şerafettin Kaya 1981'in Şubat ayında Diyarbakır Cezaevine konuyor. Ancak o, bu işkence cehenneminden "sağ" kurtulmayı başarıyor. Kaya, askeri mahkemeler tarafından beraat edilen sayılı avukatlar arasından biridir. Askeri mahkeme onun 10 Eylül 1981'de serbest bırakılmasını kararlaştırdığı halde, on gün sonra serbest bırakılıyor. Ve bu son on günlük süre için de ölmesini sağlama amacıyla kendisine ağır işkenceler yapılıyor.

Hapisten çıktıktan sonra yakınları tarafından Batı Türkiye'de bakıma alınan Kaya, ikinci bir cezayı yemek üzereyken, Suriye üzerinden Almanya'ya kaçıyor. İltica talebinde bulunan Kaya'nın evvelki hafta Duisburg'ta yapılan yürüyüşte ve çeşitli gazetelere yaptığı açıklamalar Bonn'daki politikacıların göya Türkiye'de insan haklarında bir düzelmeye olduğu sözlerini yerle bir etmektedir. Faşist cunta büyük burjuvazi ve toprak ağalarının saltanatını en azgın terör, zulüm ve vahşet uygulayarak sağlamaya çalışmasına rağmen, Türk ve Kürt halkının direnişini tamamiyle teslim alamadı, özgürlük mahkumlarının seslerini susturamadı. Mamak başta olmak üzere bir çok askeri hapishanede başlatılan direnişler bir birini ard arda izliyor. Ve bugün halkın sessizliği geçicidir. Halkın cuntaya olan öfkesi ve kini içten içe kaynayan ve gerçek bir gün patlayacak bir volkan gibidir.

Federal Alman Hükümeti Kenan Evren faşist cuntasının en büyük maddi destekçilerinden biridir. Bunun için Almanya'daki anti-faşistler ve demokratlar bir taraftan faşist cuntanın yüzünü teşhir etme eylemlerini hızlandırırken, öbür yandan ise cuntaya her türlü yardımın durdurulması için savaşımı yoğunlaştırmalıdır.

(„Folter in Kurdistan“)

Anti-faşistlere yönelik bir saldırı:

SPD ve CDU "olay çıkaran yabancılara derhal sınır dışı edilmesini" istiyorlar

BONN. — Almanya'da yaşayan yabancılara yönelik saldırılara her geçen gün bir yenisi eklenilmektedir. SPD ve CDU'nun önde gelen politikacıları olan Baden Württemberg CDU'lu Eyalet Başkanı Lothar Späth ve Kuzey Ren Westfalye SPD'li Eyalet Başkanı Johannes Rau "olay çıkaran yabancılara derhal sınır dışı edilmesini" talep ettiler.

Farklı katılıkla olsa bile gerek SPD gerekse de CDU/CSU Almanya'da yaşayan yabancılara sınırlı olan hak ve özgürlüklerine her geçen gün bir yeni saldırıyı düzenlemekteler. CDU'lu Baden Württemberg Eyalet Başkanı Späth'in ve Kuzey Ren Westfalye SPD'li Eyalet Başkanı Rau'nun alınmasını talep ettikleri bu yeni kararlar faşist örgütlerin elmanları değil, aksine anti-faşistler ve demokratlar hedeflenmektedir. Bu noktayı şimdiye kadar yaşanan bir dizi olay ispatladı.

Batı Alman devleti bugüne dek faşist örgütlerin çıkardığı bir dizi olayda, faşistleri değil, faşistler tarafından saldırıya uğrayan anti-faşistleri, demokratları ve ilericileri sınır dışı etmeye kalkıştı. Saldırıda bulunan faşistler ise her zaman serbest bırakıldı ya da haklarında bir iki göstermelik önlem alındı.

ZDF programında konuşan Rau "Almanya'nın, diğer ülkelerden gelenlerin kendi aralarındaki tartışmalar için bir yedek savaş alanı olamayacağı"nı belirtti. Rau bu açıklamayı yaparken, tabii ki saldırıya uğrayanların ve saldıranların kimler

cezalandırılmadı ve bugüne gönül rahatlığı içinde eli kolu sallıyarak gezmekte ve yeni provokasyonlar hazırlamaktalar. Bu örneklerin yenilerinden biri de, Yugoslav ajan örgütünün yakın geçmişte Heilbronn yakınlarında üç Kosovalı yoldaşı katletmeleridir. Burada da olay çıkaran Yugoslav ajan örgütü olmasına rağmen, Batı Alman devleti yetkilileri, katledilenlerin yakınları üzerinde terör estirmekteler. Ama saldırıya gelince, onlara karşı ise hemen hemen kayda değer hiç bir şey yapılmamaktadır.

İrkçi HLA'ya karşı protestolar yaygınlaşıyor

HAMBURG. — 7 Mayıs'ta Eyalet Seçim Komisyonu'nun ikinci toplantısı yapıldı. Bu toplantıda ırkçı "Yabancıları durdurun listesi" HLA'nın seçime katılmasına izin verilip verilmeyeceği görüşüldü. Seçim Komisyonu'nun bu faşist listenin seçime katılması yönünde bir karar alması anti-faşistlerin geniş protestolarıyla karşılaştı.

Eyalat Seçim Yöneticisi Werner Hackmann, HLA adlı faşist örgütün seçime katılmasına izin verdiğini açıklarken beraberinde bir de küstahça "başka düşünceden insanların toplanma özgürlüğüne saygı gösterilmesi" gerektiğini söylemesi anti-faşistlerin sert tepkilerine yol açtı.

Hamburg Senatosu, ANS faşist çetesi ve NPD faşist partisi tarafından siyasi ve örgütsel olarak yönlendirilen HLA Listesi'nin seçime katılmasına ve biz yabancı işçi ve emekçilere karşı panzehirini dökmeye izin verdi.

Hackmann, seçim yöneticisi olarak, herhangi bir listenin seçime katılmasına üzerine karar verebilmek için kendisinin görevinin sadece formalite yönünü incelemesi olduğunu belirtti. Ona göre herhangi bir grubun anayasa aykırı davranması Anayasa Mahkemesi'nin göreviydi. Bu tür sahte gerekçelerle Hackmann, HLA'nın seçime katılmasına bir haklı zemin kazandırmaya çalışıyor. Ancak bilinen gerçek şu ki, ne senato ne de Hackmann'ın kendisi bu faşist insiyatifin yabancılara karşı kışkırtmasının önüne geçmek ve insiyatif yasaklamak istiyordu.

KPD'de dahil olmak üzere çeşitli anti-faşist örgüt ve partiler HLA'nın yasaklanmasını talep etmelerine rağmen, bugüne dek bu yönde bir adım atılmamış olması tesadüfi değildir. Bugün HLA'nın göçmen işçi ve emekçilere karşı ileri sürdüğü bir çok talep, çeşitli siyasi partilerin talepleri ile tam bir uyum içindedir.

HLA'nın seçime katılmasının kararlaştırılması üzerine yapılan oturum başlamadan önce anti-faşistler toplantının yapılacağı salonun önüne üzerinde "Biz yabancılara içtenlikle birlikte yaşamak istiyoruz", "Dün yahudiler-Bugün ise yabancılar", "İrkçiliğe karşı mücadele", "NSDAP = NPD = HLA" yazılı pankartlarla giderek HLA'nın yasaklanmasını talep ettiler.

Senatonun, faşistlerin yabancı düşmanlığı kışkırtmasına göz yumması, anti-faşistlerin mücadeleyi daha da kızdırmaları ve tüm faşist örgütlerin yasaklanması için yerli ve yabancı anti-faşistlerin omuz omuza mücadele vermeleri gerektiğini göstermektedir.

(„Zulassung der HLA stösst auf Protest“)

İzinimizi Arnavutluk SHC'inde geçirelim!

Bu yılın 7—21 Temmuz 1982 tarihi arasında Arnavutluk SHC'ne düzenlenen gezi için henüz boş yer var. Geziye katılabilecekler aşağıdaki DAFG adresine başvursunlar.

"Arnavutluk tarihini tanıma" adı altında düzenlenen bu geziye, Arnavut halkının anti-faşist ulusal kurtuluş savaşının verdiği yerlere gidilecek. Bu geziye, geziye katılanlar kurtuluş mücadelesinin önemli merkezlerini ve Arnavutluk Gençlik Örgütü'nün kurulduğu binayı görme ve eski savaşçılardan biriyle yaşadığı olaylar ve tecrübeleri üzerine konuşma olanağını elde etmekte.

Tüm gezi boyunca bir hafta Durres plajında kaldıktan sonra geri kalan bir haftalık süre içinde ise ülkenin güneyine; Durres, Tiran, Gjirokastra, Saranda, Ksamil Butrint, Vlora, Fieri, Elbasan, Labioti, Peza şehirlerine ve köylerine gidilecek.

Gezide ayrıca bugünkü Arnavutluk üzerinde bilgi edinme imkânı var. Bunun içinde bir sağlık kuruluşu, sanayii işletmeleri, bir zirai üretim kooperatifi ve gençlik kampı ziyaret edilecek.

Dünya da tek gerçek sosyalist ülke olan Arnavutluk'ta toplumsal yaşamı yakından tanımak için bu tür gezilere siz de katılın!

Gezi tarihi: 7—21 Temmuz 1982

Gezi tutarı: Tüm masraflar dahil iki haftalık 1185 DM Gezi için başvuru: DAFG-Sekretariat, Postfach 19 76 22, 2000 Hamburg 19

(„Neue ausländerfeindliche Vorstösse der CDU und SPD“)

Hannover'de anti-faşist eylem:

Faşist MHP'nin gecesi protesto edildi

HANNOVER. — 8 Mayıs, Cumartesi günü MHP'li faşistler Hannover-Garbsen'de bir gece düzenlemek istiyorlardı. Onlar, "Ülkü Ocakları adına düzenlemek istedikleri" bu gecenin yerini "düğün yapmak" için tutmuşlardı. Faşist yüzlerini gizlemek için bu tür manevralara başvuran MHP'liler, anti-faşistler kolayca açığa çıkarabildiler.

MHP'lilerin Hannover-Garbsen'de bir gece yapmak istediklerini öğrenen anti-faşistler hemen harekete geçtiler. Faşistlerin gece salonunun önünde toplanmaya başladılar. Ve MHP'lilerin "düğün yapmak" adı altında tutukları salonun sahibine, gecenin hangi amaçla yapıldığını ve bunun arkasında hangi güçlerin bulunduğunu açıkladılar. Bunun üzerine gerçekçi öğrenen salonun sahibi, salonu faşistlere vermekten vazgeçti.

Faşistlerin yapmak istediği bu geceyi engellemek için aralarında partimiz KPD ve Volksfront'unda yer aldığı çeşitli anti-faşist örgütler gece salonunun önünde kalaba-

lık bir şekilde toplandılar. Yaklaşık olarak 250'yi aşkın anti-faşist bir araya gelerek faşistlerin burada gece yapmalarını engelleyince, onlar bu kez de gecelerini Hannover Türk Konsolosluğu'nda yapmak istiyorlardı. Faşistlerin gecelerinin yerini değiştirdiklerini öğrenen anti-faşistler bunun üzerine oraya toplanarak izinsiz bir gösteri yaptılar. Daha sonra olay yerine gelen 300'ü aşkın polis MHP'li faşistleri koruyarak, anti-faşistleri dağıtmaya, izinsiz eylemlerine son veremeye zorladı.

Anti-faşistler MHP'lilerin gecelerini tamamiyle engelleyemelerine rağmen, bu eylemleri ile faşistlere bir kez daha eli kolu sallayarak serbestçe hareket edemeyeceklerini gösterdiler.

Her yaşanan olayda olduğu gibi burada da Batı Alman polisi gene faşistleri korudu. Bu da Batı Alman polisinin sürekli kimlerin yanında yer aldığı bir belgesidir. („Protestaktion gegen „Grauen Wolfe“ Veranstaltung“)

Magirus-Deutz işçilerinin mücadelesi sürüyor

İşyerlerini korumak için protesto yürüyüşü düzenlediler

MAINZ. — Magirus-Deutz patronları işyerini kapatmak istiyorlar. Buna karşı işçiler kinlerini biletiler. Onlar, artık ne politikacıların ne de sendika yönetiminin gevezeliklerine ve boş vaatlerine güvenmek istiyorlar. Bunun içinde 13 Aralık, Perşembe günü işçiler kendiliğinden işi bırakarak eyalet meclisinin önüne kadar yürüdüler.

Merkezi Ulm'da bulunan Mainz Magirus-Deutz AG otobüs tesislerinde şu an 1600 işçi çalışmaktadır. Magirus-Deutz'un 70'li yılların başından beri bir şubesi olduğu çok uluslu Iveco-Grubu patronları şimdi firmayı

kapatmak ve 1600 işçiye çıkış vermek istiyorlar. Iveco şirketi ise İtalya'nın Turin şehrindeki Fiat tekeline aittir. Böylece son tahlilde işyerinin kapatılması kararını alan Fiat tekelidir.

Patronlar, Mainz Magirus-

Deutz işletmesini kapatarak, bazı üretim bölümlerini İtalya'da bulunan çeşitli Fiat şubelerine nakletmek istiyorlar. Şimdiye kadar Mainz'da üretilen Fiat otobüslerinin bazı yedek parçalarının bundan sonra ise İtalya'da yapılması öngörülmüyor.

İşçileri ve Mainz halkını mücadeleden alıkoymak için Magirus şefi Kosegarten uzun zamandan beri firmayı satın almak isteyenlerle görüşmeler yapmaktadır. Bir taraftan bu görüşmeler sürerken, öte yandan ise o işyeri işçi temsilciliğinin haberi olmaksızın bu yılın temmuz ayı sonuna kadar tüm otobüs üretimini İtalya'ya nakletmek için kulislerde önlemler alıyor. Ve firmanın taksim taksim kapatılmasının planları çoktandır çekmecelerde durmaktadır.

"AZ" gazetesi bu planları açığa çıkardı ve işyerinin devredilmesi için bay Kosegarten'in sürdürdüğü görüşmelerin ikili amacını ortaya koydu. Durumu öğrenen işçiler 13 Mayıs'ta mücadeleye atıldılar. "AZ" gazetesinin makalesi "Daha şimdiden bile temmuzdan itibaren otobüs imalatının İtalya'ya nakli için demontaj planları var—Kosegarten firmayı satın almak isteyenleri oyaltıyor mu?" başlığını taşımaktadır. Gazete de yayınlanan bu makalede şunlara yer verilmektedir: "Ulm Magirus-Deutz AG'nin bağlı bulunduğu Iveco şirketinin emri üzerine Mainz'da bir 'yıkım siyaseti' izlediği sürekli daha net bir şekilde açığa çıkıyor. (...) İlgili duyanlarla anlaşmaya varılacak olursa, o zamana kadar artık Mainz'da herhangi bir otobüs fabrikasından söz edilemez. (...) Kosegarten, böylece giderek şekillenen yeni şirketin kendilerinin İtalya'da ürettikleri mallar için güçlü bir rekabetçinin oluşmasını her anlaştıkları ile açıklıyor. (...) Ögleden önce saat 9 ile 10 arasında eylem başladı. İşçiler

ard arda firmanın giriş kapısının önünde toplandılar. Daha sonra işyerinin kapatılmasına karşı hazırladıkları pankartlarla harekete geçtiler. İşçiler giriş kapısının önünde asılı bulunan iki tane Magirus-Deutz bayrağını da aşağı indirerek ana caddede kitlenin önünde yaktılar.

Polisler Magirus işletmesinin bulunduğu Mainz—Mombach'daki önemli büyük cadde olan Mombacher Hauptstr.'yi çember altına altılar. Saat 10.30'a doğru ise firmada çalışan toplam 1600 işçiden 1500'ü giriş kapısının önüne ancak gelebilmişti. Arkadaşların mücadelesi azmi oldukça yüksek ve çeşitli açıklamalarla Magirus patronlarından oynanan oyunların piyasaya sürülmesini talep ediyorlardı.

Daha önce işyerleri sayısının 2000'den 1600'e indirilmesine katkıda bulunan Magirus-Deutz işyeri işçi temsilciliği Başkanı Rodenkirchen geçen perşembe günü yapılan yürüyüşte işçilerin Mombacher Hauptstrasse'yi bloke etmelerini ve firmanın bayraklarını yakmalarını önlemeye çalıştı. İşçiler "haydi eyalet meclisine!" sloganını attıkları zamanda, o Mombach'ta yürüyüşün yapılmasını ve daha sonra işe işyerine gitmeyi önerdi. Ancak o bu manevraları ile işçileri amaçlarından alıkoymadı.

İşçiler eyalet meclisinin önüne kadar protestolarını sürdürdüler ve Eyalet Meclisi Başkanının gelmesini talep ettiler. Eyalet Meclisi Başkanı eylem yerine gelerek, makinaların naklini durdurmak için eyalet başkanına derhal başvuracağı vaadinde bulundu. İşçiler, onların bu vaatlerine kanmadılar.

Magirus işçileri eylemlerinde sık sık, firmanın devletleştirilmesi şiarını haykırdılar. Eğer kararlı mücadele temeline tüm işyerlerinin korunmasına hizmet ederse bu talep faydalı olabilir.

(„Kampfdemonstration der Magirus-Deutz-Belegschaft“)

50 000 anti-militarist silah fuarına karşı yürüdü

15 Mayıs, Cumartesi günü Hannover'de Aşağı Saksonya'dan ve Federal Almanya'nın diğer bölgelerinden gelen on binlerce anti-militarist, IDEE adlı askeri elektronik fuarına karşı yürüdü. Bu eylem arasında KPD'nin de yer aldığı geniş bir ittifak temeline çağrı yapıldı.

18-20 Mayıs arasında yapılan bu fuarda, batı silah sanayisinin askeri elektronik alanında ürettiği her türlü şey vardı. IDEE fuarı kamuoyuna açık değildi, hatta gazeteciler bile fuarı gezemiyorlardı. İngiliz Cahners Exposition Group tarafından her yıl düzenlenen IDEE silah fuarı ilk olarak ABD'de yapıldı. Ancak Chicago halkının yoğun protestoları sonucu 1973 yılında oradan kovuldu ve daha sonra ise ABD Hükümeti tarafından Amerika'da gösterilmesi yasaklandı.

Ne varki bu fuarın Batı Almanya'da yapılması teklifini yetkililer sevinçle karşıladılar. İlk Wiesbaden'de yapılan bu fuar, halkın geniş protestolarının sonucu CDU Belediye Başkanı tarafından yasaklandı. Bugün bu fuarın SPD tarafından yönetilen Hannover'de Havacılık ve Uzaycılık Sanayisinin Merkezi Birliği'nin isteği üzerine yapılması büyük bir skandaldır.

IDEE silah fuarına karşı

anti-militaristler bir yürüyüş koyunca, SPD'li şehir yöneticileri Hannover'e tarihinde en büyük polis yığnağını yaptılar. Federal Almanya çapında 30 000 polis yürüyüşçülere karşı Hannover'e seferber edildi. IDEE fuarının yapıldığı sahanın etrafı kuşun dahi uçamayacağı bir şekilde tel örgüyle çevrildi. Eylemin sonuna doğru polis sık sık provokasyon çıkarmaya çalıştı; örneğin helikopterler alçaktan yürüyüşçülerin üzerinden uçuyordu.

50 000 anti-militaristin katıldığı bu yürüyüşün bitiminde yapılan mitingte ayrıca bir de HDW RGO işyeri işçi temsilcisi Rolf Kähler konuştu. RGO işyeri grubu ile birlikte Sile için deniz altılarının yapımına aktif bir şekilde karşı çıkan Kähler arkadaşla konuşmasının bitiminde WDR televizyon ekibi sanayii üretimi üzerine olan bir filmi için röportaj yaptı.

(„50 000 demonstrierten gegen Waffenschau“)

HAFTANIN YORUMU

Genel olarak dünya çapında özel olarak Batı Almanya'da iktisadi bunalım giderek derinleşiyor. Kapitalistler rasyonalleştirme ya da iflas sonucu işyerlerini ard arda kapatarak binlerce işçi ve emekçiyi sokağa atıyorlar. Gerek Bonn Hükümeti'nin gerekse de kapitalistlerin, işçi sınıfının kazanılmış sosyal, siyasi, sendikal ve ekonomik haklarına yönelik saldırıları her geçen gün yeni boyutlar kazanıyor. İşverenler ücretlerimizi daha da düşürmeyi ve hatta gelecek yıllarda hiç bir ücret zammının yapılmadığı toplu sözleşmeler imzalamayı istemektedirler. İşsizlik giderek korkunç boyutlara ulaşmakta, işsizliği önlemek yerine hükümet ve işverenler el ele vererek işsizlere karşı kararlar almaktalar. Bir taraftan halkın yaşamı her geçen gün biraz daha çekilmez hale getirilirken, öbür yandan ise çılgınca silahlanılmaktadır.

Yerli ve yabancı işçiler tek sınıf tek mücadele cephesine!

Kısacası, Batı Alman burjuvazisi ve onun Bonn'daki sözcükleri işçi sınıfına yönelik saldırılarını geniş cepheden sürdürmektedirler. Onlar kendilerinin sorumluları oldukları buhranın faturasını işçi sınıfı ve emekçi halka ödettiler. İşçileri yabancı işçilere, erkekleri kadınlara, gençleri yaşlılara karşı kışkırtarak sınıfın birliğini bölmeye çalışmaktalar. Bunu başarabildikleri oranda onlar tatlı kârlarını almaya devam ederken, emekçilerde daha büyük bir sefaletin içine itilmiş olurlar.

Bu saldırıları geri püskürtmek, mevzilerimizi ve kazanılmış haklarımızı korumak, hatta bunları genişletmek için kararlı ve uzlaşmaz bir savaşım vermeliyiz. Ancak bu savaşımın başarılı olmasının ön koşulu yerli ve yabancı işçilerden oluşan Alman işçi sınıfının birliğinin sağlanmasıdır. Bu birlik sağlanmadığı sürece mücadele her zaman yenik düşmeye mahkumdur. Öyleyse, yerli ve yabancı işçiler tek sınıf, tek mücadele cephesine!

Bu şiarı asla boş bir şiar olarak kavramamalıyız. Çünkü bu şiar ulaşılması gereken somut bir hedefi dile getirmektedir. İşçilerin mücadele birliğinin sağlanmasının önemini vurgulamaktadır. Bunun için yerli ve yabancı işçiler omuz omuza verdikleri mücadelelerini daha da yoğunlaştırmalıdır. Bunun için sınıfın şu ya da bu tabakasına yönelen saldırılara yerli ve yabancı işçiler birlikte karşı durmalıdırlar. Yerli ve yabancı işçilerin birliği ve ortak mücadeleyi sağlayabilecekleri merkezler işçi sınıfının mücadele merkezleri olan sendikalar. Sendikalar sadece mücadele merkezleri olmayıp, aynı zamanda işçileri sermayenin saldırılarına karşı birleştiren sınıf örgütlenmesinin en alt kurumlardır. Bunun için başta Türkiyeliler olmak üzere tüm yabancılar sendikaların safında yerini almalı ve bugün DGB sendikalarının başına çöreklenmiş sendika ağalarını mevkilerinden defetmek ve sendikalar içinde sınıfın çıkarlarını esas alan bir çizginin hakim kılınması için savaşımı yoğunlaştırmalıdır.

Yerli ve yabancı işçiler tek sınıf, tek mücadele cephesine şiarı aynı zamanda sınıfın —ister Türkiyeli, ister Alman, ister Yunanlı olsun—düşmanının ortak olduğunu da gösterir. Bu şiar ortak düşmana karşı tek sınıf örgütlenmesinin gerekli olduğuna işaret eder. İşte bunun içindir ki partimiz KPD işçilerin milliyeti ne olursa olsun, her türlü ulusal çizitlerin kaldırılmasının işçilerin sınıf örgütünde birleşmelerinin yani onun en alt örgütlenmesi olan sendikalarda ve en üst örgütlenme biçimi olan komünist partisinin safında yer almalarının gerekli olduğunu vurgular. Çünkü işçiler, tarihinde gösterdiği gibi milliyetlere göre değil, her zaman sınıf normlarına göre örgütlenmişlerdir ve örgütlenmektedirler. Milliyetlere göre örgütlenme, sermayenin birleşik saldırılarına karşı işçilerin kırk parçaya bölünmüş bir şekilde mücadele vermeleri anlamına taşır ve bu mücadelede her zaman yenik düşmeye mahkumdur. Bunun için ortak düşmana karşı, Almanya'nın sınırları dahilinde oturan tüm işçileri milliyet konularından bağımsız olarak partimiz KPD safında yer almaya çağırır ve bu doğrultuda mücadele verir .

(„Deutsche und Ausländische Arbeiter—eine Klasse, eine Kampffront“)

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK“

.....sayısından

itibaren

istmarlamak

istiyorum

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

O yıllık 60 DM O 6 aylık 30 DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih: İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 3005 26 4600 Dortmund 30.